

Freiraumgestaltungen in
Niedersachsen während
der NS-Diktatur als
denkmalpflegerisches
Thema

Hannover
26.-29. März 2014

Unter der Grasnarbe



**TAGUNG
2014**

Abstracts und Kurzviten

Rainer Schomann, Michael Heinrich Schormann,
Stefan Winghart, Joachim Wolschke-Bulmahn (Hrsg.)

Unter der Grasnarbe

Freiraumgestaltungen in Niedersachsen während der
NS-Diktatur als denkmalpflegerisches Thema

Tagung

Hannover, 26.–29. März 2014

Impressum

Redaktion

Sabine Albersmeier, Josefine Puppe, Rainer Schomann, Christina Teufer, Joachim Wolschke-Bulmahn

Layout

Milan von Moeller
Sabine Albersmeier
Mira Bengsch

Druck:

Druckerei Hartmann GmbH

Hannover, 2014

Inhalt

Vorwort	7
Rainer Schomann, Michael Heinrich Schormann, Stefan Winghart, Joachim Wolschke-Bulmahn	
Einführung	8
Josefine Puppe, Christina Teufer	
 Abstracts und Kurzviten	
Reinhard Bein	13
Rahmenbedingungen der Umgestaltung Braunschweigs zu einem nationalsozialistischen Musterland	
Tobias Dobratz, Flavio Venturelli	20
Horst-Wessel-Denkmäler in Niedersachsen. Gefallenenkult und Propaganda in der NS-Freiraumgestaltung	
Wiebke Dreeßen	26
Die Spielstätte „Stedingsehn“ als Gegenstand der Inventarisierung und Baudenkmalpflege	
Birgit Franz	30
Erhalt „bequemer“ und „unbequemer“ Objekte – auch eine Frage der Vermittlung?	
Joachim Ganzert	37
Die Gymnastik- und Feierhalle in Buchau Zeugnis eines ‚printemps du sacré‘ im 20. Jahrhundert?	

Henning Haßmann	43
Archäologische Großgrabungen in Niedersachsen während der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts	
Jörg Kirchner	48
Alt Rehse in Mecklenburg. Die Umgestaltung eines Dorfes zur Führerschule der Deutschen Ärzteschaft	
Hansjörg Küster	51
Tendenzen der Freiraumplanung in Niedersachsen in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts	
Petra M. Martin	52
Die Thingstätte auf dem Heiligenberg in Heidelberg	
Georg Maybaum	56
Bild und Abbild der landschaftlichen Freiräume im Dritten Reich	
Wolf-Dieter Mechler	64
Hannovers Stadtgrün nach 1933: Erfolgsgeschichte unter braunen Vorzeichen	
Uwe Meiners	70
Das Museumsdorf Cloppenburg: Entstehung und Entwicklung bis heute	
Hans-Dieter Schmid	73
Zwischen Republiktreue und NS-Terror: Niedersachsen in der Endphase der Weimarer Republik	
Rainer Schomann	77
Freilichtbühnen, Thing- und Weihestätten in Niedersachsen	
Michael Heinrich Schormann	83
Kasernen und militärische Großprojekte für den Krieg	

Wilfried Wiedemann	86
Verwaiste Erinnerungsorte. Zur Geschichte jüdischer Friedhöfe auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen	
Helmut Wiegel	92
Der Kräutergarten am KZ Dachau	
Stefan Winghart	96
Der Bückeberg als Kulturdenkmal – Ein Ausweisungsvorgang	
Joachim Wolschke-Bulmahn	100
Die so genannten Ahnenstätten als Erscheinung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts	
Moshe Zimmermann	107
"Am Bahnsteig der Erinnerung". Jüdische Räume – Erinnerungsreiche Leere	
Reiner Zittlau	109
Die Gedenkstätte Bergen-Belsen als Dokumentationsort – Erfassung, Kartierung, Begründung	
Programm der Tagung	113

Einführung

Rainer Schomann, Michael Heinrich Schormann, Stefan Winghart,
Joachim Wolschke-Bulmahn

Vorwort

Zwischen dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege, der VGH-Stiftung und dem Zentrum für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur (CGL) der Leibniz Universität Hannover bestehen langjährige kooperative Beziehungen. In dieser Dreierkonstellation allerdings haben sie bislang noch nicht an einem größeren fachlichen Vorhaben zusammengearbeitet. Umso schöner ist es, diese Kooperation mit einer ausgesprochen anspruchsvollen und schwierigen Thematik zu beginnen, mit der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um Orte aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, Orte, denen nach 1945 lange kein angemessenes wissenschaftliches und denkmalpflegerisches Interesse gewidmet worden ist.

Der Schwerpunkt der Tagung „Unter der Grasnarbe. Freiraumgestaltungen in Niedersachsen während der NS-Diktatur als denkmalpflegerisches Thema“ liegt auf Orten und Freiräumen in Niedersachsen wie dem Bückeberg, dem Ort der nationalsozialistischen „Reichserntedankfeste“, dem Sachsenhain bei Verden an der Aller, einem im Auftrag von Reichsführer SS, Heinrich Himmler, geschaffene Thingplatz-ähnliche Versammlungsstätte, und den Freiräumen für Kasernen, die in der NS-Zeit erbaut wurden. Darüber hinaus geht der fachliche Blick aber auch in andere Bundesländer, so nach Heidelberg zur Thingstätte auf dem Heiligenberg und nach Dachau zur Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers.

Die Abstracts zu den Vorträgen, die in dieser Broschüre abgedruckt sind, sollen eine erste Annäherung an das Tagungsthema und eine optimale Vorbereitung auf die Tagung ermöglichen. Wir danken Josephine Puppe und Christina Teufer vom Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege für die hervorragende Mitarbeit bei der fachlichen Organisation der Tagung und bei Elke Behrens für die Kreativität und Geduld bei der Erstellung von Flyern und Postern. Sabine Albersmeier hat für das CGL maßgeblich an der Vorbereitung der Tagung mitgewirkt und vor allem die Erstellung der Broschüre redaktionell betreut, Milan von Moeller und Mira Bengsch sei herzlich für das Layouten der Texte gedankt. Ausdrücklich möchten wir auch Erika Böning von der VGH-Stiftung für ihr Engagement bei den Vorbereitungen und der Umsetzung der Tagungsplanungen in unseren Dank einbeziehen.

Josefine Puppe, Christina Teufer
Einführung

In seiner 1997 erschienenen Publikation „Unbequeme Baudenkmale“ bezeichnete Norbert Huse die „Erblasten des Dritten Reiches“ als „unbequeme Bauobjekte“, die „an Tatsachen erinnern, die es besser nicht gäbe“ (S. 34). Derzeit ist das Thema in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses gerückt. So veranstaltete der Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege im September 2012 die Tagung „Umstrittene Denkmale. Der Umgang mit dem Erbe der Diktaturen“ und auch der Tag des offenen Denkmals 2013 stand unter dem Titel „Jenseits des Guten und Schönen: Unbequeme Denkmale?“. Zwar wurden in Niedersachsen in der Vergangenheit auch Objekte der NS-Diktatur auf der Basis des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes als erhaltenswerte Bau- und Gestaltungssubstanz ausgewiesen, doch erfolgte bis heute keine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dieser baulichen Hinterlassenschaft.

Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege (NLD), das Zentrum für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur (CGL) der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover sowie die VGH-Stiftung veranstalten nun zu dieser Thematik eine Tagung. Eingeladen sind Vertreterinnen und Vertreter der institutionalisierten Denkmalpflege und relevanter Forschungseinrichtungen sowie benachbarter Fachdisziplinen, aber auch Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Erhalt derartiger Objekte engagieren.

Themenschwerpunkte bilden Freiraum- und Gartengestaltungen während des Nationalsozialismus in Niedersachsen. Eine Vielfalt unterschiedlicher Fragen steht dabei im Mittelpunkt des Interesses und soll im Verlauf der Veranstaltung diskutiert werden:

- Um Objekte welcher Art handelt es sich und wo sind sie zu finden?
- Vor welchem geschichtlichen Hintergrund beziehungsweise mit welcher ideologischen Absicht erfolgte ihre Entstehung?
- Welche Traditionslinien standen hinter den Freiraumgestaltungen?
- Wer waren die Akteure und wie konnten die Planungen realisiert werden?
- Wie wurde bisher mit diesen Objekten umgegangen und warum rücken sie erst jetzt in den Mittelpunkt des Interesses?

Die Tagung wird sich insbesondere dem denkmalpflegerischen Interesse an diesen „unbequemen Denkmälern“ widmen und Fragen für die Denkmalpraxis stellen:

- Wie ging man in den vergangenen Jahrzehnten aus Sicht der Denkmalpflege mit diesen Objekten um?
- Wie sieht es an diesen Orten heute aus?

- Welche Objekte dieser Denkmalkategorie sind in Niedersachsen als Baudenkmal ausgewiesen?
- Welche Desiderate gibt es in diesem Zusammenhang?
- Welche Bedeutung haben heute jene Orte zerstörter Synagogen, an denen „Frei“räume an die Folgen des nationalsozialistischen Terrors erinnern?

Vor allem sollen die Voraussetzungen für ein denkmalpflegerisches Handeln diskutiert werden:

- Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit ein Objekt der Freiraumgestaltung aus der Zeit der NS-Diktatur unter Denkmalschutz gestellt werden kann?
- Ist eine Auswahl möglich und welche Begründungen für eine Unterschutzstellung sind notwendig?
- Wie wird die besondere historische Dimension dieser Objekte reflektiert und kann denkmalpflegerisches Handeln der besonderen Bedeutung dieser Objekte überhaupt gerecht werden?

Die Thematik des Umgangs mit Freiraumgestaltungen der NS-Diktatur wird mit dieser Tagung erstmalig in der Wissenschaftslandschaft Niedersachsens umfassend diskutiert. Die Veranstalter erhoffen sich, die Sensibilität für die heutige und zukünftige Auseinandersetzung mit solchen Orten zu fördern.

Kurzvita

Josefine Puppe wurde 1982 in Zerbst/Anhalt geboren. Sie studierte Ur- und Frühgeschichte sowie Germanistik an der Universität Leipzig und der Aristoteles Universität Thessaloniki, Griechenland. Im Anschluss absolvierte sie ein wissenschaftliches Volontariat im Referat für Museen, Denkmalpflege und Bildende Kunst im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur. Von 2010 bis 2013 unterstützte sie den Präsidenten des Niedersächsischen Landesamts für Denkmalpflege (NLD) als wissenschaftliche Assistentin. Seit Oktober 2012 absolviert Josefine Puppe den postgradualen Master-Studiengang „Schutz Europäischer Kulturgüter“ an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Zurzeit organisiert sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im NLD die Tagung „Unter der Grasnarbe. Freiraumgestaltungen in Niedersachsen während der NS-Diktatur als denkmalpflegerisches Thema“ (26.-29.03.2014 in Hannover). Schwerpunktmäßig beschäftigt sie sich mit dem denkmalpflegerischen Umgang mit „unbequemen Denkmälern“.

Mitgliedschaften

Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V., Deutscher Museumsbund, Gesellschaft für Denkmalpflege in Niedersachsen e.V., Theorien in der Archäologie e.V.

Veröffentlichungen

Josefine Puppe, „Der Bückeberg – Ein unbequemes Denkmal“. Eine filmische Dokumentation. In: *Bund Heimat und Umwelt in Deutschland, Methodenhandbuch zur Vermittlung von Baukultur und Denkmalpflege* (im Druck).

Josefine Puppe/Christina Teufer, Unter der GrasNarbe. Freiraumgestaltungen in Niedersachsen während der NS-Diktatur als denkmalpflegerisches Thema. *Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen* 3/2013, S. 166.

Andrea Ideli/Stephan Kujas/Josefine Puppe/Arne Cornelius Wasmuth (Studiengang Schutz Europäischer Kulturgüter Europa-Universität Viadrina), *Der Bückeberg – Ein unbequemes Denkmal*. Filmische Dokumentation (15 Minuten) (2013).

Blog zum Filmprojekt „Der Bückeberg. Ein unbequemes Denkmal“ <http://bueckebergfilm.wordpress.com/>

Christina Teufer wurde 1984 in Jena geboren. Von 2003 bis 2008 absolvierte sie ein Magisterstudium an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena in den Fächern Kunstgeschichte, Neuere Geschichte sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Im Anschluss daran studierte sie bis 2010 Denkmalpflege und Stadtentwicklung an der TU Dresden. Im Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege war sie von 2011 bis 2013 als Volontärin in der Bau- und Kunstdenkmalpflege beschäftigt. Seit Februar 2013 ist Christina Teufer als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege als Betreuerin des Fachinformationssystems der niedersächsischen Denkmalpflege (ADABweb) im Bereich der Bau- und Kunstdenkmalpflege tätig.

Mitglied der AG Inventarisierung und der AG Denkmalinformationssysteme der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland (VdL).

Veröffentlichungen

Hanetzky, Babett; Ilian, Carola; Teufer, Christina; Vialon, Friederike: *Erinnern – Gedenken – Aufarbeiten. Denkmalpflegerisches Konzept für eine Gedenkstätte in Kamenz*. In: *denk_MALE des 20. Jahrhunderts. Bauten – Relikte – Erinnerungsorte: Herausforderungen für die Denkmalpflege*, hrsg. von Ingrid Scheurmann, Olav Helbig. Dresden 2010. S. 29– 36.

Teufer, Christina: *Das Gauforum in Weimar. Über ein „unbequemes“ Denkmal des Nationalsozialismus in der „Klassikerstadt“*. In: *denk_MALE des 20. Jahrhunderts. Bauten – Relikte – Erinnerungsorte: Herausforderungen für die Denkmalpflege*, hrsg. von Ingrid Scheurmann, Olav Helbig. Dresden 2010. S. 49– 52.

Teufer, Christina: *Die Turnhalle in Gingst auf Rügen. Zeugnis für einen geplanten Serienbau von Turnhallen in der DDR*. In: *denk_MALE des 20. Jahrhunderts. Bauten – Relikte –*

Erinnerungsorte: Herausforderungen für die Denkmalpflege, hrsg. von Ingrid Scheurmann, Olav Helbig. Dresden 2010. S. 98.

Barthmann, Katrin; Teufer, Christina; Vogel, Dana: 04 NINO-Verwaltungsgebäude Nordhorn. In: *Zwischen Scheibe und Wabe. Verwaltungsbauten der Sechzigerjahre als Denkmale*, (Berichte zur Forschung und Praxis der Denkmalpflege in Deutschland, Bd. 19) hrsg. von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, Wiesbaden 2012, S. 60–61.

Barthmann, Katrin; Teufer, Christina; Vogel, Dana: 32 Volkswagen Stiftung Hannover. In: *Zwischen Scheibe und Wabe. Verwaltungsbauten der Sechzigerjahre als Denkmale*, (Berichte zur Forschung und Praxis der Denkmalpflege in Deutschland, Bd. 19) hrsg. von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, Wiesbaden 2012, S. 131–134.

Barthmann, Katrin; Teufer, Christina: 45 VGH-Verwaltungsgebäude Hannover. In: *Zwischen Scheibe und Wabe. Verwaltungsbauten der Sechzigerjahre als Denkmale*, (Berichte zur Forschung und Praxis der Denkmalpflege in Deutschland, Bd. 19) hrsg. von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, Wiesbaden 2012, S. 160–162.

Josefine Puppe/Christina Teufer, Unter der Grasnarbe. Freiraumgestaltungen in Niedersachsen während der NS-Diktatur als denkmalpflegerisches Thema. (*Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen* 3/2013), S. 166.

Abstracts und Kurzviten

Reinhard Bein

Rahmenbedingungen der Umgestaltung Braunschweigs zu einem nationalsozialistischen Musterland

Bei der Landtagswahl am 14. September 1930 musste die zuvor allein regierende SPD eine herbe Niederlage hinnehmen. Im verkleinerten Landtag besaßen die bürgerliche Sammlungsbewegung BEL (DNVP, DVP, Wirtschaftsparteien) mit 11 und die NSDAP mit 9 Mandaten die Hälfte der 40 Mandate und konnte mit der Leihstimme der Liberalen (1 Jungdeutscher Orden) eine geduldete Koalitionsregierung bilden. Die SPD mit 17 und die KPD mit 2 Mandaten bildeten die Opposition. Die Nationalsozialisten drängten auf zwei der vier Ministerien: Innen- und Volksbildungsministerium. Und obwohl nur drittstärkste Fraktion, verlangten und erhielten sie das Amt des Landtagspräsidenten, das ihnen ermöglichte, bei Abstimmungen einen Abgeordneten der Linksparteien unter einem Vorwand (Störung, Beleidigung usw.) des Saales zu verweisen, sodass die Mehrheit gesichert war.

Der Innen- und Volksbildungsminister besetzte in der Personalpolitik die wichtigen Ämter mit Parteigängern. Das betraf Verwaltung, Polizei, Schulwesen und Justiz. Was im Reich 1933 durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ geschah, nämlich die Säuberung aller Ämter, Vereine und Verbände von Anhängern der Linksparteien und von Juden, praktizierten NSDAP und BEL in Braunschweig in abgemilderter Form bereits ab 1930. An Stellen, wo Personalwechsel noch nicht möglich war, bereitete man geplante Auswechslungen durch die Anlage Schwarzer Listen vor, um im Bedarfsfall schnell handeln zu können. Wo die SPD noch Kommunen beherrschte, griff die neue Regierung durch die Einsetzung von Staatskommissaren mit Vetobefugnissen in deren Selbstverwaltung ein. Braunschweig erreichte mit diesen Maßnahmen einen Vorsprung in der Nazifizierung Deutschlands, den es nach dem Sieg der NSDAP im Reich behalten und ausbauen wollte.

Der Innenminister, ab 1931 der ehemalige Mittelschullehrer Dietrich Klagges, nutzte sein Amt, um die Opposition zu schwächen, indem er deren Zeitungen ein ums andere Mal eine Zeit lang verbot, sodass sie um das Überleben kämpfen mussten und nicht mehr mit der gewohnten Schärfe die Politik der politischen Gegner bekämpften. Das betraf vor allem die von der SPD herausgegebene Tageszeitung „Volksfreund“.

In der aufgeheizten Atmosphäre der Weltwirtschaftskrise suchten die Parteien durch Massenaufmärsche und große politische Kundgebungen Anhänger zu gewinnen. Der braunschweigische Innenminister verbot mit Hilfe des Gummiparagrafen „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ öffentliche Kundgebungen der Linksparteien, während er sie für die regierenden Parteien und Massenorganisationen erlaubte.

Die wichtigsten Massenaufmärsche der Rechtsparteien in der Zeit zwischen 1930 und 1932 im Deutschen Reich fanden im Freistaat Braunschweig statt. Für den 11.10.1931

erlaubte Innenminister Klagges ein Treffen von NSDAP, SA, DNVP und dem Frontkämpferbund „Stahlhelm“ in Bad Harzburg. Dort beschlossen sie ihr Bündnis zur Zerschlagung der Weimarer Republik. Am folgenden Wochenende befahl Hitler seinem Gefolgsmann Klagges einen Aufmarsch der norddeutschen SA in Braunschweig zu organisieren, um seinen Bündnispartnern zu demonstrieren, dass er die Alleinherrschaft anstrebte. Klagges organisierte also für den 17. Oktober einen Fackelzug von 100.000 SA-Männern durch die Stadt zum Franzschen Feld, wo Hitler Parteifahnen und Standarten weihte und verkündete, es seien die letzten Tage vor der Machtübernahme seiner Partei. Für den folgenden Tag organisierte Klagges einen Massenumzug der SA durch die Stadt, mit dem Höhepunkt eines sechsstündigen Vorbeimarsches an den NS-Führern vor dem Residenzschloss. Die Öffentlichkeit in Deutschland nahm die SA, wie erwünscht, als disziplinierte, Tatkraft und Stärke ausstrahlende Massenbewegung wahr.

Akzente in der Wirtschaftspolitik vermochte das kleine Land nicht zu setzen. Es unterstützte die „Gesundschumpfungspolitik“ des Reiches und sabotierte, wo es möglich war, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Region, um die Krise zu verschärfen, ohne damit allerdings immer Erfolg zu haben.

Die NSDAP in Berlin betrachtete die Regierung in Braunschweig als Testfall für die Machtübernahme. Dabei ging es ihr u. a. darum, herauszufinden, wie weit man die bürgerlichen Partner in einer Koalition erpressen könne. Das war z. B. bei der Einbürgerung Hitlers zu beobachten. Dieser war staatenlos und bedurfte, als er sich 1932 um das Amt des Reichspräsidenten bewarb, der deutschen Staatsangehörigkeit. Gegen Klagges' Vorschlag, ihn als Professor mit einem Lehrstuhl an der Technischen Hochschule auszustatten, opponierte die BEL heftig. Die Koalition drohte zu platzen. Da dies aber beiden Partnern an übergeordneter Stelle ausgedrückt wurde, schlug der Abgeordnete Wessel (DVP) vor, Hitler einen Posten als Regierungsrat bei der Landesvertretung in Berlin zu verschaffen. Dieser Kompromiss fand beiderseits Zustimmung. Als Staatsbeamter erhielt Hitler automatisch die Staatsbürgerschaft Braunschweigs und damit die des Reiches.

Die NSDAP verschaffte sich durch Braunschweig Vorteile, die anderswo nicht zu haben waren. Da die SA als Bürgerkriegsreserve aufgebaut wurde, benötigte sie Trainingsstätten. Das war im Reich rechtlich nicht möglich, wohl aber in Braunschweig. In einer insolventen Gewehrfabrik in Kreiensen (Landkreis Gandersheim) entstanden 1931 eine SA-Vorschule und eine SS-Führerschule, in der NS-Verbände des ganzen Reiches für den Bürgerkrieg geschult wurden.

Nach der Machtübernahme der Nazis vollzog sich die Gleichschaltung und Nazifizierung in Braunschweig brutal und schnell. Man konnte schon Ende April 1933 den ersten nur noch aus Nationalsozialisten bestehenden Landtag nach Berlin melden, schaffte es bis Ende Juli

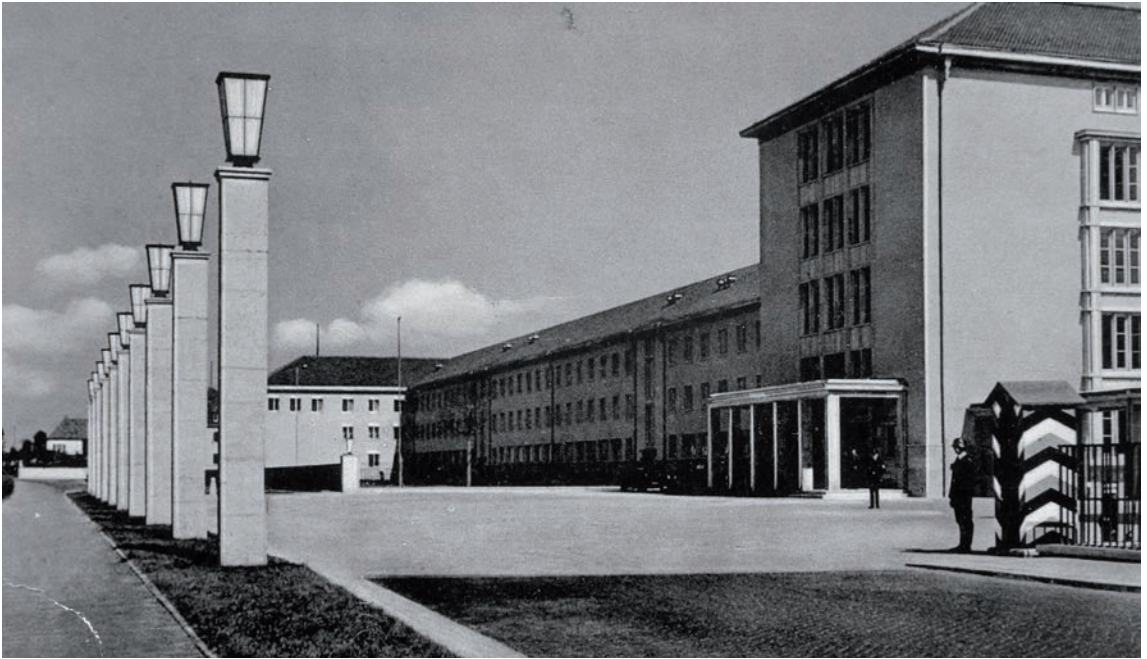


Abb. 1: Luftflottenkommando II, Front mit Pylonen 1938



Abb. 2: Forum der Luftfahrtforschungsanstalt 2010



Abb. 3: Bernhard-Rust-Hochschule 1937

1933, fast den gesamten Widerstand der Linksparteien auszulöschen und mit brutalen Methoden viele Juden zur Emigration zu zwingen.

Dem von den Nationalsozialisten geplanten Führerstaat stand der traditionelle deutsche Föderalismus im Wege. Durch eine Reichsreform sollten die Länder abgeschafft und durch zentral gelenkte Gaue ersetzt werden. Als ersten Schritt schaltete Hitler die Länder gleich und entmachtete sie durch die Einsetzung eines übergeordneten Reichsstatthalters. Die Reichsreform allerdings ließ auf sich warten und wurde schließlich auf die Zeit nach dem „Endsieg“ verschoben.

Das Land Braunschweig wäre dem vorhandenen Zentrum Hannover und später dem entstehenden in Salzgitter als Gauhauptstadt unterlegen gewesen. Solange dies jedoch nicht festgelegt war, konnte Klagges, seit Mai 1933 Ministerpräsident des Landes, darauf hoffen, durch die Schaffung eines Musterlandes Braunschweig als Gauhauptstadt eines Reichsgaus Ostwestfalen zum Zuge zu kommen.

Deshalb gelang es dem Ministerpräsidenten trotz Machtverlust Faustpfänder zu schaffen, um die Bedeutung Braunschweigs so zu heben, dass ein Reichsgau Ostwestfalen in der Diskussion bliebe. Sie lagen im Bereich Militär, Schule und Forschung, Siedlungsbau und Traditionspflege.

Im für die Nazis wichtigen militärischen Bereich holte Klagges eines der drei im Reich arbeitenden Luftflottenkommandos nach Braunschweig. Die wichtigste deutsche Luft-



Abb. 4: Mustersiedlung Mascheroder Holz Zentrum 1994

fahrtforschungsanstalt kam hierher, das modernste deutsche Luftwaffenlazarett, daneben zehn Kasernenkomplexe, eine Aufklärungsfliegerschule und das Stabsgebäude der 31. Division der Wehrmacht. Um die SS an Braunschweig zu binden, wurde das nicht mehr benötigte Landtagsgebäude zum Sitz des SS-Oberabschnitts Mitte und das Residenzschloss SS-Junkerschule.

Im Bereich Schule und Ausbildung entstand bereits 1933 die Reichsschule des deutschen Handwerks. 1935 folgte die SS-Junkerschule (einzige im Reich neben Sonthofen). Sie hatte die Aufgabe, das Führungspersonal für die Konzentrationslager und für die spätere Waffen-SS auszubilden. Ebenfalls 1935 folgte die Bernhard-Rust-Hochschule, vorgesehen für die gesamte Volksschullehrerausbildung Mitteldeutschlands. Weiterhin: die Reichsakademie für deutsche Jugendführung der Hitlerjugend als reichsweit einzige derartige Einrichtung zur Heranbildung des Führernachwuchses der HJ, die Reichssportschule der Bauernschaft auf Burg Neuhaus, die Reichslandhandelsschule in der Burg Warberg, die Reichsschule für Segelflugsport in Eschershausen, die Motorsportschule Niedersachsen in Gandersheim, die Staatsmusikschule in Braunschweig. Land angekauft wurde für einen Ausbau der Technischen Hochschule zur montanwissenschaftlichen Universität Braunschweig-Clausthal.

Im NS-Staat entstanden zwei städtische Mustersiedlungen in Deutschland: Lehdorf und Mascheroder Holz, beide in der Stadt Braunschweig gelegen. Den Charakter von Mustersiedlungen hatten aber auch die beiden bäuerlichen Siedlungen im Landkreis Wolfenbüttel: Winnigstedt für Neubauern und Schliestedt als SS-Mustersiedlung.

Zur Pflege des „Ahnenerbes“ und des völkisch-nationalen Geschichtsbewusstseins gehörten die so genannten Weihestätten: Der Dom wurde auf Veranlassung Hitlers vier Jahre lang zu einer „Weihestätte der Nation“ umgebaut. Hier sollte Heinrich der Löwe verehrt werden. So genannte Thingstätten entstanden im Land in Braunschweig und Holzminden. Als Weihestätte galt auch das Franzsche Feld, auf dem Hitler 1931 hatte aufmarschieren lassen. Klagges ließ die Landesdenkmalpfleger Hofmeister bzw. Tode die Pfalz Werla bei Schladen ausgraben, die jungsteinzeitlichen Hünengräber bei Helmstedt wiederaufrichten und in Braunschweig durch Tode ein „Haus der Vorzeit“ entstehen, mit dem die Überlegenheit der germanischen Vorfahren über Griechen und Römer demonstriert werden sollte.

Alle diese Gebäude, Schauplätze und ihr landschaftliches Umfeld haben ihre Geschichte, alle sind noch vorhanden und haben zum größten Teil neue Funktionen.

Hitler äußerte sich während des Krieges in einem seiner „Tischgespräche“ über Klagges' Pläne, Braunschweig auf die Funktion einer Gauhauptstadt vorzubereiten. Er erklärte, eine Gauhauptstadt Braunschweig schließe er aus, aber als Ausgleich könne er sich eine Kulturhauptstadt vorstellen.

Kurzvita

Reinhard Bein, geboren am 10. Juni 1941 in Guben/ Niederlausitz, 1947–1957 Schulzeit in Harzgerode und Ballenstedt, 1957 Flucht aus der DDR, 1961 Abitur in Salzgitter-Lebenstedt, 1961–1962 Bundeswehr, 1962–1967 Studium der Germanistik und Geschichte in Göttingen. Von 1975 bis zur Pensionierung 2005 Oberstudienrat am Gymnasium Neue Oberschule in Braunschweig.

Seit 1980 beschäftigt er sich mit braunschweiger Landesgeschichte. Zwischen 1982 und 1995 entstanden für den Schulunterricht und die Erwachsenenbildung mehrere Quellensammlungen zur Zeitgeschichte des ehemaligen Landes Braunschweig. In der Buch-Reihe „Zeitzeugen aus Stein“ beschäftigte sich der Autor mit Aspekten der Landesgeschichte („Braunschweig 1930 – 1945“, „Braunschweig und seine Juden“, „Denkmäler erzählen“). Den beiden Sammelbänden mit Quellen und Berichten von Zeitzeugen („Zeitzeichen“, 2000, „Erzählzeit“ 2002) folgte 2004 die Darstellung „Ewiges Haus – Jüdische Friedhöfe in Stadt und Land Braunschweig“. Die Aufarbeitung von jüdischer Landesgeschichte wurde in diesen Jahren zum Schwerpunkt seiner Arbeit.

Eine Arbeit, die sich über fast ein Jahrzehnt hinzog, war die Beschäftigung mit den Lebensgeschichten von Braunschweiger Juden. Die Veröffentlichung erschien, herausgegeben vom Stadtarchiv Braunschweig, 2009 unter dem Titel „Sie lebten in Braunschweig. Biografische Notizen zu den in Braunschweig bestatteten Juden (1797–1983)“.

In Zusammenarbeit mit dem Historiker und Politologen Ernst-August Roloff gab er 2010 einen historisch-politischen Reiseführer heraus, der die Geschichte des Braunschweiger Landes zwischen 1930 und 1945 an Hand von architektonischen Musterbeispielen darstellt („Der Löwe unterm Hakenkreuz“). Das 2011 erschienene Buch „Unruhige Jahre für den Löwen. Das Braunschweiger Land 1912–1932“ ergänzte diese Arbeit.

Reinhard Bein gehört zu den Gründungsmitgliedern des Geschichtsvereins „Arbeitskreis Andere Geschichte“ (1985), der sich mit regionaler Zeit- und Sozialgeschichte beschäftigt, und war von 1995 bis 2011 dessen Vorsitzender. Unter Beins Leitung erarbeiteten Mitglieder des Arbeitskreises die Publikation „Braunschweiger Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts“, die 2012 erschien und 2014 mit einem 2. Band fortgeführt wurde. 2012 stellte der Autor für die Gedenkstätte Schillstraße, die der Arbeitskreis betreut, die Broschüre „Vom Schilldenkmal zur Gedenkstätte Schillstraße“ zusammen.

Tobias Dobratz, Flavio Venturelli

Horst-Wessel-Denkmäler in Niedersachsen. Gefallenenkult und Propaganda in der NS-Freiraumgestaltung

Der Kult um den 1930 ermordeten SA-Angehörigen Horst Wessel gehört zu den markantesten Aspekten der NS-Propaganda im Dritten Reich. Neben der verpflichteten Aufführung des von ihm komponierten Liedes „Die Fahne Hoch“, wurde seine Figur in Schulbüchern und in den Medien zelebriert. Nach ihm wurden im ganzen Deutschen Reich Straßen, Schulen und weitere Orte umbenannt. „Horst-Wessel-Denkmäler mit den entsprechenden Freiraum- und Platzgestaltungen muss es in zahlreichen Städten und an exponierten Orten [...] gegeben haben,“¹ merkt hierzu Joachim Wolschke-Bulmahn an.

Kaum eine dieser Gedenkstätten hat die Kriegszerstörung und die späteren Entnazifizierungsprozesse überdauert. Archivquellen sind nur in geringem Umfang existent und auch in der Literatur wird das Thema nur anhand sehr weniger Beispiele erwähnt.

Doch wie viele Horst-Wessel-Denkmäler wurden im Dritten Reich tatsächlich errichtet? Und aus welchen Gründen? Die Betrachtung der bisher recherchierten Quellen lässt einige Tendenzen vermuten. An Orten, die zum Aufbau des biografischen Mythos Horst Wessels grundlegend waren, verdichteten sich die für ihn errichteten Denkmäler (Abb.1). In Berlin wurde ein ganzes Viertel, wie Friedrichshain, wo Wessel als Nationalsozialist in Erscheinung getreten ist, nach ihm umbenannt und als ein Denkmalensemble (Reichsehrendenkmal) umgebaut. Als weitere Verdichtungsgebiete sind der Geburtsort Bielefeld und die Region seiner Vorfahren im südlichen Niedersachsen zu erwähnen.

In der Regel wurden für die Errichtung von Horst-Wessel-Denkmalern Themen und Typologien übernommen, die schon lange vor der NS-Machtergreifung in Deutschland stark mit nationalistischen Inhalten beladen waren. Einzelbäume „einheimischer Art“, „Ehrenhaine“ nach Willy Langes Vorstellungen, Findlinge und Säulen aus Naturstein waren insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg zum Andenken der Gefallenen sehr verbreitet.² In den turbulenten Jahren der Weimarer Republik wurde es zum Verhaltensmuster mehrerer politischer Gruppierungen, ihre verstorbenen Anführer und Mitglieder ebenfalls als Gefallene zu zele-

1 Joachim Wolschke-Bulmahn, Landschaft und Gedächtnis. Thingstätten und andere Orte der NS-Diktatur als Aufgabe der Denkmalpflege, in: Jochen Martz und Joachim Wolschke-Bulmahn (Hg.), *Zwischen Jägerzaun und Größenwahn. Freiraumgestaltung in Deutschland 1933 – 1945* (Abstracts und Kurzviten zum Symposium aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums des Landesverbandes Bayern Nord e.V. im Jubiläumsjahr 125 Jahre Bundesverband DGGL – Nürnberg, 19. bis 21. April 2012) CGL, Hannover, 2012, S. 71.

2 Siehe dazu: Gröning, Gert und Schneider, Uwe (Hg.), *Gartenkultur und nationale Identität. Strategien nationaler und regionaler Identitätsstiftung in der deutschen Gartenkultur*, Wernersche Verlagsgesellschaft, Worms, 2001.

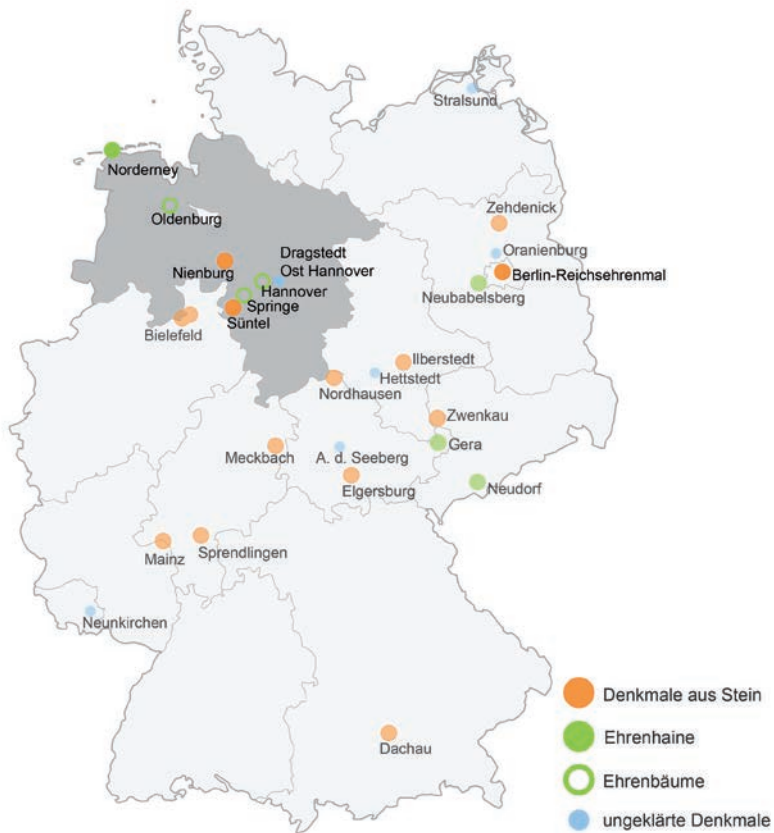


Abb. 1: Durch die Autoren recherchierte Verteilung der Horst-Wessel-Denkmäler in Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland (Quelle: eigene Grafik der Autoren, 02.2012)

brieren. Nach einem solchen Muster handelte auch Goebbels, der Wessel als ein „im Kampf für Deutschland“ gefallenen Krieger darstellte und damit die Denkmalkultur, die sich um den Bielefelder SA-Angehörigen entwickelte, beeinflusste.

Auch die niedersächsische Denkmalsituation wurde von diesem, von „oben“ gesteuerten Vorhaben tangiert. In Verbindung mit dem Kult um Wessels Vorfahren, die aus der Region zwischen Hameln und Hannover stammen sollen, entwickelten sich hier in besonderer Weise Horst-Wessel-Denkmäler.

Diese wurden nicht nur durch ihre Gestalt, sondern auch durch die jeweilige Lage auf besondere Weise inszeniert. So befand sich die Horst-Wessel-Eiche in Hannover auf dem heutigen Königsworther-Platz³, welcher beständig eine prägende Rolle im Stadtgefüge einnahm. Es wurde auf diese Weise sichergestellt, dass der Baum täglich von den Bürgern der Stadt gesehen wurde. Auch das Beispiel eines Horst-Wessel-Denkmal in Nienburg⁴ zeigt, dass neben der Gestalt besonders die Betrachtung der Lage ausschlaggebend für das Verständnis über die Denkmäler ist. Da Wessel als Vorbild für die Jugend des NS-Regimes diente, scheint die Setzung des Denkmals, welches sich in direktem Blickbezug zu einer Schule befand, nicht zufällig geschehen zu sein, sondern unterstreicht vielmehr eine klare propagandistische Absicht.

Heute sind auch in Niedersachsen die prägenden Elemente der damaligen Denkmäler fast zur Gänze verschwunden. Steinerne Denkmäler oder Bäume sind entfernt, Straßennamen oder Platzbezeichnungen wurden nach dem Krieg geändert. So erinnert heute räumlich nichts mehr an die damalige propagandistische Bedeutung dieser Gebiete. Auch findet sich an keinem der recherchierten Orte in Niedersachsen ein nachträglicher räumlicher Umgang mit dieser Thematik, wie etwa in Form von Informationstafeln oder anderen Gestaltungsmitteln. Des Weiteren wurde eine zusammenfassende schriftliche Auseinandersetzung bis zu diesem Zeitpunkt nicht erarbeitet, sodass auch eine fundierte wissenschaftliche Analyse der Orte in den meisten Fällen fehlt.

Horst-Wessel-Denkmal im Süntel

Besonders durch seinen Entstehungskontext und die heutige Gestalt erfährt das als Reichsehrenmal geplante Denkmal im Süntel-Gebirge⁵ besondere Beachtung. Anders als bei vielen Denkmälern zu Ehren Wessels sollte dieses Monument eine reichsweite Bedeutung erlangen. Hierzu erklärte der damalige lokale Landrat und SA-Oberführer die Absichten folgendermaßen:

3 Der heutige Königsworther-Platz wurde in der Zeit zwischen 1933–1945 mit dem Namen Horst-Wessel-Platz versehen.

4 Dieses Denkmal wurde vom hannoveraner Gartenarchitekten W. Hübötter geplant. Siehe hierzu auch die in Fußnote 1 erwähnte Publikation von Joachim Wolschke-Bulmahn.

5 Teil des Weserberglands nördlich von Hameln.

„Im Herbst wurde der Bückeberg [...] zum Platz des Erntedankfestes [...] bestimmt. Ihm gegenüber liegt der vorgesehene Ehrenmalplatz. Beide Baudenkmäler zusammen werden die gesamte Weserberglandschaft [...] in Zusammenklang des Erntedankfestes mit dem Gedenken an Horst Wessel stellen. Dieser in seinen Ausmaßen gewaltige Einklang bestimmte den Parteigenossen Speer, den Architekten des Bückebergs, die Achse des Erntedankplatzes auf den Bückeberg in Richtung des künftigen Denkmalplatzes zu legen.“⁶

Unter höchster Leitung, in Person von Albert Speer, wurden namhafte Gestalter zu einem Wettbewerb eingeladen. Als Sieger ging, unter zwölf nachweislichen Einsendungen⁷, das Architekturbüro Krüger hervor. Infolge des Wettbewerbs kam es jedoch zu Verzögerungen, da trotz intensiver lokaler Initiative eine Bauentscheidung durch obere Planungsbehörden hinausgezögert wurde. Höhe- und Schlusspunkt dieser Problematik zugleich war eine deutliche Stellungnahme des Stellvertreters des Führers, Stabsleiter Martin Bormann:

„Der Führer hat erneut entschieden, daß Horst Wessel sein Ehrenmal in Berlin habe und dass darüber hinaus ein weiteres Ehrenmal nicht errichtet werden soll.“⁸

Ungeachtet dieser klaren Aussage von oberster Stelle forcierten die örtlichen Beteiligten die Bemühungen jedoch weiter. Im Jahr 1939 kam es dann trotz der widrigen Umstände zur Fertigstellung eines Monumentes, welches mit den ursprünglichen Plänen des Wettbewerbs jedoch nur wenig zu tun hatte. Durch einen Entwurf des örtlichen Gartengestalters Wolff wurde eine steinerne Säule mit einem 5 Meter hohem Hakenkreuz errichtet (Abb. 2). Von Albert Speer anschließend



Abb. 2: Das 23 m hohe, als vorläufig bezeichnete fertiggestellte Horst-Wessel-Denkmal im Süntel (Quelle: Jürgen Schaper, Die Horst-Wessel-Tour, <http://www.hoefingen.net/biker/wesstour.htm>, Stand 10.02.2013)

- 6 Lambert, Helmut, Der Plan des Horst-Wessel-Ehrenmals im Süntel, In: *Der Klüt, Heimatkalender für das Oberwesergebiet*, 1936.
- 7 Die originalen Wettbewerbseinsendungen liegen erst seit kurzer Zeit durch einen Zufallsfund öffentlich zugänglich im Kreisarchiv Hameln-Pyrmont. Inwiefern diese vollständig sind, konnte bis dato nicht geklärt werden.
- 8 Bormann, Martin, *Brief an die Gauleitung Süd-Hannover-Braunschweig, Obersalzberg*, 13.04.1939 (Bundesarchiv, Akte R 4606/3414, "Süntelgebirge - Errichtung eines 'Horst-Wessel-Ehrenmals'", Bestand R 4606 Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt).



Abb. 3: Heutige Überreste des Horst-Wessel-Denkmal im Süntel (Foto: Dobratz/Venturelli, 2012)

als vorläufiges Denkmal bezeichnet, wird es schließlich von höherer Stelle legitimiert, jedoch gleichzeitig durch den Vermerk „vorläufig“ seiner Besonderheit entmachtet.

Heute, fast 70 Jahre nach der Befreiung Deutschlands von der NS-Diktatur, findet sich am Ort des Denkmals im Süntel eine besondere Situation vor. Wurden andernorts die Denkmäler zu Ehren Wessels fast vollständig entfernt, gibt es hier noch deutliche Spuren. Die vermutlich von den Alliierten gesprengte Säule liegt heute fast unangetastet im Waldgebiet (Abb. 3). Lediglich das stählerne Hakenkreuz wurde direkt entfernt. Heutzutage besteht für interessierte Bürger oder zufällige Betrachter keine Möglichkeit, sich über die Geschichte des ehemaligen Horst-Wessel Denkmals und seiner Überreste hinreichend zu informieren. Ein aktiver Umgang mit diesem Ort fand scheinbar in den letzten Jahrzehnten nur in ganz geringem Maße statt. Dabei drängt sich die Frage auf, ob diese Strategie des „Nicht-Beachtens“ angemessen auf die Geschichte des Ortes reagiert.

Quellen (Auswahl)

Fuhrmeister, Christian, *Beton, Klinker, Granit. Material, Macht, Politik: eine Materialikonographie*, Verlag Bauwesen, Berlin, 2001.

Gröning, Gert und Schneider, Uwe (Hg.), *Gartenkultur und nationale Identität. Strategien nationaler und regionaler Identitätsstiftung in der deutschen Gartenkultur*, Wernersche Verlagsgesellschaft, Worms, 2001.

Siemens, Daniel, *Horst Wessel – Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten*, Siedler Verlag, München, 2009.

Wolschke-Bulmahn, Joachim, Landschaft und Gedächtnis. Thingstätten und andere Orte der NS-Diktatur als Aufgabe der Denkmalpflege, in: Martz, Jochen und Wolschke-Bulmahn, Joachim (Hg.), *Zwischen Jägerzaun und Größenwahn. Freiraumgestaltung in Deutschland 1933–1945* (Abstracts und Kurzviten zum Symposium aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums des Landesverbandes Bayern Nord e.V. im Jubiläumsjahr 125 Jahre Bundesverband DGGL – Nürnberg, 19. bis 21. April 2012) CGL, Hannover, 2012, S.71–75.

Kurzvita

Flavio Venturelli; geboren 1976 in Rom. 2004: Diplom in Architektur und Bauingenieurwesen an der Universität Ancona (UNIVPM). 2007: Stipendiat im Rahmen des INTERREG-Projektes *Greenkeys*. Bis 2011: Wissenschaftlicher Angestellter am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Fachgebiet Bauplanung (Prof. Walter Nägeli). Seit WS 2011/12 besucht er den Masterstudiengang Landschaftsarchitektur an der Leibniz Universität Hannover. Schwerpunkt seiner Interessen sind politisch aufgeladene Freiraumgestaltungen. In diesem Rahmen hat er im WS 2012/13 zusammen mit Tobias Dobratz am Projekt "Landschaft. Ideologie. Macht. Der Horst-Wessel-Kult im Freiraum" gearbeitet (Betreuer: Prof. Dr. Joachim Wolschke-Bulmahn).

Tobias Dobratz; geb. 1984 in Gelsenkirchen, 2004–2007 mit Auszeichnung abgeschlossene Ausbildung zum Landschaftsgärtner; 2007–2012 Bachelorstudium der Landschaftsarchitektur und Umweltplanung Universität Hannover, ab 2012 Masterstudium Landschaftsarchitektur Universität Hannover, während des Studiums: wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Landschaftsarchitektur (2008–2013), Auszeichnung mit dem Peter-Joseph-Lenné Preis des Landes Berlin (2010), Praktikum bei Kipar Landschaftsarchitektur (2011), Planung und Betreuung diverser Hausgärten (2007–2013). Im Rahmen des Masterstudiums liegt sein Interessenschwerpunkt auf der Geschichte der Freiraumplanung. In Kooperation mit Flavio Venturelli bearbeitete er im WS 2012/2013 das Projekt "Landschaft. Ideologie. Macht. Der Horst-Wessel-Kult im Freiraum" (Betreuer: Prof. Dr. Joachim Wolschke-Bulmahn).

Wiebke Dreeßen

Die Spielstätte „Stedingsehe“ als Gegenstand der Inventarisierung und Baudenkmalpflege

Zu der Gemeinde Ganderkesee im Landkreis Oldenburg gehört im nördlichen Teil etwa auf halbem Wege zwischen Oldenburg und Bremen der heutige Ortsteil Bookholzberg am Rande der Geestlandschaft, an die sich nördlich die flache Marschlandschaft des Stedinger Landes bis zur Weser anschließt.

An diesem topografisch ideal gelegenen Ort wurde in den Jahren 1934/35 die Freilichtbühne „Stedingsehe“ errichtet, in der NS-Zeit „Niederdeutsche Gedenkstätte Stedingsehe Bookholzberg“ oder auch „Thingstätte Stedingsehe“ bezeichnet.

Anlass für die Errichtung dieser Anlage aus politischen Motiven war ein historisches Ereignis: Am 27. Mai 1234 wurde in der Nähe des Dorfes Altenesch an der Weser ein Aufstand der Stedinger Bauern gegen den Erzbischof von Bremen durch ein Kreuzfahrerheer blutig niedergeschlagen.

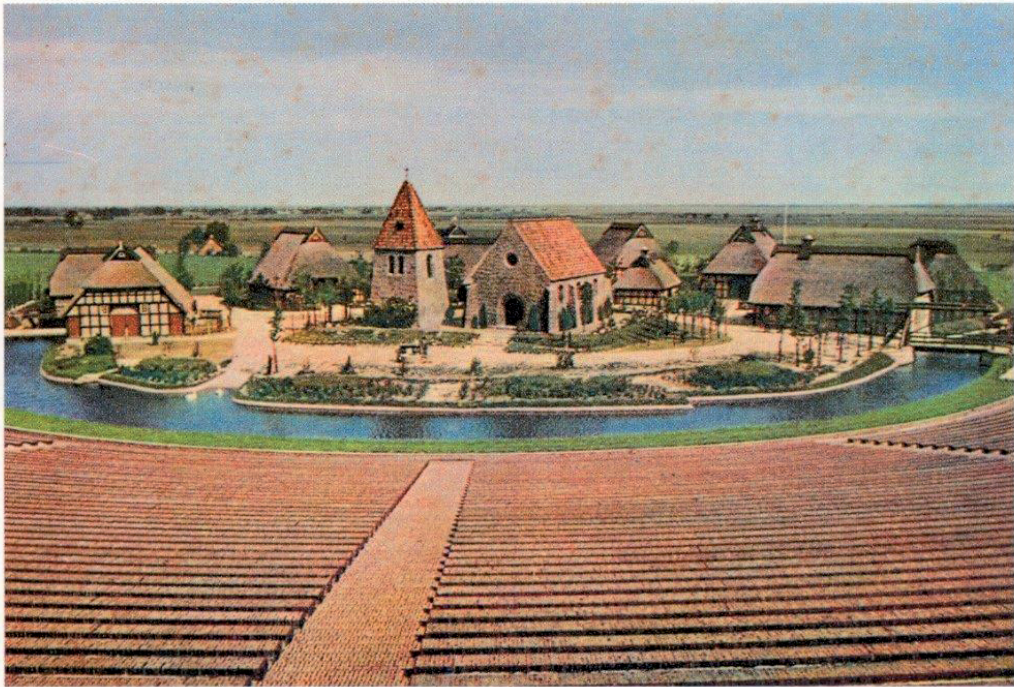
Nachdem schon Anfang des 19. Jahrhunderts im Zuge romantisch nationaler Erhebungen die Stedinger, die ihre bäuerlichen Freiheiten gegen die landesherrschaftlichen Ansprüche des Kirchenfürsten zu verteidigen versucht hatten, wiederentdeckt wurden, errichtete man zur Erinnerung an den 600. Jahrestag der Schlacht bei Altenesch 1834 am Weserdeich ein Denkmal in Form eines Obeliskens. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert erschienen zahlreiche literarische Werke, in denen der unerschrockene Kampf der sich heldenhaft gegen die Fremdherrschaft wehrenden Bauern als Vorbild für das deutsche Volk dargestellt wurde.

Das Thema wurde auch von den Nationalsozialisten als geeignet für ihre kulturpolitischen Ziele erkannt. So wurde die 700. Wiederkehr des Tages der Schlacht von Altenesch am 27. Mai 1934 am vermeintlichen Ort unter freiem Himmel mit einer Aufführung des niederdeutschen Volksschauspiels „De Stedinge“ des Oldenburger Heimatdichters August Hinrichs in einer großen „vaterländischen Kundgebung“ gefeiert, getragen und organisiert durch die Gauleitung der NSDAP des Gaues Weser-Ems unter dem persönlichen Schutz des Reichsstatthalters von Oldenburg und Bremen Carl Röver. Zwischen 40.000 und 50.000 Menschen sollen dieser Veranstaltung in Anwesenheit zahlreicher NS-Größen beigewohnt haben.

Aufgrund des überraschenden Erfolges bei der Bevölkerung wurde daraufhin noch im Sommer 1934 beschlossen, eine feste Spielstätte für das propagandistisch zu nutzende Schauspiel zu errichten. Die Wahl fiel auf ein Gelände am Bookholzberg in der Bauerschaft Gröppenbüren, das mit seiner Hanglage am Geestrücken und in Sichtweite des histo-

rischen Schlachtfeldes günstige Voraussetzungen für die Errichtung einer Freilichtbühne bot, an einer Stelle, an der 1923 ein Bismarck-Denkmal in Form einer Findling-Reihung angelegt worden war.

Unter geschickter Ausnutzung des natürlichen Bodenreliefs entwickelte der Berliner Architekt Walter Reimann eine landschaftlich eingebundene Tribüne in Form eines Dreiteilkreisausschnittes mit einem axial-symmetrischen Erschließungssystem für 40 Sitzreihen, die Platz für 7.800 bis 10.000 Personen boten, mit einem panoramaartigen Ausblick ins Stedinger Land. Ein künstlicher, entlang dem inneren Halbrund der Tribüne geführter Wasserlauf sollte die segmentbogenförmig angeordneten Ränge von der Bühne trennen, auf der ein historisches Bauerndorf u.a. mit Kirche, Mühle und Fachwerkhäusern geplant wurde. Zu seinem Entwurf gehörte weiter eine Kongresshalle von 60 x 25 m im Stil eines gewaltigen niedersächsischen Bauernhauses.



Gesamtbild der Gedankstätte „Stedingerschne“

Die Grundsteinlegung in Anwesenheit von Himmeler, Rosenberg, Darré und Röver für die amphitheaterähnliche Anlage erfolgte im Oktober 1934. Schon im Juli 1935 waren nach modifizierten Plänen des Delmenhorster Architekten Ernst Behrens, der ab 1936 auch offiziell Reimann als Architekt ablöste, die Zuschauertribüne und Teile der Bauten des Spieldorfes fertiggestellt, so dass die Einweihung der Anlage durch eine Aufführung des Schauspiels „De Stedinge“ vor rund 10.000 Zuschauern erfolgte. Der nördliche Teil von Gröppenbüren erhielt den Ortsnamen Bookholzberg.

Nach mehreren Aufführungen im Sommer 1935 wurde im Januar 1936 von Röver die Urkunde zur Errichtung der „Stiftung ‚Stedingsehe‘“ unterzeichnet, die ab 1938 auch offiziell die Anlage übernahm. Damit einher gingen Pläne Rövers, die Kult- und Freilicht-Spielstätte in eine „NS-Gauschulungsborg“ für den gesamten Gau Weser-Ems umzufunktionieren und beträchtlich zu erweitern. Architekt Behrens entwickelte dafür auf einem ca. 40 ha großen Gelände entsprechende Pläne, die jedoch nur zu einem kleinen Teil bis in den 2. Weltkrieg hinein umgesetzt wurden. Ab 1938 wurden die Fachwerkbauten des Spieldorfes für Zwecke der Gauschule um- und ausgebaut und ein Gästehaus für 2000 Personen errichtet.

Aus finanziellen und kriegswirtschaftlichen Gründen sowie wohl auch durch den Tod von Röver 1942, der Motor des Ausbaus gewesen war, wurde nach 1941 der weitere Ausbau mit Schulbauten und einem großen Aufmarschplatz mit 60 m hohem Turm eingestellt.

Im April 1945 besetzten kanadische und britische Truppen Ganderkesee und damit auch „Stedingsehe“.

Nach dem Krieg wurde die Anlage 1946 an die „Niedersächsische Landesversehrtenschule“ übergeben, aus der das „Berufsförderungswerk Bookholzberg“ hervorging, das bis heute hier ansässig ist und im Laufe der Zeit zahlreiche Neubauten auf dem umliegenden Gelände errichtet hat, wobei der Bereich der Freilichtbühne und ihre landschaftliche Einbettung davon unberührt blieben. Die Freilichtbühne selbst wurde vom Land Niedersachsen als Eigentümer dem Ortsverein Bookholzberg zur Verfügung gestellt und von diesem gepflegt.



Von 1963 bis 1982 fanden einzelne, vor allem musikalische Veranstaltungen bis zu einem „Internationalen Beatfestival“ auf der Anlage statt, bis das Interesse an derartigen Veranstaltungen erlahmte, und insbesondere die Tribüne ungenutzt dem Verfall überlassen wurde. Eine Auseinandersetzung mit dem Ort als NS-Erbe fand bis zum Beginn der 1990er Jahre nicht statt, sondern die Anlage blieb sich selbst überlassen.

Heute ist die Tribüne eingezäunt und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Schafe halten den Bewuchs kurz. Die Gebäude des Spieldorfes, die weitgehend durch höheren Baumbestand eingegrünt sind, wodurch der Blick in die Landschaft versperrt ist, werden für das Berufsförderungswerk genutzt.

Ausgehend von dem dargestellten geschichtlichen Hintergrund wird in dem Vortrag der Frage der Denkmalausweisung von „Stedingsehe“ und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für den denkmalpflegerischen Umgang mit dem Objekt nachgegangen, die sich der niedersächsischen Denkmalmalpflege erstmals 1984 und dann Anfang der 1990er Jahre im Zusammenhang mit einer geplanten Bebauung im Bereich der Tribünenanlage stellte.

Kurzvita

Wiebke Dreeßen, Dipl.-Ing.; 1952 in Marne, Kreis Dithmarschen, Schleswig-Holstein geboren.

Nach dem Abitur in Marne 1971 Architekturstudium an der Technischen Universität Hannover, Stipendiatin der Studienstiftung des Deutschen Volkes, 1977 Diplom-Hauptprüfung. 1977–1978 Studium am „Studienzentrum für die Erhaltung des städtischen und architektonischen Erbes Europas“ des College of Europe in Brügge, Belgien. 1978–1980 Regierungsbaureferendarin in Schleswig-Holstein mit dreimonatigem Praktikum beim Europarat in Straßburg in der Abteilung Raumordnung und Denkmalpflege.

Nach der Großen Staatsprüfung für den höheren technischen Verwaltungsdienst seit Januar 1981 Denkmalpflegerin in der niedersächsischen Landesverwaltung als Bezirkskonservatorin/Dezernentin/Gebietsreferentin im Institut für Denkmalpflege, 1998–2004 in der Bezirksregierung Weser-Ems, danach bis heute wieder in der Fachbehörde, dem heutigen Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege.

Mitglied im Arbeitskreis Bautechnik der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik, Jurymitglied beim „Preis für Denkmalpflege“ der Niedersächsischen Sparkassenstiftung, Mitglied im Arbeitskreis Baudenkmalpflege der Oldenburgischen Landschaft. Zahlreiche Veröffentlichungen in den „Berichten zur Denkmalpflege in Niedersachsen“ und anderen Publikationen.

Birgit Franz

Erhalt „bequemer“ und „unbequemer“ Objekte – auch eine Frage der Vermittlung?

„Was ist wert, erhalten zu werden und weshalb?“ – „Was macht Denkmale unbequem und warum?“ – „Gibt es überhaupt „bequeme“ Denkmale?“¹ Diese drei Fragen stellt die Deutsche Stiftung Denkmalschutz zum zwanzigsten bundesweiten Tag des offenen Denkmals 2013. Unter dem Motto „Jenseits des Guten und Schönen: Unbequeme Denkmale“ macht die größte Bürgerinitiative für Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland ungezählte Bauwerke öffentlich. Die themenbezogen wechselnden Zugänge nutzen alljährlich bundesweit insgesamt mehrere Millionen Menschen.

Derartige sachliche wie emotionale Zugänge – ob zum Schönen, ob zum Schwierigen, ob zum Anderen – benötigt die Öffentlichkeit ebenso wie die Fachlichkeit. Hierzu ein Beispiel aus der Nutzungswerkstatt zur Vermittlung moderner Kirchen, 2009 von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland eingerichtet. Hier verdeutlicht Gabriele Podschadli anhand der eigenen Denkmalpraxis im LWL-Amt für Denkmalpflege in Westfalen, dass auch die fachliche Entwicklung der Wertschätzung gegenüber modernen Kirchen Zeit und Verständnis braucht(e): *„Ich habe vor dreißig Jahren begonnen, in der Denkmalpflege zu arbeiten und habe damals die neuen Kirchen nicht gemocht. Ich habe sie nicht verstanden. Je älter ich werde, umso mehr schätze ich sie, verstehe sie und sehe ihren Wert. Ob ich sie richtig verstanden habe, weiß ich nicht, aber ihren Wert kann ich berücksichtigen.“*² Sie umschreibt so den Schlüssel zum Erhalt von Objekten: das Kennenlernen, die sachliche multiperspektivische Auseinandersetzung vor dem jeweiligen geschichtlichen wie ideologischen Hintergrund.

Wissen ist vergänglich und braucht Auffrischung. Wenn allerdings einseitige Perspektiven aufgegriffen werden, ist Wissen jedoch bekanntermaßen auch irrtümlich. Zeitzeugen, mit ihren unterschiedlichen Optionen auf Vergänglichkeit – Menschen, Baudenkmale, Denkmäler und Objekte –, halten die Neugierde nach „Begreifen“ aufrecht. Wissensvermittlung basiert auf Fakten, Denkmalvermittlung auf pluralistischen – faktischen wie emotionalen – Zugängen, ermöglicht so freie Form der Teilhabe aller Menschen am Kulturerbe, füllt diese mit Leben. Sie ist weder vordergründig noch hintergründig als hierarchisiertes Bindeglied zwischen Fachlichkeit und Öffentlichkeit zu verstehen: *„... in der Anerkennung, dass jeder*

1 Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Impressum), <http://tag-des-offenen-denkmals.de/thema/2013.html> (Abruf 02.01.2014)

2 Nutzungswerkstatt – Vermittlung moderner Kirchen. Anregungen und Positionen, in: Deutsche Stiftung Denkmalschutz / Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Kirche leer – was dann? Neue Nutzungskonzepte für alte Kirchen, Petersberg 2011, Zitat Gabriele Podschadli S. 116

Mensch das Recht besitzt, sich an dem Kulturerbe seiner Wahl zu beteiligen und die Rechte und Freiheiten der anderen als einen Aspekt des Rechtes zu achten, am kulturellen Leben in freier Form teilzunehmen ...“, so der Europarat 2005 in der „Faro Convention“.³ Das die inter- sowie transnational zu führenden Diskurse notwendigerweise (!) neuer multiperspektivischer Methoden bedürfen, damit offene Erbe-Konstellationen im Verständnis gemeinschaftlicher Deutungshoheiten gefördert sowie Dissensmöglichkeiten ausgehalten werden können, beleuchtet 2010 auf der internationalen Kasseler Tagung „Europäisches Kulturerbe – Bilder, Traditionen, Konfigurationen“⁴ Gabi Dolff-Bonekämper in ihren Überlegungen zum Thema „Europa als neue Referenzgewissheit? Von den Objekten und den Subjekten der Erbekonstruktionen.“⁵

Die vielfältigen Möglichkeiten der Denkmalvermittlung in einer modernen Kommunikationsgesellschaft verbindet 2011 die ReferentInnen und TeilnehmerInnen der Dresdner Tagung „Kommunizieren – Partizipieren. Neue Wege der Denkmalvermittlung,“⁶ gemeinsam veranstaltet vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, der Technischen Universität Dresden und der Hochschule für Bildende Künste Dresden. Die Vermittlungsoptionen für Objekte und Subjekte gliedern sich in vier typologische Herangehensweisen der Beteiligten: „Reproduzieren und Inszenieren“ – „Dokumentieren und Diskutieren“ – „Beschreiben und Erzählen“ – „Virtualisieren und Mediatisieren“. Ingrid Scheurmann, verantwortlich für die Idee und Konzeption der Veranstaltung, benennt ihren Einführungsvortrag entsprechend passgenau „Kommunikation als Teilhabe oder: Von Akteuren, Adressaten, Freunden und Fans der Denkmalpflege.“⁷

Vor 25 Jahren forderte Norbert Huse die Fachlichkeit und die Öffentlichkeit dazu auf, auch „Unbequeme Denkmale“⁸ möglichst authentisch zu erhalten, die aus ihren sozialen, politischen wie wirtschaftlichen Gründen in Vergessenheit geraten könnten. Bezogen auf das Erbe des Nationalsozialismus schreibt er 1997 in seinem berühmten gelben Büchlein: „Unverändert drückend sind die Erblasten des Dritten Reichs. Dessen architektonische Zeugnisse sind unbequeme Denkmale, die an Tatsachen erinnern, die es besser nicht gäbe, Teile eines

3 Europarat, Faro, 27.10.2005: Rahmenkonvention über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft, im Original englisch- und französischsprachig, http://www.dnk.de/_uploads/media/184_2005_Europarat_Rahmenkonvention.pdf (Abruf 03.01.2014)

4 Winfried Speitkamp (Hrsg.): *Europäisches Kulturerbe – Bilder, Traditionen, Konfigurationen. Dokumentation der Tagung der Universität Kassel vom 8. –9. Oktober 2010* (= Arbeitsheft des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen, Bd. 23), Stuttgart 2013

5 Dolff-Bonekämper, a.a.O., hier in Anm. 4, S. 110–119

6 Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hrsg.): *Kommunizieren – Partizipieren. Neue Wege der Denkmalvermittlung*, Band 82, Bonn 2012.

7 Scheurmann, a.a.O., hier in Anm. 6, S. 13–17.

8 Huse, Norbert: *Unbequeme Denkmale*, in: Mörsch, Georg; Strobel, Richard (Hrsg.): *Das Denkmal als Plage und Frage. Festgabe für August Gebeßler*, München 1989, S. 96–101.

Erbes, das niemand haben will und doch nicht ausgeschlagen werden und nicht beschönigt werden darf. ... Eine durch Abreißen und Rekonstruieren im nachhinein korrigierte Geschichte wäre sicherlich sehr viel beliebter als die, die es in Deutschland nun einmal gibt, und das nicht nur bei Ignoranten.“⁹

Analog thematisierte der Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege 1994 auf der Jahrestagung „*Denkmale und Gedenkstätten*“¹⁰ die Ambivalenz von Erinnern und Vergessen. Der Tagungsort Weimar war Programm. Hermann Wirth schreibt in seiner Einführung: „*'Weimar' und 'Buchenwald' – Synonyme für Entfaltungsstätten großartiger geistiger Kultur einerseits, der Inkarnation der Unkultur andererseits – sind zum Inbegriff kultureller Ambivalenz überhaupt geworden ...*“¹¹ Und Marion Wohlleben konstatiert in ihrem „*Plädoyer für das Einfache, das Schwierige und das Andere*“¹² einerseits „Die Geschichte der Denkmalpflege ist keine Liebesgeschichte und die Liebe zu Denkmälern läßt sich wohl auch nicht erzwingen.“¹³ Sie bildet unter dem Hinweis, dass Schutz kennen voraussetzt, andererseits und gerade deshalb mittels ausgewählter Max Frisch Zitate auf eindringliche Weise Brücken zwischen „bequem“ und „unbequem“. In seinem Prosawerk „*Schweiz als Heimat?*“ fragt Max Frisch „*Hat man eine Heimat nur, wenn man sie liebt?*“ und beantwortet „... zu meiner Heimat [gehört] auch die Schande, zum Beispiel die schweizerische Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg ...“¹⁴

Die in jüngster Zeit wieder verstärkt umstrittenen Denkmale und Denkmäler der Mussolini-Ära in Bozen waren in 2012 für den Arbeitskreis erneuter Anlass, über den Umgang mit Denkmalen und Denkmälern nachzudenken, an denen sich politische Auseinandersetzungen entzündeten und die Projektionsflächen gesellschaftlicher Konflikte sind oder waren. In Kooperation mit Waltraud Kofler Engl, Direktorin des Amtes für Bau- und Kunstdenkmäler der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol, stellte er sich mit dem Thema „*Umstrittene Denkmale. Der Umgang mit dem Erbe der Diktaturen*“¹⁵ den Ansätzen der Denkmalvermittlung ebenso wie den Fragen der Zumutbarkeit von Erinnerung für die Opfer.

9 Huse, Norbert: *Unbequeme Baudenkmale. Entsorgen? Schützen? Pflegen?*, München 1997, S. 34.

10 Hubel, Achim / Wirth, Hermann (Hrsg.): *Thema: Denkmale und Gedenkstätten. Dokumentation der Jahrestagung 1994 in Weimar* (=Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar – Universität, 41. Jg., Doppelheft 4–5/1995).

11 Wirth, a.a.O., hier in Anm. 10, S. 3, Zitat S. 3

12 Marion Wohlleben: *Ungeliebte Denkmäler. Ein Plädoyer für das Einfache, das Schwierige und das Andere*, in: Hubel / Wirth a.a.O., hier in Anm. 10, S. 157–166, Zitat S. 166

13 Wohlleben, a.a.O., hier in Anm. 12, Zitat S. 165.

14 Wohlleben, a.a.O., hier in Anm. 12, Zitat S. 166.

15 Franz, Birgit / Kofler Engl, Waltraud (Hrsg.): *Umstrittene Denkmale / Monumenti controversi – Der Umgang mit dem Erbe der Diktaturen / Come gestire l'eredità delle dittature*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Bd. 22, Holzminden 2013.

Ingrid Scheurmann bekräftigt in ihrem Tagungsbeitrag, dass *„das von Huse als Voraussetzung für das Erkennen des Anderen, Unbequemen und Negativen geforderte Nachdenken über die ganze Geschichte, will heißen über das oder die Geschichtsbilder der Denkmalpflege, bis dato nicht, zumindest nicht in ausreichendem Maße, stattgefunden hat. Huses Buch hat auch nicht zu einem neuen Verständnis von Zeugnis- und Erinnerungswerten geführt, vielmehr neben dem ‚Bequemen‘ eine vormalige Leerstelle besetzt, die ihrerseits zum Betätigungsfeld einer kleinen Gruppe von Denkmalpflegern avanciert ist, die seither im Grenzbereich zu den Mahn- und Gedenkstätten agieren.“*¹⁶ Das Nachdenken über die Vermittlung „unbequemer“ Baudenkmale ist künftig also weiter zu fassen als bisher der Fall.

Die individuellen wie die kollektiven Wertungen hängen einerseits vom Sinn und Zweck, andererseits aber auch oft von der (Un)Kenntnis der geschichtlichen Hintergründe ab. Die Vermittlungsoptionen bedürfen neben der Vermittlung der vielbeschriebenen „unbequemen“ Objekte auch der Ausdifferenzierung von lediglich „vermeintlich bequemen“ (sozusagen bequemesierten) Geschichtszeugnissen. Für die empfundenen Widersprüchlichkeiten bei der Bewertung, ob „bequemesiert“ oder „unbequem“, mögen für das Erbe des Dritten Reichs die Luftkriegsschule in Dresden-Klotzsche¹⁷ und die sogenannten Reichstypenspeicher¹⁸ als Beispiel angeführt sein, die (nicht zuletzt) bei deren Konversionen deutlich werden.

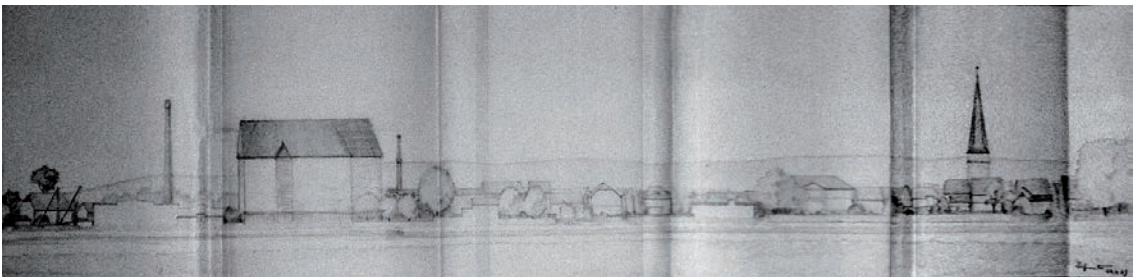


Abb. 1: Studie des Städtischen Baurats Behrens zur Einbindung des Reichstypenspeichers in die Holzminde-ner Stadtlandschaft, 27. April 1939, Planformat ca. 30 x 110 cm; Bauakte (Bauamt Holzminden)

- 16 Ingrid Scheurmann: Vom Kunstunwert zum unbequemen Denkmal. Zum denkmalpflegerischen Nachdenken über das Verhältnis von Geschichte und Ästhetik, in: Franz / Kofler Engl, *a.a.O.*, hier in Anm. 15, S. 24–35. Zitat S. 26
- 17 Franz, Birgit: Junge Ideen für die alte Luftkriegsschule, in: *UNIKATH Forschung und Wissenschaft*, Heft 2 (2002), S. 27 – Desweiteren: Ausstellung „Visionen – Ideen – Projekte: Nutzungskonzepte für die ehemalige Luftkriegsschule in Dresden / Klotzsche“, 08.03.–22.03.2002 in Dresden, Budapesterstr. 5, Initiator: Aufbaustudiengang Altbauintandsetzung der Universität Karlsruhe (TH), Gestaltung und Marketing: Agentur GeZwo.
- 18 Vgl. Franz, Birgit / Maybaum, Georg: Reichstypenspeicher als dominante Zeugen in einer Kulturlandschaft. Der Getreidespeicher in Holzminden, in: Franz, Birgit / Hubel, Achim (Hrsg.): *Historische Kulturlandschaft und Denkmalpflege*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Bd. 19. Holzminden 2010. S. 98–109.

Der Kriegszweck der Luftkriegsschule in Dresden-Klotzsche erschließt sich mit Blick auf die kasernenhafte Architektur auch der Öffentlichkeit und lässt in den 1990er Jahren bei der angedachten Konversion zum Industriepark eher beschwerlich neue Nutzer finden. Die amtliche Denkmalpflege wiederum tut sich seinerzeit schwer, die städtebauliche Anlagenstruktur derselben zu schützen; sie legt ihren Fokus stärker auf die Einzelbauwerke. Zur Anhebung des Images lässt sie deshalb Neubauimplantate zu und erkennt bereits wenig später, dennoch bereits im Rückblick, deren struktur(zer-)störenden Folgen für die städtebauliche Konzeption der Anlage.

Die typisierten Reichstypenspeicher – Getreidespeicher für die Versorgung der Zivilbevölkerung – sind noch heute im Kulturräum weithin sichtbare, aber erstaunlicherweise zugleich oftmals aus dem Blickwinkel der Gewohnheit übersehene – „bequemisierte“?! – Monumente der kriegstauglichen Bevorratungspolitik, die Teil eines flächendeckenden Autarkieprogramms zur Vorbereitung eines gewalttätigen Krieges waren, der 60 Millionen Menschenleben kostete. In ihnen entstehen zunehmend begehrte Büroflächen, aber auch wohlgenutzte Hotels – und das wiederum oftmals ohne integrierendes Verständnis für Struktur und Gestalt des Ursprungsbaus.



Abb. 2: Der als Dominante in der Stadtlandschaft bis heute in Nutzung befindliche Reichstypenspeicher in Holzminden, 29. September 2007; Fotoarchiv Birgit Franz / Georg Maybaum

In beiden Anschauungsbeispielen bleibt die Frage: Wer hätte wem und wann die nötigen Kenntnisse vermitteln sollen und können? Es zeigt sich bei unbequemen wie den bequemen Objekten auch, dass Fachlichkeit und Öffentlichkeit gemeinsame Wege der Auseinandersetzung benötigen. Zahlreiche bürgerschaftlich getragene Initiativen stehen für den Erhalt von „geliebten“ wie „ungeliebten“ Bauwerken und fordern an der einen Stelle Erhalt von als denkmalwert empfundenen, tatsächlich jedoch nicht denkmalgeschützten Zeugnissen, anderenorts wiederum den Abriss geschützter Baudenkmale oder Denkmäler. Positive Zwischenbilanz: Es kommen multiperspektivische Diskurse der Vermittlung in Gang.

Entsprechend stehen aktuelle fachliche Debatten zu „Denkmal – Werte – Bewertung“¹⁹, so denn auch der Titel der Cottbusser Jahrestagung 2013 des Arbeitskreises – im experimentellen, im von Fachlichkeit und Öffentlichkeit gemeinsam erzeugten Spannungsbogen der Herangehensweisen. Es geht zunehmend um neue Wege der Vermittlungsoptionen, die es auszuprobieren und mitunter auch auszuhalten gilt.

Kurzvita

Prof. Dr.-Ing. Birgit Franz; Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) Hildesheim – Holzminden – Göttingen.

1980–1988 Architekturstudium an der TU Berlin und Universität Karlsruhe (TH). 1988–1991 tätig als Mitarbeiterin im Brettel-Architekten-Cooperativ sowie im Architekturbüro Mannhardt, 1991–2002 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Karlsruhe (TH) im Sonderforschungsbereich 315 „Erhalten historisch bedeutsamer Bauwerke“, später als Hochschuldozentin und Kursleiterin des postgradualen Aufbaustudiengangs „Altbauintstandsetzung“, 1996 Dissertation zur Wiedernutzbarmachung von historisch bedeutsamen Bürgerhäusern. Seit 2002 Professur für Bauwerkserhaltung und Denkmalpflege an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) am Standort Holzminden, ab März 2014 am Standort Hildesheim.

Architektin, Gutachterliche Tätigkeit, Wettbewerbspreisrichterin, Internationale Summer Schools, Wissenschaftliche Tagungen, Ausstellungen.

Mitgliedschaften u.a. im ICOMOS, der Fachgruppe „Denkmalpflege“ des Niedersächsischen Heimatbundes, der Fachgruppe „Fachliche Fragen“ des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, seit 2009 beratend in der „Initiative Kirchen öffnen und erhalten für eine erweiterte Nutzung“ der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland und Vorstandsmitglied im Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V.

Seit 1992 zahlreiche Vorträge und wissenschaftliche Publikationen, bezogen auf das Vortragsthema beispielsweise folgende Publikationen:

Birgit Franz und Waltraud Kofler Engl (Hrsg.): *Umstrittene Denkmale / Monumenti controversi – Der Umgang mit dem Erbe der Diktaturen / Come gestire l'eredità delle dittature*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 22. Verlag Mitzkat Holzminden 2013.

19 Franz, Birgit / Vinken, Gerhard (Hrsg.): *Denkmal – Werte – Bewertung*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Bd. 23, geplante Drucklegung der Tagungsdokumentation im Herbst 2014

Birgit Franz und Georg Maybaum: Denkmale zum spanischen Franquismus: Rezeption – Umgang – Entsorgung / I monumenti al franchismo spagnolo: recepimento, gestione, smantellamento. In: Birgit Franz, Waltraud Kofler Engl (Hrsg.): *Umstrittene Denkmale / Monumenti controversi – Der Umgang mit dem Erbe der Diktaturen / Come gestire l'eredità delle dittature*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 22. Verlag Mitzkat Holzminden 2013, S. 164–175.

Birgit Franz, Hans-Rudolf Meier (Hrsg.): *Zerstörung und Wiederaufbau. Stadtplanung nach 1945. Denkmalpflegerische Probleme aus heutiger Sicht*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 20. Verlag Mitzkat Holzminden 2011.

Birgit Franz, Georg Maybaum: „Whose Heritage is it anyway? Zur kulturellen Zugehörigkeit von Baudenkmalen in Grenzverschiebungsräumen“. In: *Museumsblätter. Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg. Über die Grenze. Zwischen Sachsen und Brandenburg*. Heft 17 (Dezember 2010), S. 44–48.

Birgit Franz, Georg Maybaum: „Reichstypenspeicher als dominante Zeugen in einer Kulturlandschaft. Der Getreidespeicher in Holzminden.“ In: Birgit Franz, Achim Hubel (Hrsg.): *Historische Kulturlandschaft und Denkmalpflege*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 19. Holzminden 2010. S. 98–109.

Birgit Franz, Gabi Dolff-Bonekämper (Hrsg.): *Grenzverschiebungen, Kulturraum, Kulturlandschaft. Kulturerbe in Regionen mit wechselnden Herrschaftsansprüchen*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 18. Verlag Mitzkat Holzminden 2009.

Birgit Franz, Gabi Dolff-Bonekämper (Hrsg.): *Sozialer Raum und Denkmalinventar. Vorgehensweisen zwischen Erhalt, Verlust, Wandel und Fortschreibung*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 17. Sandsteinverlag Dresden 2008.

Birgit Franz, Georg Maybaum: „Verlorene Inventare. Befunde aus Erinnerung. Wenn Enkel mehr als Töchter und Söhne werden wissen wollen: Aufnahme in Mittelhessen in den späten 1940er Jahren und Vernichtung des Seilnetzühlturmes in Uentrop-Schmehausen 1991.“ In: *Sozialer Raum und Denkmalinventar. Vorgehensweisen zwischen Erhalt, Verlust, Wandel und Fortschreibung*. Hrsg.: Birgit Franz, Gabi Dolff-Bonekämper. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 17. Dresden 2008. S. 108–112.

Joachim Ganzert

Die Gymnastik- und Feierhalle in Buchau. Zeugnis eines ‚printemps du sacre‘ im 20. Jahrhundert?

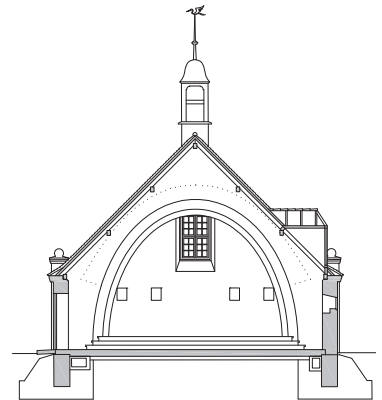
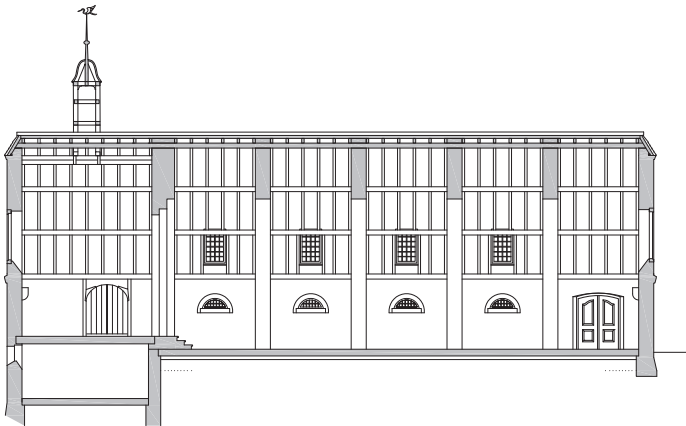
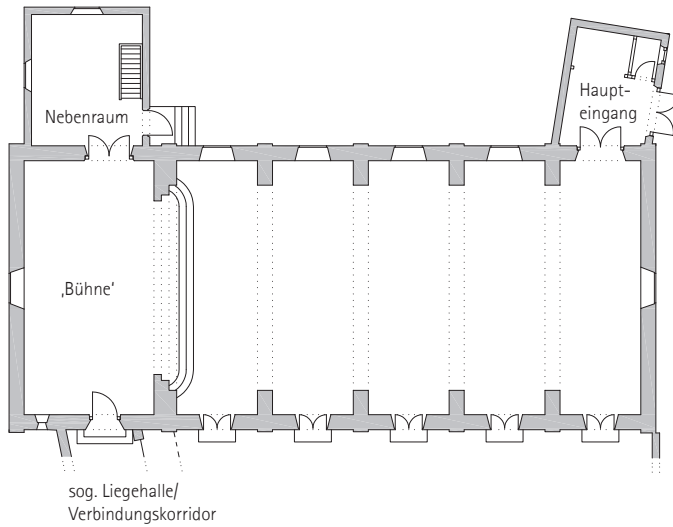
Südwestlich von Ulm (in Oberschwaben) liegt das während der Eiszeiten entstandene Federsee-Becken, in dem sich durch die Eisschmelze vor etwa 16.000 Jahren der Ur-Federsee bildete, der im Laufe der Zeit auf seine heutige Größe schrumpfte, die allerdings nur mehr ein Bruchteil der einstigen Ausdehnung ist. Eine ehemalige (Halb-)Insel im westlichen Teil des Beckens, dort, wo sich das heutige Buchau befindet, stellte bereits in der Steinzeit einen idealen Siedlungsort dar. Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Prähistorikern im Federseegebiet durchgeführten Grabungen belegen, dass sich schon wenige Jahrtausende nach Rückzug des Rheingletschers in die Alpen Menschen dort aufhielten. Die Befundsituation bietet in selten so dichter Folge bedeutende vorgeschichtliche Zeugnisse von der Eiszeit bis zur Eisenzeit.

Anfang des 8. Jahrhunderts begann mit der Entstehung einer keltisch-alemannischen Siedlung namens ‚Buchenau‘ auf der einstigen Insel die neuere Geschichte Buchaus, die vor allem durch das am Ende des 8. Jahrhunderts gegründete Benediktinerinnenkloster geprägt wurde; 1803 wurde es säkularisiert. Die erstmals im 11. Jahrhundert erwähnte Stadt Buchau wird 1320 als freie Reichsstadt genannt. Ab 1570 entwickelte sich eine jüdische Gemeinde, die dann 1838 ein Drittel der Buchauer Bevölkerung ausmachte. Mit dem Bau einer großen, in mehrerer Hinsicht außergewöhnlichen Synagoge war Buchau zeitweilig Zentrum der Israeliten Oberschwabens und des Allgäus.

Mit dem Kauf des ehemaligen Kloster- bzw. Stiftskomplexes im Jahre 1937 durch die ‚Nationalsozialistische Volkswohlfahrt‘ (NSV) plante man, darin ein Kindergärtnerinnen-Seminar einzurichten. Im Verlauf der bis 1942 andauernden Um- bzw. Neubauarbeiten wurden dann zwar die meisten Neubauten aufgrund der Kriegsumstände nicht verwirklicht, die ‚Gymnastik- und Feierhalle‘ jedoch konnte 1941/42 nordöstlich der Stiftskirche errichtet werden. Sie diente als Sportstätte sowie als Raum für feierliche Veranstaltungen.

Der eingeschossige Backsteinbau der ‚Gymnastik- und Feierhalle‘ und ein mit ihm verbundener Laubengang schließen an der nordöstlichen Hangkante des Stiftshügels einen Hof nach Osten ab, der im Westen durch Stiftsgebäude und die Stiftskirche gefasst wird. In der Lisenen-Gliederung der Hallenaußenwände bilden sich die Bogenstellungen ab, die den Innenraum beherrschen (Abb. 1). Das Dach trägt einen hölzernen Dachreiter, in dem Glocken aufgehängt werden sollten. Im Gegensatz zum fast wohnhausähnlichen Äußeren wirkt der Hallen-Innenraum monumental durch fünf mächtige, staccato-artig hintereinander gereihte elliptische Ziegelbögen, die den Raum in fünf gleichgroße Joche gliedern (Abb. 2); in einem sechsten, größeren befand sich eine über drei Stufen erschlossene Bühne, über der außen der Dachreiter thront.





Betrachtet man das Gesamtkonzept für das Kindergärtnerinnen-Seminar im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Welt- und Menschenbild, so spielte der Kindergarten als politische Institution hinsichtlich des angestrebten Erziehungsideals hin zu einem neuen deutschen Menschen eine überaus wichtige Rolle. Dafür bot Buchau das passende ‚Ausbildungspotential‘ für die Kindergärtnerinnen als ‚Missionarinnen der neuen Weltanschauung‘. Die Theorie von der Existenz eines nordisch-vorgeschichtlichen Kulturraumes und der darauf basierende Germanenkult schienen durch die archäologischen Befunde aus dem Federseemoor bestätigt zu werden. Buchau kam damit der Status einer nationalsozialistischen Kultstätte zu, deren Bedeutung in einem Freilichtmuseum vor allem Kindern und Jugendlichen vermittelt werden sollte. Die ‚Gymnastik- und Feierhalle‘, auf dem Stiftshügel

über der erlebnisparkähnlichen Anlage im Federseemoor mit seinen prähistorischen Befunden thronend, sollte als Kultbau somit die gesamte ‚Sakraltopographie‘ beherrschen. Ur- und Frühgeschichte übten (nicht nur) zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine große Faszination auf alle Altersgruppen aus und ließen sich hier in Buchau besonders einfach für weltanschauliche Konditionierung instrumentalisieren.

Die Stärkung des Germanenkultes bildete zudem die Basis für eine weitere, nationalsozialistische Vision, nämlich die Begründung einer deutschen Volkskirche, die das Christentum ersetzen sollte, was sich in Buchau deutlich abzeichnete: nicht allein der Umstand, dass das NSV-Kindergärtnerinnen-Seminar in den Räumlichkeiten des ehemaligen Benediktinerinnen-Klosters eingerichtet wurde, zeigt dieses Bestreben, sondern auch die ‚Gymnastik- und Feierhalle‘ als bauliche Manifestation eines gezielt anti-christlichen/-‘orientalischen‘ Germanenkultes („*Licht aus dem Norden*“ anstatt „*Licht aus dem Osten*“) direkt neben der Stiftskirche ‚basiert‘ buchstäblich auf den entsprechend interpretierten vorgeschichtlichen ‚Reliquien‘. Die Nutzung des Baus sowohl als Gymnastik- als auch als Feierhalle macht die ideologische Verbindung von körperlicher Ertüchtigung und Verehrung der gewissermaßen ‚prähistorisch legitimierten Körper‘ deutlich.

Hinsichtlich der Architektursprache der Halle finden sich bezeichnenderweise als Vergleiche in erster Linie christliche Sakralbauten, wie die in den 1920-/30-er Jahren z. B. von Fritz Höger errichteten ‚Parabelkirchen‘, wo er sich solch vertikaler Raumgliederung bediente; frappierend ist die Ähnlichkeit der Buchauer Halle mit Högers Martin-Luther-Kirche in Celle. Doch auch die Ehrenhalle auf dem Turmbau der ehemaligen ‚Bernhard-Rust-Hochschule für Lehrerbildung‘ in Braunschweig (heute ‚Haus der Wissenschaft‘ der TU-Braunschweig) gehört zum Typ von expressionistischem ‚Kultbau‘, wie er damals favorisiert wurde.

Mehr oder weniger gleichzeitig mit den Planungen für das Kindergärtnerinnen-Seminar, den beginnenden Umbaumaßnahmen und dem Neubau der ‚Gymnastik- und Feierhalle‘ wurde die Buchauer Synagoge zerstört. Vernichtung des Judentums, Ersatz des Christentums – das sind nur Spitzen eines Eisberges, der im 19. und 20. Jahrhundert ein geradezu jahrmarktähnlich-buntes bzw. -beliebiges Angebot an Ersatzreligionen in sich barg, die radikale Erneuerung und darin umfassendes Heil versprachen: von Nietzsches ‚Also sprach Zarathustra‘ über Richard Wagners existenziell-schicksalhafte Weihespiele zu altägyptischen, altorientalischen, afrikanischen und fernöstlichen Kulturen und Religionen bis hin zu solchen Utopien eines ‚ganz Anderen‘ und ‚revolutionär Neuen‘, wie sie z. B. der Futurist Marinetti zu Beginn des 20. Jahrhunderts vertrat. Die aggressive Anti-Tradition der Futuristen machte sie dann zu glühenden Anhängern des italienisch-faschistischen Regimes, auch wenn es in Vielem alles andere als anti-traditionalistisch war.

Trotz einer an sich auf das Heute, auf das Neue und Moderne, auf das Hier und Jetzt fokussierten Wahrnehmung scheute man – nur scheinbar – paradoxerweise nicht davor zurück, sich begierig von der Vergangenheit, von auch noch so weit entfernt liegendem ‚Alten‘ blenden zu lassen, wenn es um das – wiederum nur scheinbar – ‚ganz Andere‘ ging. Dann lenkte man den Blick voller Faszination z.B. nach Alt-Ägypten, nach Amarna zum ‚Ketzerkönig‘ Echnaton und seiner Gemahlin Nofretete, die uns bis heute betören. Dieser Pharao, der einst mit allem Dagewesenen gebrochen hatte und eine völlig andere Religion einzuführen versuchte, bezauberte das deutsche Publikum im Berlin des Jahres 1913, als die Amarna-Ausstellung im Ägyptischen Museum gezeigt wurde. Und im gleichen Jahr begeisterte man sich aber genauso für die sog. „Negerplastik“ oder aber ließ sich vom Tango-Fieber mitreißen, das damals ein besonderes ‚heidnisch-religiöses‘ Zeitgefühl zu befriedigen schien. Nicht umsonst komponierte auch Igor Strawinsky seinen orgiastisch entfesselten ‚*Le sacre du printemps*‘ im Jahre 1913. Und das sind nur wenige Hinweise auf ein ‚verheißungsgläubisches‘ Fieber, auf eine Empfänglichkeit für fundamentalistische *tabula rasa* – das Signal für den Ersten Weltkrieg ertönt 1913 – auch hinsichtlich religiöser Inhalte und Kultformen, bei der man – Strawinskys Kompositionstitel umstellend – geradezu von einem ‚*printemps du sacre*‘ zu Beginn des 20. (aber natürlich auch schon im 19.) Jahrhunderts sprechen könnte. Was aber verstand man unter einem solchen ‚*sacre*‘, welche Art ‚Heil‘ verband man mit diesem Opfer und wie legitimierte es sich?

Auf dieser Suche nach dem ‚ganz Anderen‘, nach ‚Ursprüngen‘ und ‚Ursprünglichem‘ war natürlich auch die Faszination an Prähistorischem intensiv und weit verbreitet. Die Künstler zu Beginn des 20. Jahrhunderts strömten geradezu wie Pilger in prähistorische Museen, um sich Anregungen für ihre angeblich ‚neuen‘, ‚modernen‘ Formungen zu suchen, weil man im – mutmaßlich – Authentisch-Einfachen sein Heil zu finden glaubte.

Was nimmt es Wunder, wenn ein solches Interesse auch vom Nationalsozialismus aufgegriffen und – nur z. B. – in Buchau instrumentalisiert wurde!? Beim Aufnehmen solch historischer Bezüge handelte es sich nicht mehr um den gewissermaßen zeitlich ‚näherliegenden‘ Historismus des 19. Jahrhunderts, sondern um einen ‚exotisch fernsehenden‘, sich auf archaische Vorzeiten beziehenden ‚*Prä-Historismus*‘ des beginnenden 20. Jahrhunderts, der mit ideologischer und propagandistischer Überhöhung als ‚*Hero-Historismus*‘ dann zum ‚Germanenkult‘ oder aber auch zum ‚Modernekult‘ verformt werden konnte. Die ‚Diskriminierung des Historismus‘ durch die sog. ‚Moderne‘ hatte als Medaillen-Kehrseite die ‚Idealisierung der Prähistorie‘: ‚Moderne‘ also als ‚Prä- bzw. Hero-Historismus‘. Nationalsozialismus und Moderne sind darin Geschwister, sie entstammen in Vielem der gleichen Verfasstheit – dies einzugestehen bleibt allerdings (zumeist) Tabu.

Alfred Rosenbergs ‚Mythus des 20. Jahrhunderts‘ hat dieses allgemein verbreitete Phänomen der Suche nach religiösen Inhalten aufzugreifen und die Sehnsucht zur Sucht nach

‚Mythus‘ zu steigern verstanden. Das irdische Subjekt, der neue, der moderne Mensch oder der ‚Deutsche Mensch‘ – wie im Kultraum der ‚Ordensburg Vogelsang‘ und dort als nackter Heros – stand und steht im Zentrum dieses hermetisch geschlossenen, selbstreferentiellen Weltkonstrukts. Und in Buchau sollte sich in der Kombination von ‚Gymnastik- und Feierhalle‘ Ähnliches ausdrücken: Körper- und Menschenkult prähistoristisch legitimiert und unter Glockenklang zelebriert.

Das wirft Fragen weit über den Kanon der üblichen, wirkmächtigen Klischees und gängigen Reflexe auf den Nationalsozialismus hinaus auf, die den *„Tempel des Ich“* und seinen Rechtfertigungshorizont betreffen.

Kurzvita

Joachim Ganzert: Forschungsprojekte: ‚Mars-Ultor-Tempel‘, Rom (Förderung: DFG); ‚Antikes Theater‘, Patara/Türkei (Förderung: DFG, Gerda Henkel Stiftung); ‚Lüneburger Rathaus‘ (Förderung: DFG, Hermann Reemtsma Stiftung). – Professur ‚Baugeschichte/Bauaufnahme‘, FH-Biberach/Riß; Professur ‚Bau-/ Stadtbaugeschichte‘, Leibniz Universität Hannover. – Korrespondierendes Mitglied, DAI, Berlin; Membership Institute for Advanced Study, School of Historical Studies, Princeton, NJ, USA; Ord. Mitglied Klasse für Geisteswissenschaften, Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft. – Forschungsschwerpunkte: Antike Architektur, ihr kulturgeschichtlicher Kontext, ihre Rezeptionen; ‚Orient‘-‚Okzident‘-Interdependenzen; Architekturtheorie/-geschichte; Europäische(?) Architektur- und Kulturgeschichte; Gegenwart, ihr kulturgeschichtliches Umfeld, ihre Rezeptionen und Kontrafiliationen.

Henning Haßmann

Archäologische Großgrabungen in Niedersachsen während der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts

Ur- und Frühgeschichte bot sich als gesellschaftsprägende Leitwissenschaft des „Dritten Reiches“, als Betätigungsfeld für die Propagandaexperten der NSDAP geradezu an, um die Eckpfeiler der NS-Ideologie – Rassenlehre, Volk-ohne-Raum-Bewegung, Führer-und-Reich- sowie Blut- und Boden-Ideologie – in der breiten Öffentlichkeit zu verinnerlichen. Die Geschichtswissenschaften wurden in den Klauen der Ideologen zu einer Art „formbaren Rohmasse“. Dem „Volk“ sollte durch die Präsentation von ideologisch angereichertem (prä-) historischem Material der historische Herrschaftsanspruch der Deutschen über alle anderen Völker vermittelt werden. In diesem Sinne diente die Prähistorie als geeignetes Trägermedium, um die eigenen politischen Ziele zu verbreiten, in ihrer Überzeugungskraft noch gesteigert durch die Berufung auf Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung. Die Vorgeschichtswissenschaft wurde von den Ideologen selbst als „Kampf- und Propagandamittel“ des Nationalsozialismus bezeichnet.

Drei entscheidende Züge prädestinieren die Ur- und Frühgeschichte zur Vermittlung ideologischer Botschaften: Sie beschäftigt sich mit dem eigenen Ursprung mit einem Quellenmaterial, das einen nahezu grenzenlosen Interpretationsspielraum gewährt. Sie kann – „richtig“ aufbereitet – zudem Abenteuerlust befriedigen, bietet exotische Schauplätze und ermöglicht die Flucht aus dem Alltag in fremde Welten. Mit Hilfe der propagandistisch vereinnahmten Archäologie und Geschichte konnte über die Vermittlung historischer „Sachverhalte“ das die Terrorherrschaft legitimierende germanisch-völkische Ideal sehr subtil in dem Bewusstsein der Massen verankert werden. Der hohe Stellenwert archäologisch-historischer Themen lässt sich deutlich anhand von Schulbüchern, Lehr-, Karten- und Schautafelsammlungen, Sachbüchern, Romanen, Filmen oder Sammelbildchen sowie besucherstarke Sonderausstellungen wie „Germanische Vorzeit“ ermitteln. Sie fanden Eingang in die Tagespresse, die Wochenschauen, die Soldaten- und HJ-Ausbildung. Vorgeschichtstagungen bekommen den Charakter von Massenveranstaltungen.

Der NS-Staat hat die Ur- und Frühgeschichte in Form von institutioneller, personeller und materieller Förderung sehr stark protegiert und im Gegenzug ideologisch ausgeschlachtet und missbraucht. Dabei haben sich viele Archäologen nicht nur loyal und opportun dem Staat gegenüber verhalten, sondern durch ihren besonders engagierten Einsatz die weltanschaulichen Grundlagen des Terrorregimes zu festigen gesucht.

Die politische Instrumentalisierung der Archäologie lässt sich an niedersächsischen Beispielen sehr gut aufzeigen. Niedersachsen galt als das arische Kernland. Die Vielzahl gut erhaltener archäologischer Denkmäler – jungsteinzeitlicher Großsteingräber, Grabhügel der

Bronzezeit, Moorleichen und Bohlenwege, Wurten in der Marsch und Reste einst riesiger Burganlagen machen die Ur- und Frühgeschichte allgegenwärtig. Das Gebiet des heutigen Niedersachsens mit einigen herausragenden Grabungsergebnissen an germanischen Siedlungen und Gräberfeldern wurde als Ausgangspunkt der Völkerwanderung angesehen.

Die Prähistorie diente aber nicht nur als Folie für die Projektion nationalsozialistischer Botschaften, sondern man erkannte ihr pseudoreligiöses und massenhypnotisches Potenzial. Heinrich Himmler und Alfred Rosenberg etwa sahen sich als Stifter einer neugermanischen Religion. Für sie ist die Beschäftigung mit der Vor- und Frühzeit keineswegs nur Unterhaltung und Propaganda, sondern es sollte ein säkularisierter „Glaube“ begründet werden. Das wird besonders deutlich im Programm der nationalsozialistischen Jugendverbände. So wurde der Hitlerjugend der „Ehrenschatz über die vorgeschichtlichen Denkmäler“ übertragen. An den eindrucksvollen Megalithgräbern von Visbeck fand diese Übergabe im Rahmen einer feierlichen Großveranstaltung mit fünfstelliger Teilnehmerzahl und Beteiligung hoher Parteiprominenz statt. Dabei ging es nicht in erster Linie um die denkmalpflegerische Betreuung, sondern um die nahezu religiöse Verehrung der Monumente. Durch den Umgang mit der glorreichen germanischen Vergangenheit sollte dem Volk und insbesondere der Wehrmacht und der SS ein „Geist der Auserwähltheit“ eingeprägt werden, um einen besseren ideologischen Zusammenschluss zu erreichen. Vor diesem Hintergrund stehen pseudoreligiöse Massenveranstaltungen an prähistorischen Denkmälern, so z. B. ein 1933 live im Radio übertragenes Osterfest von der Megalithgrabgruppe „Sieben Steinhäuser“. In Nähe einer jeden SS-Standarte sollte eine Grabung liegen, die „als Mittelpunkt deutscher Größe und deutscher Vergangenheit“, also als Kultstätte zu gestalten war. In diesem Kontext steht auch die „Heinrichshalle“, dem zur Nationalen Weihestätte profanierten Braunschweiger Dom. Historische Orte wie dieser sollten als Quellen der Kraft und der „Corporate Identity“ für den NS-Staat erhalten. Der pseudoreligiöse Ansatz wird besonders deutlich bei der Verehrung der „Heinrich-Reliquien“. Bei den Braunschweiger Grabungen am Grab Heinrichs des Löwen und seiner Frau Mathilde traf die Ausgräber ein Schock: Die Knochen des glorreichen Sachsenherrschers (später zeigte sich, dass es Mathildes Knochen waren) wiesen erbgesundheitlich „problematische“ schwere körperliche Behinderungen auf, die mit einem historisch überlieferten Reitunfall zurechtgebogen wurden. Bei den Großgrabungen an der Pfalz Werla bei Schladen wurden gezielt Grabungsergebnisse „beeinflusst“, um mit dem Nachweis einer idealtypischen ottonischen Pfalz die Werla als „Wiege des Ersten Reiches“ zu erklären.

Die besondere zeitgeistbedingte Förderung der Archäologie durch den NS-Staat hat auch zu hervorragenden Forschungen und einer Weiterentwicklung der Bodendenkmalpflege geführt. So kamen nun systematisch neue Methoden wie die Luftbildarchäologie oder die Archäometrie zum Einsatz und neue siedlungsarchäologische Ansätze wurden entwickelt. Die meisten Ausgrabungen jener Zeit wurden auf hohem methodischem Niveau durchgeführt. Bedeutend sind die Forschungen der 1938 gegründeten Provinzialstelle für

Marschen- und Wurtenforschung. Auch die Ausgrabungen des „Reichsbundes für Vorgeschichte“ an Feuchtbodensiedlungen in der Dümmerregion waren richtungsweisend; ihre ideologische Ausschlichtung dagegen ist ein Schlüsselbeispiel für die Vereinnahmung von Forschung. So trat der propagandistische Wert der Grabungen oft erst in der Auswertung bzw. der ideologischen Inwertsetzung der Grabungsergebnisse im eingangs formulierten Sinne zu Tage.

Die scheinbare Seriosität und Wissenschaftlichkeit der meisten von Fachleuten verfassten Grabungspublikationen gehörte durchaus zur Strategie. Plumpe, offene Propaganda – die sich natürlich auch finden lässt – war weniger glaubhaft, als die geschickt verpackte „Sendung“, die dazu führen sollte, dass die Rezipienten selbst zu den „richtigen“ Folgerungen kamen. So schrieben viele bekannte Prähistoriker oft gefällige Artikel zu tagespolitischen Themen in Zeitungen und Zeitschriften, wobei meistens ausdrücklich die wissenschaftlichen Titel der Verfasser genannt wurden, um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Man legte großen Wert auf die Nachvollziehbarkeit des äußerst anschaulichen Rekonstruktionsergebnisses, in dem Grabungspläne und -fotos, Fundmaterial, Tabellen und Verbreitungskarten als „Zeugen“ vorgelegt wurden.

Bemerkenswert ist der Einfluss von Laienforschern mit ihren oftmals abstrusen Theorien. Eine in höchsten Kreisen der Politik akzeptierte Theorie Hermann Wille besagt, bei den jungsteinzeitlichen Großsteingräbern handele es sich um germanische Kulthallen, aus denen sich griechische und römische Tempel entwickelten. Auf diese Weise versuchten auch andere, die Aufmerksamkeit Germanen-skeptischer Entscheidungsträger wie Hitler selbst auf die einheimische Vorgeschichte zu lenken. Die sehr populäre Idee von Wille führte schließlich zu einer fachlich über jeden Zweifel erhabenen Ausgrabung der Megalithgräber von Kleinenkneten, die Wille zu widerlegen suchte.

Eine Besonderheit insbesondere der Frühzeit des Dritten Reiches sind die Thingstätten, die in sehr unterschiedlicher Ausprägung überall entstanden, oft auf (mutmaßlich) prähistorischen Orten, z. T. als Neubauten, wie der Sachsenhain bei Verden. Masseninszenierungen wie „Stedingsehe“ oder die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg bei Hameln (hier fanden sich bei den Baumaßnahmen ein prähistorischer Friedhof) beriefen sich auf die „Kraft aus der Vergangenheit“.

Anhand ausgewählter archäologischer Projekte aus der Zeit des Dritten Reiches lässt sich exemplarisch die Vereinnahmung von Archäologie zu ideologischen Zwecken in ihrer ganzen Vielschichtigkeit innerhalb des komplexen Geflechtes der NS-Kulturpolitik zwischen feuriger Überzeugung, Opportunität und Widerstand illustrieren und ihre Nachwirkung bis heute erklären. Viele Orte sind heute noch gut erkennbar und bieten die Chance zur kritischen Auseinandersetzung mit diesem besonderen Kulturerbe.

Kurzvita

Dr. Henning Haßmann; Geboren am 12.4.1963 in Osnabrück.

Studium

1983–1985 Studium der Ur- und Frühgeschichte, Kunstgeschichte, Geologie, Klassische Archäologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, 1985–1994 Christian-Albrechts-Universität Kiel. Wiss. Hilfskraft im DFG-Projekt „Siedlungskammer Archsym/Sylt“, Umfangreiche Grabungs- und Museumstätigkeit im In- und Ausland. 1994 Promotion: „Die Steinartefakte der befestigten neolithischen Siedlung von Büdelsdorf“

Berufstätigkeit

1994–1997 Landesamt für Archäologie Sachsen mit Landesmuseum für Vorgeschichte Dresden: Gebietsreferent für den Regierungsbezirk Chemnitz. 1997–2001 Abteilungsleiter Zentrale Fachdienste
seit 10/2001 Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege. Abteilungsleiter Archäologie, niedersächsischer Landesarchäologe

Mitgliedschaften (nur auf den Vortrag bezogen)

Wiss. Beirat zum Forschungscluster 5 („Geschichte der Archäologie im 20. Jahrhundert“) des Deutschen Archäologischen Instituts, Mitglied in Arbeitsgruppe zum Reichserntedankfestgelände am Bückeberg

Forschungsschwerpunkte

Moorarchäologie, Kulturlandschaftsforschung, frühe Bauernkulturen, Bronzezeit, Römer u. Germanen, Forschungsgeschichte der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts

Ausgewählte Artikel (nur mit direktem Bezug zum Vortragsthema)

- „Die deutsche Vorgeschichte – eine nationale Wissenschaft.“ *Das Kieler Museum vorgeschichtlicher Altertümer im Dritten Reich*. Offa 52, 1994 (1995) 9–23 (mit D. Jantzen).
- Archaeology in Nazi Germany: the Legacy of the Faustian Bargain. In: P.L. Kohl u. C. Fawcett (Hrsg.), *Nationalism, politics and the practice of archaeology* (Cambridge – New York – Melbourne 1995) 70–81 (mit B. Arnold).
- Archaeology in the Third Reich. In: H. Härke (Hrsg.), *Archaeology, Ideology and Society. The German Experience*. Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel 7 (Frankfurt a. M. – Berlin – Bern – Brüssel – New York – Oxford – Wien 2000) 65–139.
- Archäologie und Jugend im „Dritten Reich“. Ur- und Frühgeschichte als Mittel der politisch-ideologischen Indoktrination von Kindern und Jugendlichen. In: A. Leube (Hrsg.), *Die mittel- und osteuropäische Ur- und Frühgeschichtsforschung in den Jahren 1933 und 1945* (Heidelberg 2002), 107–146.

- Vereinnahmung von Landesgeschichte im „Dritten Reich“ am Beispiel „Heinrichs des Löwen“. *Berichte zur Denkmalpflege* 1/2006, 21–25.
- Das Reichserntedankfestgelände auf dem Bückeberg als Kulturdenkmal nach dem Niedersächsischen Denkmalschutzgesetz und seine Umgebung als gestaltete Kulturlandschaft. In: St. Winghart (Hrsg.), *Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg bei Hameln – Diskussion über eine zentrale Stätte nationalsozialistischer Selbstinszenierung*. Arbeitshefte zur niedersächsischen Denkmalpflege Bd. 36 (Hameln 2010), 30–41.
- Denkmalpflegerischer Umgang mit Relikten aus der NS-Zeit. (*Kolloquium des Verbandes der Landesarchäologen Bremen 2013: Die Landesarchäologie in Deutschland und seinen Nachbarstaaten im Zeitraum von 1933 bis 1950/1955* (Blickpunkt Archäologie 2/2014 in Vorbereitung)).

Jörg Kirchner

Alt Rehse in Mecklenburg. Die Umgestaltung eines Dorfes zur Führerschule der Deutschen Ärzteschaft

Im südöstlichen Mecklenburg, nahe der Stadt Neubrandenburg, befindet sich eine dörfliche Anlage, die zu den drei großflächigen Zeugnissen nationalsozialistischer Herrschaft im heutigen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gehört. Neben dem Seebad Prora auf der Insel Rügen und der Heeresversuchsanstalt und Erprobungsstelle der Luftwaffe in Peenemünde legt die für Zwecke ideologischer Schulung errichtete Dorfanlage in Alt Rehse Zeugnis ab von der Vereinnahmung wichtiger Lebensbereiche in dieser Zeit.

Gelegen in einer reizvollen Endmoränenlandschaft am Tollensesee, sollten Ärzte, Apotheker und Hebammen in Alt Rehse weltanschaulich, parteipolitisch und organisatorisch auf Führungsaufgaben in Praxis und Verwaltung vorbereitet werden. Die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“, die auf dem Gelände eines enteigneten, 487 Hektar großen Gutsdorfes samt Wirtschaftsflächen nach einem Gesamtplan weitgehend neu errichtet wurde, umfasste drei Bereiche: das Schulungsgelände, das Dorf und den Wirtschaftshof.



Abb. 1: Alt Rehse, Lkr. Mecklenburgische Seenplatte, Blick über den Teich auf den Dorfanger, errichtet 1935, Aufnahme April 2011 (Landesamt für Kultur und Denkmalpflege M-V, LAKD, A. Bötterf)

Als die Anlage 1935 durch höchste Funktionäre der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), darunter der Reichsleiter der Partei, Martin Bormann, eröffnet wurde, war der größte Teil des Vorhabens fertig gestellt. Bei der Gestaltung der Bauwerke nahm der aus München stammende Architekt Hans Haedekamp direkten Bezug auf zwei



Abb. 2: Alt Rehse, Lkr. Mecklenburgische Seenplatte, Dorfstraße, errichtet 1935, Aufnahme 1936 (Sammlung Dr. W. Köpp)



Abb. 3: Alt Rehse, Lkr. Mecklenburgische Seenplatte, Dorfstraße, errichtet 1935, Aufnahme April 2011 (LAKD, A. Bötefür)

die Kulturlandschaft in diesem Gebiet prägende historische Bautypen: auf das niederdeutsche Hallenhaus und das mitteldeutsche Ernhaus. In städtebaulicher Hinsicht sind die großzügigen Freiflächen innerhalb des Dorfes und die in die Landschaft hinausführende Alleen so gestaltet worden, als sei die Anlage in die Landschaft eingebettet. Insgesamt entstand in Formen des Heimatschutzstiles eine weitläufige Schulungsstätte in idyllischer Lage.

Wie ist in den letzten zwei Jahrzehnten mit diesem Zeugnis nationalsozialistischer Dorfgestaltung unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten umgegangen worden? Welche Formen des Schutzes konnten erreicht, welche nicht erreicht werden? Wie gingen und gehen die Bürger und Bewohner mit diesem besonderen Erbe um? Nach der Vorstellung der überlieferten Bauten und ihrer Historie sollen auch diese Aspekte beleuchtet werden.

Kurzvita

Jörg Kirchner, geboren 1964, Studium der Kunstgeschichte, Literatur und Archäologie in Hamburg und Wien. Seit 1993 Konservator am Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, gegenwärtiges Arbeitsgebiet: Inventarisierung von Denkmälern.

2010 Promotion: Architektur nationaler Tradition in der frühen DDR (1950–1955). Zwischen ideologischen Vorgaben und künstlerischer Eigenständigkeit. Publikationen zur Architekturgeschichte und Denkmalpflege.

Veröffentlichungen in Auswahl:

In der Form national, im Inhalt sozialistisch. Die Architektur nationaler Tradition in der DDR und der Rückgriff auf vormoderne Kultur- und Geschichtsbilder, in: *Horch und Guck*, 2012, Heft 77, S. 8–13.

Gebaute Idylle als Ort der Rassenlehre. Die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“ in Alt Rehse, in: *Kulturerbe in Mecklenburg und Vorpommern* 6, 2010 (2011), S. 91–104.

Das Sonderbauprogramm in der DDR und die „Kirche im Sozialismus“. Das Gemeindezentrum in Stralsund Knieper West, 1975–1977, in: *Kulturerbe in Mecklenburg und Vorpommern* 4, 2008 (2009), S. 23–34.

Karl Friedrich Schinkel und die Marienkirche Stralsund. Entwurfsgeschichte und Rezeption, in: *Kulturerbe in Mecklenburg und Vorpommern* 2, 2006 (2007), S. 27–44.

Denkmalpflege und Stadtplanung in der DDR nach 1945, in: Ausstellungskatalog Dresden 2005, *Zeitschichten. Erkennen und Erhalten – Denkmalpflege in Deutschland*, hrsg. von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz u. a., München-Berlin 2005, S. 148–151.

Hansjörg Küster

Tendenzen der Freiraumplanung in Niedersachsen in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts

Bei zahlreichen, vor allem großen Projekten wurde in den 1930er Jahren angestrebt, Freiräume „natürlich“ zu gestalten. Natur wurde statisch gesehen. Damals wurden wissenschaftliche Konzepte entwickelt, die zur Ermittlung einer Klimaxvegetation oder einer Potentiellen Natürlichen Vegetation (PNV) führen sollten. Damit sollten zunächst einmal nur Potentiale herausgefunden werden; Praktiker allerdings sahen Anwendungsmöglichkeiten dieser Konzepte: Pflanzensoziologen wurden stark gestützt, damit sie die PNV auf Autobahntrassen und auf Gelände ermitteln sollten, das später überbaut wurde. Dort sollte nach dem Bau der Anlagen eine starr gedachte „Natur“ gepflanzt werden. Dies ist in vielen Fällen auch geschehen, und das Konzept, Elemente der PNV bei der Freiraumgestaltung zu berücksichtigen, wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg vielfach beibehalten. Die Vegetationskunde als Wissenschaftsrichtung profitierte erheblich von der öffentlichen Förderung. Die Forschungsrichtung konnte stark ausgebaut werden, und Deutschland wurde zu einer der führenden Nationen im Bereich der Pflanzensoziologie. Dabei muss davon ausgegangen werden, dass die Wissenschaft an der praktischen Umsetzung der Ergebnisse sicher nicht primär interessiert war; viel wichtiger war ihren Protagonisten die Förderung der Grundlagenforschung. Immer wieder wurde übersehen, dass Natur eben nicht statisch ist und dass auch nicht nur „eine einzige Form von Natur“ an einem Standort natürlich sein kann.

Kurzvita

Hansjörg Küster, geboren 1956, Studium der Biologie an der Universität Stuttgart-Hohenheim, Diplom 1981, Promotion 1985. Seit 1981 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Vor- und Frühgeschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München, 1992 Habilitation an der Forstwissenschaftlichen Fakultät der LMU. Seit 1998 Professor für Pflanzenökologie am Institut für Geobotanik der Leibniz Universität Hannover. Seit 2004 im Ehrenamt Präsident des Niedersächsischen Heimatbundes, seit 2012 Vorstandsmitglied des CGL und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Naturschutzgeschichte in Königswinter.

Einige Publikationen: Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa (5. Auflage 2013), Geschichte des Waldes (4. Auflage 2013) und Entdeckung der Landschaft (2012).

Petra M. Martin

Die Thingstätte auf dem Heiligenberg in Heidelberg

Heidelberg im Nationalsozialismus

Heidelberg wurde von den Nationalsozialisten geschätzt. Als mythenumwobene frühgeschichtliche Siedlungsstätte, kurpfälzische Residenz, alte Universitätsstadt und dank ihrer auch internationalen Bekanntheit als „Stadt der deutschen Romantik“, bot sie eine ideale Bühne für propagandistische Zwecke und drängte sich als Ort nationalsozialistischer Selbst- und Machtdarstellung geradezu auf.

1941 wurde die Stadt per Führererlass in den Kreis der nationalsozialistischen „Neugestaltungsstädte“ aufgenommen, der eigentlich Gaustädten vorbehalten war. Dem vorausgegangen war 1938/39 ein Wettbewerb für eine Stadterweiterung und übergreifende Entwicklungsplanungen, für die Bürgermeister Carl Neinhaus, unterstützt von Albert Speer, so renommierte Architekten wie Paul Bonatz, Konstanty Gutschow und Hans Freese gewinnen konnte. Anlass war die ungelöste Frage der Neuanlage des Bahnhofs und die gewünschte Anbindung Heidelbergs an die Reichsautobahn. Das Ergebnis sah westlich der Altstadt eine große Magistrale flankiert von Sonderbauten wie Festspielbau, Landgericht und Parteigebäude vor, die zu einer Verlagerung der Stadtmitte geführt hätte. Kriegsbedingt musste diese große Planung 1942 aufgegeben werden.



Abb. 1: Wegweiser zur Thingstätte
(Foto der Autorin)

Erfolgreich war Heidelberg dagegen in seinen Bemühungen um die Errichtung einer Thingstätte, obwohl die Thingbewegung nur von kurzer Dauer war und bereits 1937 zu Ende ging; von insgesamt rund 400 geplanten Anlagen wurden letztendlich nur 70 errichtet.

Die Thingstätte auf dem Heiligenberg

Die Heidelberger Thingstätte entstand nach Plänen des Karlsruher Architekten Hermann Alker. Im Mai 1934 erfolgte die Grundsteinlegung; die Einweihung im Beisein von Propagandaminister Joseph Goebbels fand im Juni 1935 statt. Als Standort hatte die Stadtverwaltung eine Waldfläche am Südhang des Heiligenberges im Norden der Altstadt jenseits

des Neckars ausgewählt. Den Bauplatz zwischen den mittelalterlichen Klosterruinen St. Michael und St. Stephan hatte auch Alker als besonders geeignet angesehen. Die anfänglich auf zwei Monate ausgelegte Bauzeit konnte nicht eingehalten werden. Die dennoch rasche Fertigstellung innerhalb von zwei Jahren war nur dadurch möglich, dass bis zu 1200 Arbeiter des freiwilligen Arbeitsdienstes und Studenten an der Baustelle eingesetzt waren.

Der von Alker entworfene Thingplatz besteht aus dem amphitheatralisch ansteigenden Zuschauerraum und gestaffelten Spielflächen auf einem ovalen, schildlausartigem Grundriss. Den natürlichen Hang ausnutzend entstanden 56 Zuschauerreihen über einen Höhenunterschied von 25 Metern, die ca. 8000 sitzende und 20.000 stehende Besucher aufnehmen vermochten. Als besondere Lösung gilt das die Bühne halbkreisförmig umschließende Szenengebäude, ein mit Sandsteinquadern verblendeter Betonbau mit seitlichen Freitreppen zur Aufstellung von Chören. Zwei oktagonale Türme beidseits der Treppe oberhalb der Zuschauerränge dienten der Aufnahme der Ton- und Lichttechnik.



Abb. 2: Das „Szenengebäude“ auf der Bühne (Foto der Autorin)

Die Denkmaleigenschaft der Thingstätte

1990 wurde die Thingstätte als ein Kulturdenkmal gemäß § 2 des Baden-Württembergischen Denkmalschutzgesetzes erfasst und der Stadt Heidelberg als Untere Denkmal-schutzbehörde mitgeteilt. Die Begründung, wonach die Thingsstätte wegen ihrer „Aussa-gekraft als geisteswissenschaftliche Quelle für einen Aspekt der nationalsozialistischen Ideologie“ ein Denkmal aus wissenschaftlichen Gründen darstellt, scheint keine besonde-ren Einwände hervorgerufen oder größere Diskussionen nach sich gezogen zu haben. 1993 wurde die Anlage in den Baden-Württemberg-Band des Dehio Handbuchs der deutschen Kunstdenkmäler aufgenommen. In der 2013 erschienenen Denkmaltopographie ist die Thingstätte als bauliche Anlage, die sich „harmonisch in die umgebende Natur eingefügt“, gewürdigt und kartiert.



Abb. 3: Blick von den Zuschauerrängen auf die Bühne (Quelle: eigenes Foto der Autorin)

Die Nachnutzung der Thingstätte

Bis 1939 wurden auf der Heidelberger Thingstätte Sonnwendfeste inszeniert und Bühnen-stücke aufgeführt. In den Folgejahren gab es noch einige Theatervorstellungen des Stadt-theaters Heidelberg. Schon während des Kriegs und vor allem nach Kriegsende ging die Nutzung stetig zurück. Von der Stadtverwaltung und der Öffentlichkeit offenbar ignoriert blieb die Thingstätte weitgehend ungenutzt. Die Ära der Open-Air-Konzerte in den 1970er und 80er Jahren zählt inzwischen auch zur Vergangenheit. Gelegentlich finden vereinzelt

immer noch kommerzielle kulturelle Veranstaltungen statt, die aber mit der schlechten Erschließung und unzureichenden Infrastruktur zu kämpfen haben.

Heute ist die Heidelberger Thingstätte überwiegend unspektakuläres Ziel von Freizeitaktivitäten der Heidelberger Bevölkerung wie Spaziergehen oder Joggen. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich Feiern der Walpurgisnacht auf dem Heiligenberg, die regelmäßig Tausende von Besuchern anziehen. Diese Feiern sind von der Stadt formal nicht genehmigt, werden aber geduldet. Touristische Destination scheint die Thingstätte neben archäologisch Interessierten, die in erster Linie jedoch die mittelalterlichen Ruinen auf dem Heiligenberg aufsuchen, vor allem für amerikanische Besucher zu sein.

Kulturlandschaftliche Verflechtungen der Thingstätte

Die Thingstätte auf dem Heiligenberg ist in ein Geflecht von ideologisch gedeuteten Blick- und Lagebeziehungen um Heidelberg eingebunden. Wichtigstes weiteres Element dieser kulturlandschaftlichen Verflechtungen ist der Ehrenfriedhof auf dem Ameisenbuckel im Süden der Stadt. Die Anlage für Gefallene des Ersten Weltkriegs wurde zeitgleich mit der Thingstätte 1933 bis 1934 nach von Paul Bonatz überarbeiteten Plänen des Stadtbaurats Fritz Haller errichtet und 1952/53 erweitert.

Kurzvita

Petra M. Martin; Studium der Architektur an der Fachhochschule in Darmstadt und der Kunstgeschichte mit Klassischer Archäologie und Ethnologie an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt a. M. sowie Absolventin des Aufbaustudiums Denkmalpflege an der Universität Bamberg.

Nach freiberuflicher Mitarbeit in verschiedenen Architekturbüros in Hessen 1991 zuerst bei der Unteren Denkmalschutzbehörde in Kassel als Denkmalpflegerin tätig. Ab 1992 Gebietsreferentin im sächsischen Landesamt für Denkmalpflege in Dresden, ab 1994 im Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg. Dort seit 2008 Referentin für Gartendenkmalpflege.

Mitglied in der Arbeitsgruppe Gartendenkmalpflege der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, im Arbeitskreis Orangerien in Deutschland e.V. und im Arbeitskreis Historische Gärten der DGGL und dort Regionalbeauftragte für Württemberg.

Lehrbeauftragte für Gartendenkmalpflege am Institut für Landespflege der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i. Br.; Veröffentlichungen zur Gartengeschichte und Gartendenkmalpflege.

Georg Maybaum

Bild und Abbild der landschaftlichen Freiräume im Dritten Reich

Zur Frage ‚*Warum ist Landschaft schön?*‘ veranstaltete das Arp Museum Bahnhof Rolandseck zum Jahreswechsel 2011 / 2012 eine Ausstellung,¹ welche sich sowohl mit der *Landschaft als Bild* wie mit dem Bild von der Landschaft in künstlerischer, soziologischer und urbanistischer Sicht auseinandersetzte. Basis der Auseinandersetzung waren die Erkenntnisse Lucius Burckhardts zur Theorie der Wahrnehmung bezogen auf Landschaft und Natur, die sogenannte Promenadologie oder Spaziergangswissenschaft.² Seine These „*Landschaft ist ein Konstrukt. [...] Sie entsteht] in den Köpfen der Betrachter*“³ soll auch hier den Ausgangspunkt des nachfolgenden Diskurses darstellen.

Wenn Landschaft und der Blick auf dieselbe ein Konstrukt sind, stellt sich die Frage, wo und wie das totalitäre System des Nationalsozialismus seine Vorstellungen artikuliert und seine Sichtweisen visualisiert. Zunächst ist festzuhalten, dass die vom Menschen gestaltete Landschaft, die Kulturlandschaft mit ihren landwirtschaftlich-bäuerlichen und ihren industriell-infrastrukturellen Prägungen den ideologischen Referenzraum darstellt. Die Intensität des Eingriffs⁴ galt dabei als ein Zeichen für die Schaffenskraft des Deutschen Volkes und nicht als ein das Landschaftsbild gegebenenfalls bedrohender Umstand. Diese Grundvorstellung setzt sich vom Adolf-Hitler-Koog an der norddeutschen Küste über die Thingstätten bis hin zur Deutschen Alpenstraße und den Bauten am Obersalzberg fort.

Auch die Reichsautobahnen mögen dafür beredtes Beispiel sein. Sie wurden mittels geeigneter Streckenführung in die Natur eingepasst, die dazwischenliegenden landschaftlichen Freiräume bepflanzt und das Ergebnis als Gesamtkunstwerk betrachtet. Prof. Fritz Bayerleins bereits 1934 gemalte Vision von der „*Parklandschaft des Verkehrs im Jahre 2010*“ nimmt den Eindruck zukünftiger Gelungenheit vorweg.⁵ Um die als positiv erachteten Eindrücke fertiggestellter Strecken erlebbar zu machen wurden Modelle gebaut, Maler engagiert,⁶ Lichtbildwettbewerbe ausgeschrieben und Ausstellungen organisiert. In diesem

1 *Belvedere. Warum ist Landschaft schön? Why is Landscape beautiful?*, Arp Museum Bahnhof Rolandseck, 04.09.2011 – 04.03.2012, gleichnamige Publikation: Heidemann, Christine; Kersten, Anne (Red.). Bielefeld 2011.

2 Burckhardt, Lucius (Autor); Ritter, Markus; Schmitz, Martin (Hrsg.) *Warum ist Landschaft schön? Die Spaziergangswissenschaft*. Kassel 2007.

3 Kornhoff, Oliver: Landschaft als Bild sehen oder »ambulo ergo sum«, in: *Belvedere*, a.a.O., Zitat S. 5.

4 „*Daß beim Straßenbau hin und wieder Bäume gefällt werden, ist bekannt*“, Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Fritz Todt zitiert nach: Schütz, Erhard und Gruber, Eckhardt: *Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der »Straßen des Führers« 1933–1941*. Berlin 1996, S. 125.

5 Schütz, a.a.O., Abb. und Bildunterschrift S. 130.

6 Todt erließ 1936 einen Aufruf an deutsche Künstler zur Darstellung der Autobahn, nach: Schütz, a.a.O., S. 112.



Abb. 1: „In feiner Föhlung des Geländes erschließt eine edle Linienführung die Schönheit deutscher Landschaft“

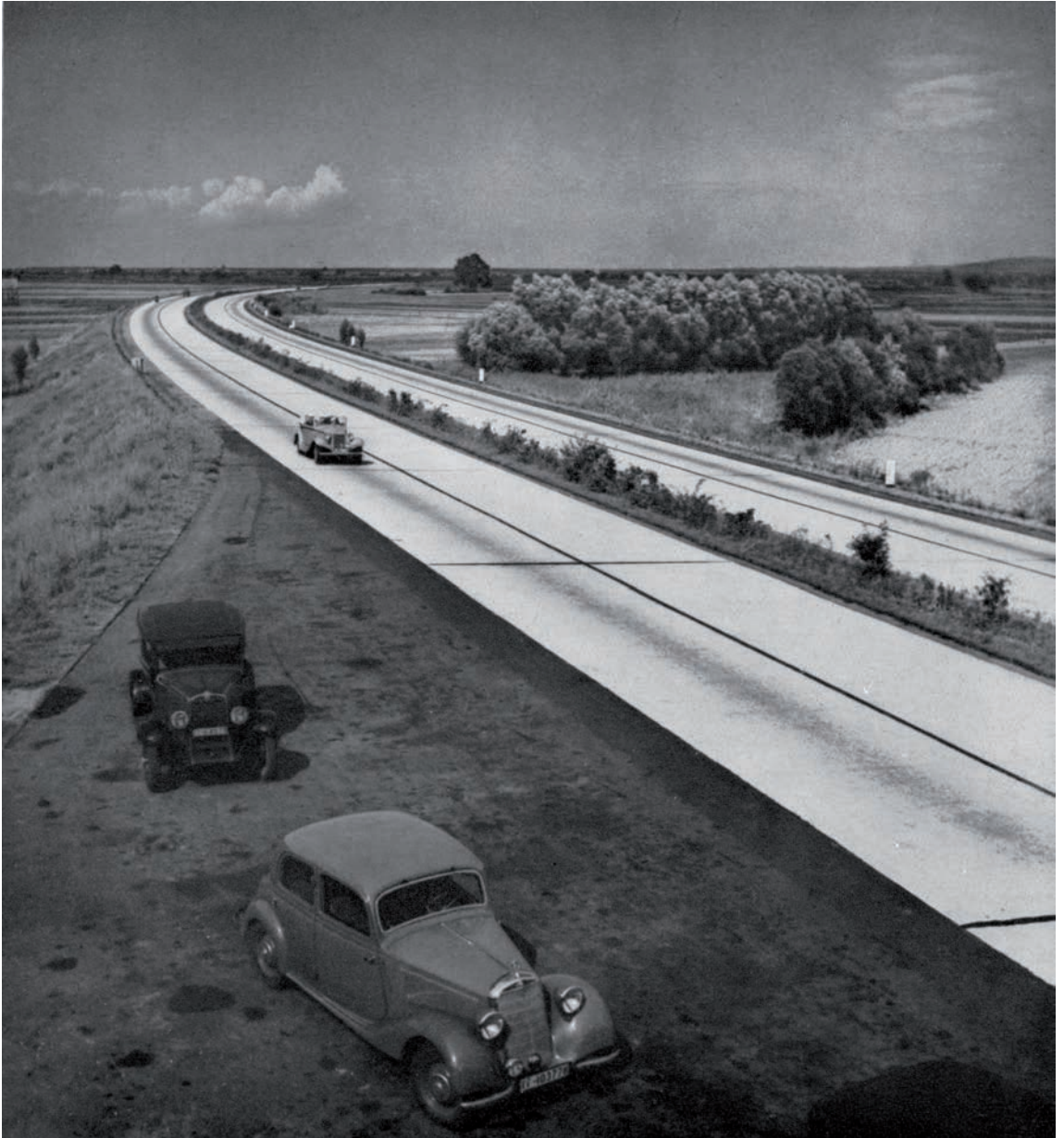


Abb. 2: „Rastplatz“

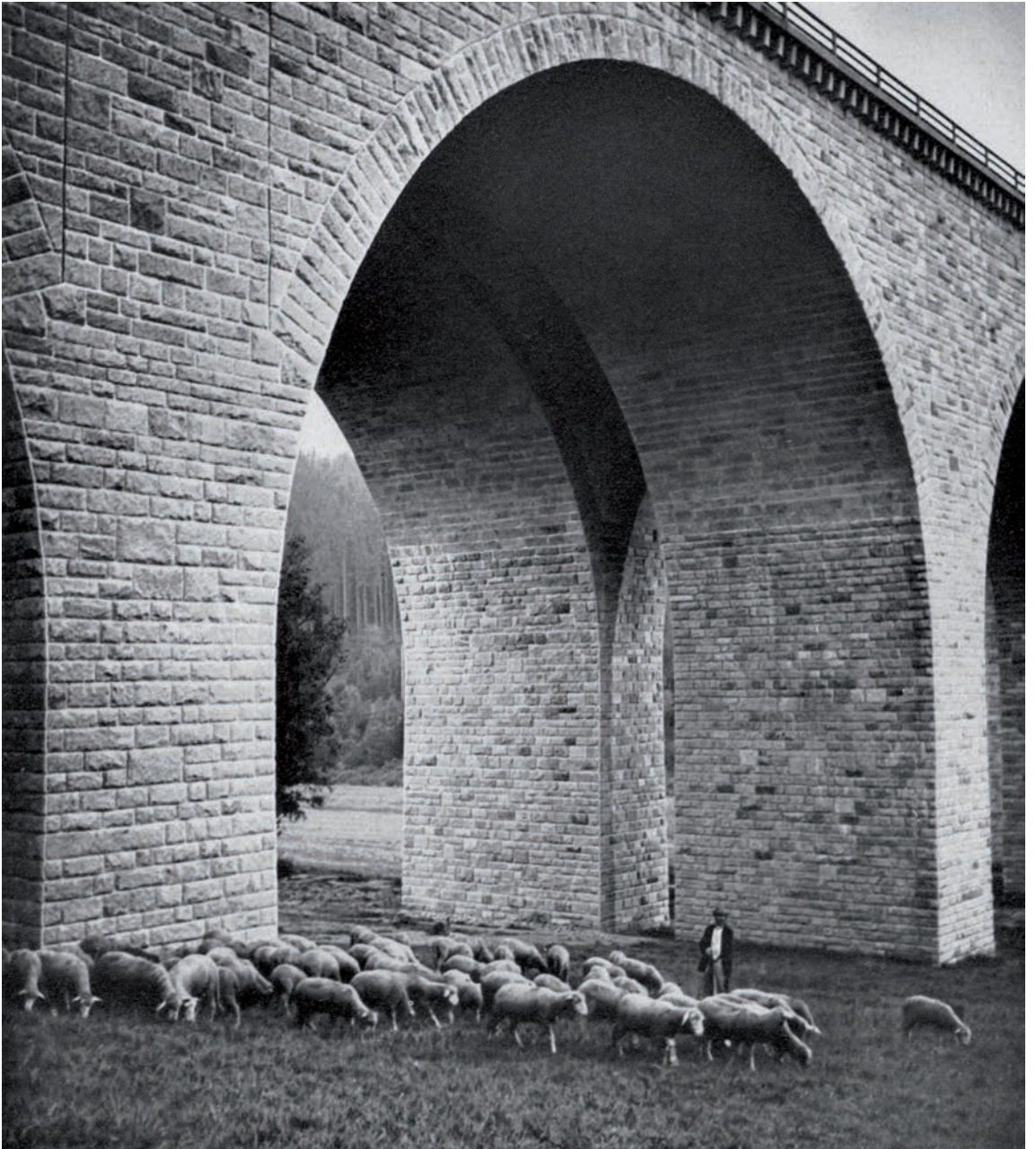


Abb. 3: „Seht wie der fromme Friede groß durch die Bogen der Stärke zieht“

Zusammenhang entsteht Otto Illauers Aufnahme des Irschenberges⁷ und das mannigfach publizierte Gemälde der Saalebrücke bei Hirschberg⁸, an der das historische Motiv des Belvedere, des architektonischen Aussichtspunktes, in der Form der Zeit mit Parkplatz, Stele, Hoheitszeichen und Reichsadler, wieder aufgenommen wird.

*„Die deutsche Landschaft, der deutsche Wald und die Berge dienten den Nationalsozialisten als Identifikationsobjekte, die Heimatverbundenheit und Nationalstolz fördern sollten.“*⁹

Wieweit dabei Kulturlandschaften im Nationalsozialismus ideologisch instrumentalisiert wurden, zeigen womöglich die Bilder vom Picknick neben der Autobahn¹⁰ sowie die Heuernte auf Rand- und Mittelstreifen¹¹ oder der Bauer hinter einem mit zwei Ochsen bespanntem Pflug vor der oben genannten Hirschberger Brücke¹² am eindrucklichsten: Die Landschaft als Sehnsuchtsort, die Autobahn als (völkische) Idylle.

Die Ambivalenz der Erscheinungen des Nationalsozialismus, heute benannt als *‚Faszination und Gewalt‘*¹³ oder *‚Volksgemeinschaft und Verbrechen‘*¹⁴ konkretisiert sich beim Blick auf die Landschaft als Facette von *‚Idylle und Bedrohung‘*¹⁵. Beim Weg durch Wald und Park, über Fluss und Meer erreichen wir Berg und Tal, dort wo „höchste Gipfelerfahrungen“ geboten werden und *„hellste Lichterscheinungen“*¹⁶ uns im Innersten berühren. Genau hier, im Konglomerat der Bauten des Obersalzberges, wird auf Hitlers Berghof Landschaft dann zur bloßen, allerdings atemberaubenden Kulisse herabgewürdigt: eine durch das Panoramafenster zu bestaunende Bergwelt.¹⁷

Wenn Landschaft in unseren Köpfen entsteht, stellt sich die Frage, wo und wie das totalitäre System des Nationalsozialismus seine Deutungshoheit manifestiert. Dies geschieht im Sinne positiver Besetzung mit Hilfe von Ausstellungen und Publikationen. Die Illustrierten

7 Siehe z. B. Steininger, Benjamin: *Raum-Maschine Reichsautobahn*. Berlin 2005. S. 84.

8 Siehe z. B. Vosselmann, Arend: *Reichsautobahn. Schönheit Natur Technik*, Kiel 2005, Abb. S. 138.

9 Heidemann, Christine; Kersten, Anne: Belvedere. Warum ist Landschaft schön, in: *Belvedere, a.a.O.*, Zitat S. 19.

10 Johannes, Ralph; Wölki, Gerhard: *Die Autobahn und ihrer Rastanlagen. Geschichte und Architektur*. Petersberg 2005, Abb. S. 16.

11 Vosselmann, a.a.O., Abb. S. 104 und 116.

12 Schütz, a.a.O., Abb. S. 152.

13 Ogan, Bernd; Weiß, Wolfgang W. (Hrsg.): *Faszination und Gewalt. Zur politischen Ästhetik des Nationalsozialismus*. Nürnberg 1992.

14 Thamer, Hans-Ulrich; Erpel, Simone (Hrsg.): *Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen*. Berlin 2010.

15 Museum der Stadt Lienz Schloss Bruck (Hrsg.): *Bedrohung und Idylle. Das Menschenbild in Österreich 1918–1938*. Lienz 2009.

16 Heidemann, a.a.O., beide Zitate S. 19.

17 Vgl. Beitrag zur Künstlerin Pia Lanzinger, in: *Belvedere, a.a.O.*, S. 85ff.

aus Berlin greifen mit Beiträgen wie „*Richtungsgebende Werke für die deutsche Kunst*“¹⁸ die Thematik auf. Die ‚Großen Deutschen Kunstausstellungen‘ zeigen ab 1937 in München das, was gut und richtig ist.¹⁹ Mit diesem Vorgehen wird die der Landschaft und ihrem Bilde innewohnende Multiperspektivität aufgehoben und eine eingleisige, vereinheitlichte Sichtweise erzwungen.

Verwoben damit ist die Ausgrenzung des Andersartigen, des »Entarteten«, wobei auch hier auf Ausstellungen und Publikationen²⁰ gesetzt wird. In letzter Konsequenz werden dabei die erklärten Gegner des Regimes auch vom Sehen ausgeschlossen. Dass es gerade die Alpenvereine Deutschlands und Österreichs waren, welche den Juden die Sicht auf die Berge mittels der Einführung von Arierparagrafen verweigerten, mag den alltäglichen, rassistischen Zeitgeist besonders beleuchten.²¹

Was ist von alledem geblieben, was ist als denkmalwert zu betrachten?

Ist es das ‚*Band in der Landschaft*‘, die Reichsautobahn? Der Landschaftsanwalt Alwin Seifert sammelte, um das Ziel der ‚*landschaftsgerechten*‘ Autobahn zu erreichen, Landschaftsarchitekten, Pflanzensoziologen und Naturschützer um sich und entwickelte erste ingenieurbologische Ansätze.²² Ist es also die Trassierung der Autobahn, die ästhetisch präferierte, mathematisch formulierte ‚*schwingende Straße*‘? Ist es der Baum- und Strauchbestand oder die Kleinflora rechts und links der Strecke?

Oder sind es die *unter der Grasnarbe* verborgenen bautechnischen Innovationen? Die Deutsche Gesellschaft für Bodenmechanik unterstützte die Entwicklung von innovativen Verdichtungsverfahren, setzte sich mit der Sondiertechnik und mit erdstatischen Fragen intensiv wissenschaftlich auseinander. Neben den Frosthebungsversuchen Beskows in der Mitte der 1930er Jahre waren das die wesentlichen Grundlagen für die Weiterentwicklung des Straßenunterbaus.²³ Auf dieser Basis erließ die Deutsche Gesellschaft für Bauwesen die seinerzeit fortschrittlichsten Richtlinien für bautechnische Bodenuntersuchungen einschließlich der bodenmechanischen Qualitätssicherungen, die auch für den Bau der Reichsautobahnen von eminenter Wichtigkeit waren, 1937 bereits in zweiter Auflage.²⁴

18 Berliner Illustrierte Zeitung Nr. 22, 22.07.1937, S. 1058–1059, in: Deutsches Historisches Museum Berlin (Hrsg.): *Kunst und Propaganda. Im Streit der Nationen. 1930–1945*. Berlin 2007, Abb. S. 286.

19 Schlenker, Ines: Die Großen Deutschen Kunstausstellungen und ihre Auswirkungen auf den nationalsozialistischen Kunstbetrieb, in: *Kunst und Propaganda. a.a.O.*; S. 258–267.

20 Ausstellungsführer Entartete Kunst, in: *Kunst und Propaganda, a.a.O.*, Abb. S. 304.

21 Achrainer, Martin: „So jetzt sind wir ganz unter uns“. Antisemitismus im Alpenverein, in: Loewy, Hanna; Milchram, Gerhard: (Hrsg. für das Jüdische Museum Hohenems): *Hast Du meine Alpen gesehen? Eine jüdische Beziehungsgeschichte*. 2. Aufl. Wien 2010, S. 288ff.

22 Siehe hierzu: http://de.wikipedia.org/wiki/Alwin_Seifert. Letzter Aufruf 07.01.2014.

23 Steininger, a.a.O., S. 44ff und S. 77.

24 Deutsche Gesellschaft für Bauwesen (Hrsg.): *Richtlinien für bautechnische Bodenuntersuchungen*, 2. Aufl. Berlin 1937, Unveränderter Nachdruck der Originalausgabe: VGE, Essen 1997.

Oder sind es die vielen Steinbrüche rechts und links der Trassen, die so viele Wunden hinterlassen haben? Der schier endlose Materialbedarf, 1937 wurden unbeschadet der Forcierung der Rüstung noch immer rund 10 % der Natursteine für den Bau der Reichsautobahnen verwendet,²⁵ erzwang die umfängliche Exploration von Lagerstätten, deren Aufschluss und die sich anschließende Ausbeutung von Mensch und Natur. Auch dieses bebildert durch Ölgemälde wie Erich Merckers *Granitbrüche [KZ] Flossenbürg*²⁶ oder durch Fotografien wie *Juden im Straßenbau* aus dem Album eines Wehrmachtssoldaten. Letztgenannte Bilder sind behaftet mit einer Mischung „aus militärischem Pathos, Naivität und zynischem Realismus und einem dem Ausgang des [Russland-] Feldzugs entsprechenden Fatalismus“.²⁷

Oder bleiben unbeschadet der vorgenannten Denkmalwerte jene Orte, wo Hunderttausende unter der Grasnarbe liegen, sei es in den Massengräbern der Arbeits- und Vernichtungslager, unter den kleinen Hügeln in den weiten Russlands oder auf den ungezählten Soldatenfriedhöfen, letztendlich die Stellen, die uns im Innersten am Tiefsten berühren?

Kurzvita

Prof. Dr.-Ing. Georg Maybaum, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim

Georg Maybaum studierte Bauingenieurwesen an den Universitäten in Darmstadt und Dortmund. Nach dem Studienabschluss arbeitete er fünf Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Braunschweig und wurde 1995 mit einem geotechnischen Thema promoviert. Seit dem Wintersemester 2000 ist er Professor an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Holzminden. Zudem war er bis Ende 2009 geschäftsführender Gesellschafter eines Ingenieurbüros und wurde 2003 zum öffentlich vereidigten Sachverständigen bestellt.

Seit einigen Jahren beschäftigt er sich unter Anderem mit Fragen der Erinnerungs- und Sepulkralkultur sowie der (grenzüberschreitenden) Kulturlandschaften und versucht denkmalpflegerische Belange und eine (ingenieur-) technische Sichtweise synergetisch zu vereinen.

25 Busch, Andreas: *Die Geschichte des Autobahnbaus in Deutschland bis 1945*, 2. Aufl. Langensalza 2004, S. 19.

26 Thamer, a.a.O., Abb. S. 257.

27 Bachmann, Dieter (Hrsg.): *Der Körper der Photographie. Eine Welterzählung in Aufnahmen der Sammlung Herzog*. Zürich und Basel 2005, Abb. S. 256, Zitat S. 259.

Veröffentlichungen zum Thema Kulturlandschaft und Denkmalpflege (Auswahl)

Georg Maybaum: Kulturerbe-Formationen in Mexiko, Die Reinkarnation des Indigenen als transkulturelle Konstruktion. In: Michael Falser, Monica Juneja (Hrsg.): *Kulturerbe und Denkmalpflege transkulturell. Grenzgänge zwischen Theorie und Praxis*, Wetzlar 2013, S. 223-240.

Georg Maybaum: Bürgerschaftliches Engagement, Chance und Herausforderung, Das Beispiel Hildesheim. In: Birgit Franz, Hans-Rudolf Meier (Hrsg.): *Zerstörung und Wiederaufbau. Stadtplanung nach 1945. Denkmalpflegerische Probleme aus heutiger Sicht*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 20. Verlag Mitzkat Holzminden 2011, S. 76-83.

Birgit Franz, Georg Maybaum: Whose Heritage is it anyway? Zur kulturellen Zugehörigkeit von Baudenkmalen in Grenzverschiebungsräumen. In: *Museumsblätter. Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg. Über die Grenze. Zwischen Sachsen und Brandenburg*. Heft 17, Dezember 2010, S. 44-48.

Birgit Franz, Georg Maybaum: Reichstypenspeicher als dominante Zeugen in einer Kulturlandschaft. Der Getreidespeicher in Holzminden. In: Birgit Franz, Achim Hubel (Hrsg.): *Historische Kulturlandschaft und Denkmalpflege*. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 19. Verlag Mitzkat Holzminden 2010, S. 98-109.

Birgit Franz, Georg Maybaum: Verlorene Inventare. Befunde aus Erinnerung. Wenn Enkel mehr als Töchter und Söhne werden wissen wollen: Aufnahme in Mittelhessen in den späten 1940er Jahren und Vernichtung des Seilnetzühlturmes in Uentrop-Schmehausen 1991. In: *Sozialer Raum und Denkmalinventar. Vorgehensweisen zwischen Erhalt, Verlust, Wandel und Fortschreibung*. Hrsg.: Birgit Franz, Gabi Dolff-Bonekämper. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 17. Dresden 2008. S. 108-112.

Alle Fotografien aus:

Lendvai-Dircksen, Erna: *Reichsautobahn – Mensch und Werk. Neunundneunzig Aufnahmen, Worte und Gedichte von Emil Maier-Dorn, Geleitwort des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen Reichsminister Dr.-Ing. Fritz Todt*, 2. Aufl. Bayreuth 1942.

Wolf-Dieter Mechler

Hannovers Stadtgrün nach 1933: Erfolgsgeschichte unter braunen Vorzeichen

Die Stadt Hannover hat lange Jahre mit dem Slogan „Großstadt im Grünen“ um Besucher geworben. Diese Selbstetikettierung stützte sich neben dem historischen Stadtwald Eilenriede auf eine Reihe von Grünprojekten, die von 1933 bis 1939 verwirklicht wurden, darunter die Neuanlage des Maschsees und des Hermann-Löns-Parks sowie die Neugestaltung des Großen Gartens in Herrenhausen und des Stadthallengartens.

Die Voraussetzungen für personalintensive Großprojekte hatten sich 1933 schlagartig verbessert. In Folge der Machtübergabe an die Nationalsozialisten Ende Januar und der Machtbestätigung durch die Märzahlen 1933 wurden zahlreiche demokratische und rechtsstaatliche Hemmnisse beseitigt. So wurde in Hannover das Bürgervorsteherkollegium als Entscheidungsorgan im April beseitigt, und sozialdemokratische und kommunistische Bürgervorsteher gezwungen, ihre Mandate aufzugeben. Die Etablierung des Führerprinzips bei gleichzeitiger Reduzierung der Senatorenposten stärkte die Rolle des ohnehin schon herausgehobenen Oberbürgermeisters.

Im Amt blieben der nicht der NSDAP angehörende, gleichwohl autoritäre, nationalkonservative Oberbürgermeister Arthur Menge und der für das städtische Grün verantwortliche Stadtbaurat Karl Elkart (NSDAP-Eintritt erst 1937, 1933 „nur“ förderndes Mitglied der SS), die nun ideale Bedingungen vorfanden für die Realisierung einiger lange in der Schublade liegender Projekte. Das spektakulärste davon war die Anlage eines innenstadtnahen Sees auf einer Überschwemmungsfläche für die durch Hannover fließende Leine in der so genannten Aegidienmasch.

Der Maschsee: ein Produkt der „Arbeitsschlacht“

Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts erstmals diskutiert, hatten immer wieder Geldmangel und politischer Streit verhindert, dass man sich ernsthaft mit Planungen für ein Seeprojekt befasste. Weil aber die Nationalsozialisten schnelle und sichtbare Erfolge beim Anpacken der Arbeitslosenproblematik benötigten, konnte das Maschseeprojekt Ende 1933 plötzlich doch starten: Ausführungspläne wurden gefertigt, günstige Kredite bewilligt und Erwerbslose für die umfangreichen Bauarbeiten verpflichtet. Am 21. März 1934, dem von den Nazis ausgerufenen „Großkampftag der Arbeitsschlacht“, erfolgte medienwirksam im Beisein von Parteiorganisation und SA der erste Spatenstich. Zeitweilig waren bis zu 1650 Arbeiter gleichzeitig im Einsatz. Zwei Jahre und zwei Monate dauerte es, bis am 21. Mai 1936 mit einer inszenierten Show im Zeichen des Hakenkreuzes der See offiziell eröffnet werden konnte. Das nächtliche Feuerwerk sahen 250.000 Zuschauer, die den Maschsee fortan als Beweis für das große Aufbauwerk der „Nationalen Revolution“ ansehen sollten: als kulturelle Leistung und soziale Großtat.



Abb. 1: Einweihung des Maschsees am 21. Mai 1936, auf der Rednertribüne Oberbürgermeister Menge
© Historisches Museum Hannover

Zum erweiterten Projekt gehörten die Anlage von Wegen, Pflanzung von Bäumen und parkähnlichen Grünanlagen, Promenaden, Gastronomie, ein Schwimmbad und die Aufstellung von Skulpturen rund um den See. Nicht alles war bereits am Eröffnungstag vorhanden, die Gaststätte öffnete ein Jahr später und die letzte Plastik – Brekers Löwen – wurde erst im Juni 1938 aufgestellt.

Die Seefläche betrug 75 ha, dazu gesellten sich Grünflächen und Gartenanlagen von 35 ha, darunter ein Staudengarten von 10.000 qm, weiter wurden u. a. Petunien, Pelargonien, Hortensien und Sommerblumen gepflanzt, rund um den See entstanden Fuß-, Reit- und Radfahrwege, gesäumt von 2700 neu gepflanzten Bäumen. Bei der Auswahl der Bäume, Gehölze, Stauden und Blumen wurde eine bewusste Einschränkung auf einheimische Arten



Abb. 2: Im Angesicht von Propagandalautsprechern: Spaziergänger am Maschsee, Rudolf-von-Bennigsen-Ufer, 1939. © Historisches Museum Hannover, HAZ-Hauschild-Archiv

vorgenommen. Der ehemalige Stadtgartendirektor Kube zählte den Maschsee zu den „bedeutendsten Schöpfungen deutschen Städtebaus und deutscher Gartenkunst“, ein würdiger Teil der neuen Zeit: „Die deutsche Nation sieht sich in der ernstesten Stunde ihrer Geschichte, an der Wende eines Zeitalters vor die allerschwerste und allgrößte Aufgabe gestellt: die Erhaltung ihrer Rasse und die Sicherung ihres Bestandes für ein kommendes Jahrtausend. Die Entwicklung des Maschseegedankens beweist die Richtigkeit dieser Worte.“

Nachdem Menges Amtszeit 1937 endete und ihm der Nationalsozialist Henricus Haltenhoff im Amt des Oberbürgermeisters gefolgt war, entstanden unter Leitung von Elkart, der nach seinem Parteieintritt im Amt geblieben war, von Hitler persönlich abgesegnete groß angelegte Neugestaltungspläne für die Stadt Hannover und im Zuge dessen massive Erweiterungspläne für den Maschsee. Die Seefläche sollte

verdoppelt werden und im Bereich des Nordufers ein riesig dimensioniertes „Parteiforum“ entstehen mit Monumentalbauten für Parteizwecke, einem Aufmarschgelände und einer Versammlungs- / „Halle der Volksgemeinschaft“ für 30.000 bis 50.000 Personen. Nachdem die Planungen bereits weit fortgeschritten waren, stoppte Göring im Juni 1940 das Großprojekt und verschob dessen Realisierung auf die Zeit nach dem Krieg.

Der Hermann-Löns-Park: ein nationalsozialistischer Mustergarten

Kurz nach der Maschsee-Eröffnung begannen im Juni 1936 die Arbeiten am zweiten großen Grünprojekt der Ära Menge/Elkart: dem Hermann-Löns-Park. Wieder beförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Erwerbslose die Realisierung älterer Pläne zur Grünanbindung des Kirchröder Tiergartens an die Eilenriede, indem das bis dahin kaum nutzbare sumpfige Gelände einer ehemaligen Tongrube um den Annateich in einen Volkspark und Landschaftsgarten umgestaltet werden sollte.



Abb. 3: Bauarbeiten im Hermann-Löns-Park, um 1936, © Historisches Museum Hannover

Die Volkspark-Idee kam darin zum Ausdruck, dass ein Freibad für 5000 Besucher, eine Sportanlage und eine Kleingarten-Dauerkolonie mit 220 Gärten die neue Gartenanlage umrahmen sollten.

Die Besonderheit des neuen Parks bestand darin, dass hier bewusst mit „dem Parkideal des historischen Landschaftsgartenstils“ gebrochen werden sollte zu Gunsten einer „bodenständigen Landschaftsgestaltung“, wie es Stadtgartendirektor Wernicke ausdrückte. Bodenständig bedeutete, die NS-Rassenlehre auf vermeintlich ideologiefreie, harmlose Grünprojekte anzuwenden, und in diesem Falle bei der Bepflanzung unter erstmaliger Zuhilfenahme eines pflanzensoziologischen Gutachtens auf alle „Exoten“ zu verzichten,



Abb. 4: Bepflanzung und Bauarbeiten am Annateich im Löns-Park, im Hintergrund das bereits fertig gestellte Kleefelder Bad, 1937/38, © Historisches Museum Hannover

auf alle Nadelhölzer und auf Garten- und Parkpflanzen, mit denen sonst schnelle Erfolge zu erzielen sind. Die noch junge Disziplin der Pflanzensoziologie sollte den quasi wissenschaftlichen Nachweis für den Vorrang einer vermeintlich natürlichen, heimischen Landschaftsgegebenen vor einer unnatürlichen, fremdländischen Bepflanzung liefern. Protagonist der neuen Lehre war Prof. Dr. Reinhold Tüxen, der 1942 in der Vorderen Eilenriede dem kleinblütigen Springkraut den „Ausrottungskrieg“ ansagte: „Wie beim Kampf gegen den Bolschewismus unsere gesamte abendländische Kultur auf dem Spiele steht, so beim Kampf gegen den mongolischen Eindringling eine wesentliche Grundlage dieser Kultur, nämlich Schönheit unseres heimischen Waldes!“.

Drei Jahre dauerten die Arbeiten am Löns-Park insgesamt, einzelne Teilstücke wurden aber schon unmittelbar nach Fertigstellung in Betrieb genommen, so z. B. 1937 das angrenzende Freibad und das „Scharnhorst-Kampfbahn“ getaufte Stadion. Um das Leitmotiv einer „hannoverschen Kulturlandschaft“ zu vervollständigen, wurden nach und nach drei historische Gebäude – Speicher, Bauernhaus und Bockwindmühle – in umliegenden Dörfern abgetragen und im Löns-Park wieder aufgebaut. Sie bildeten gleichzeitig den Grundstock eines geplanten Freilichtmuseums, das die „Volkstums“-Abteilung des 1937 in „Niedersächsisches Volkstumsmuseum“ umbenannten „Vaterländischen Museums“, dem Vorläufer des Historischen Museums Hannover, aufnehmen sollte. Sie existieren noch heute.

Im Gegensatz zu der imposanten Massenfeier bei der Eröffnung des Maschsees, ging die abgestufte Inbetriebnahme des Löns-Parks und seiner umliegenden Einrichtungen eher beiläufig vonstatten, gleichwohl unter reger Beteiligung der Bevölkerung, die beide neuen Grünflächen sofort in Besitz nahmen.

Maschsee und Löns-Park waren längst nicht alle Grünprojekte, die nach 1933 in Angriff genommen wurden. Man kann sagen, von 1933 bis Kriegsbeginn wurde in Hannover ständig irgendwo gebuddelt, gepflanzt, geplant und gebaut, immer unter Einsatz von Erwerbslosen, die verstärkt die einfachen, körperlich anstrengenden Arbeiten erledigen sollten. Schon bei der Vorbereitung der JADEGA 1933, für die das Stadthallengartengelände komplett umgestaltet wurde, waren hunderte Erwerbslose verpflichtet, ebenso bei der anschließenden Umgestaltung des schon seit 1921 der Stadt gehörenden Georgengartens und schließlich, parallel zu den Arbeiten am Löns-Park, bei der Erneuerung des 1936 erworbenen Großen Gartens. Sämtliche Grünprojekte konnten noch vor Kriegsbeginn abgeschlossen und deshalb als Leistung des NS-Regimes propagandistisch herausgestellt werden. Die hannoversche Bevölkerung begrüßte die vielfältigen neuen oder umgestalteten Grünanlagen als willkommene Erweiterung der Naherholungsmöglichkeiten. Ob tatsächlich alle Hannoveraner gleichermaßen profitierten oder z. B. Juden und Sinti nur eingeschränkten Zugang hatten, konnte sich bislang nicht klären lassen. Sicher trugen die Grünprojekte zur Legitimierung des Regimes unterhalb der direkt politischen Ebene bei.

Kurzvita

Wolf-Dieter Mechler, Jahrgang 1953, Dr.phil.; von 1979 bis 2004 Stadtarchiv Hannover, 2004/2005 Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin, seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Museums Hannover. Veröffentlichungen und Ausstellungsprojekte zum Nationalsozialismus, zur Studentenbewegung, zur Geschichte der Sinti und Roma in Niedersachsen, über Albert Einstein, Ada und Theodor Lessing. 2007 Ausstellung und Katalogbeitrag „Deutsche Pflanzen, deutsche Gärten? Hannovers Grün in brauner Zeit“.

Uwe Meiners

Das Museumsdorf Cloppenburg: Entstehung und Entwicklung bis heute

Die im Jahre 1934 vollzogene Grundsteinlegung für das Museumsdorf Cloppenburg, das seit 1961 durch die erweiterte Form der Stiftungsträgerschaft auch den Titel „Niedersächsisches Freilichtmuseum“ im Namen trägt, ist ohne die Berücksichtigung der Ideen der Heimatschutzbewegung nur unzureichend erklärt. Auf diese stützte sich der Museumsgründer, der aus dem westfälischen Greven stammende Gymnasiallehrer Dr. Heinrich Ottenjann (1886–1961), als er im Jahr 1922 die Gründung des „Heimatmuseums für das Oldenburger Münsterland“ erfolgreich auf den Weg brachte und damit dem späteren Cloppenburg Freilichtmuseum den Weg ebnete. Er war der Motor für die Umsetzung einer Museumsinitiative, die im Süddoldenburgischen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts existierte, durch den Ausbruch des 1. Weltkriegs aber nicht zum Zuge kam.

Die Museumsgründung in Cloppenburg ist ein zeitbedingtes Produkt jener Bemühungen gewesen, die Ende des 19. Jahrhunderts große Teile der bürgerlichen Mittelschicht erfasste und zum Aufbegehren gegen Industrialisierungs- und Verstädterungsprozesse führte. Die heraufziehende Moderne wurde als Bedrohung empfunden und forcierte verschiedene Versuche, das eigene kulturelle Umfeld in seinen verschiedenen Formen und Ausprägungen zu bewahren. Bei der verbreiteten „Suche nach Geborgenheit“ fiel dem ländlichen Raum eine besondere Rolle zu. Auf der Grundlage seiner traditionellen Strukturen glaubte man, die vertrauten Werte zu sichern und gleichzeitig Reformbestrebungen initiieren zu können. Agrarromantische Vorstellungen flossen in diese Bewegung mit ein, dessen Fürsprecher sich ab 1880/90 unter dem Begriff „Heimat“ versammelten und zukünftig als Sachwalter von Heimatkunst und Heimatkunde, von Heimatsprache und Heimatdichtung auftraten.

Im Gebiet des ehemaligen Großherzogtums Oldenburg stieß die Heimatbewegung auf breite Akzeptanz. Obwohl die Menschen hier nur am Rande vom dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Wandel betroffen waren, fiel der Heimatschutzgedanke auf fruchtbaren Boden. Er wurde darüber hinaus mit erheblichen öffentlichen Mitteln gefördert. Die von der Bewegung ausgehende gesellschaftliche Dynamik lässt sich rückblickend ablesen an der Gründung von Verbänden, Vereinen und Museen, an der offiziellen Förderung der Heimatmalerei, Heimatkunst und Heimatliteratur, der Unterstützung heimischer Architektur und heimischen Kunstgewerbes. Dieser generelle Ansatz verknüpfte sich nicht nur mit Idealen regionaler Identitätsbildung, sondern alsbald auch mit Vorbehalten gegenüber allem Fremdem und Andersdenkenden sowie mit dem Versuch, die Besonderheit des eigenen Kulturrums durch einen überzeitlichen, germanisch-deutschen Zusammenhang zu begründen. Damit wurde die Heimatbewegung insgesamt offen für völkisches Gedankengut und deren Vorstellungen von Volkstum und „Rasse“. Bis zur Instrumentalisierung durch

die Kulturpolitik der Nationalsozialisten, die sich im Oldenburger Land in der propagandistischen Förderung regionaler Kultur- und Theaterbühnenprojekte (Stedingsehre, Bookholzberg) widerspiegelte, war es letztlich nur noch ein kleiner Schritt.

Auch die Maßnahmen zur Errichtung des Museumsdorfs Cloppenburg stehen in diesem Zusammenhang, wenn auch sein inhaltlich zuständiger Begründer Heinrich Ottenjann ideologischen Vereinnahmungen sehr distanziert gegenüberstand und eher wissenschaftlich begründeten Zielen konkreter Bauforschung sowie einer Kulturraumforschung rheinischer Prägung folgte. Diesen Eindruck muss man jedenfalls gewinnen, wenn man den Ausführungen Ottenjanns von 1944 folgt, in denen er sich rückblickend (1944) über die Intentionen der Museumsgründung auslässt. Diese verlief, unter dem Schutz des Gauleiters Carl Röver (1889–1942) stehend, keineswegs homogen, sondern war begleitet von widerstrebenden Interessen und Einflussnahmen. Zwar herrschte Übereinstimmung dahingehend vor, dass die (historische) materielle Kultur des regionalen Bauerntums durch deren kulturpolitische Inwertsetzung uneingeschränkte Aufmerksamkeit verdiene, aber wie dies konkret mit Hilfe deren angestrebter Musealisierung geschehen sollte, darüber gab es erhebliche Meinungsunterschiede. Ja, man schloss 1934 den Museumsleiter sogar von Beschlussfassungen aus, als so wichtige Entscheidungen wie die Translozierung des legendären Quatmannshofes anstanden.

Die Gründung des Museumsdorfs Cloppenburg lässt sich nicht auf die perfekte Umsetzung einer nazistisch getragenen Grundidee reduzieren. Zwar steht der aktive Beitrag der nationalsozialistischen Regierung des Gaus Weser-Ems ebenso wenig außer Frage wie die freiwillig mitgetragene Instrumentalisierung des Freilichtmuseums in verschiedenen Bereichen (Kaiser 2009), aber es gilt zugleich auch, die Einbindung des Museums in die Gedanken der Heimatschutzbewegung sowie konkreter wissenschaftlicher Bauforschungen zu berücksichtigen. Den Zeitumständen entsprechend positioniert zwischen den intentionalen „Zugkräften“ eines regional eingebundenen Gaustättenheimwerks und der übergeordneten Blut- und Boden-Ideologie des Amts Rosenberg sowie zwischen dem Berlin-Münsteraner „Bauernhofbüro“ eines Gustav Wolf und der nazistisch dominierten „Mittlerstelle deutscher Bauernhof“ unter der Leitung Erich Kulkes, blieb das Cloppenburger Museumsdorf bis 1945 ein Unternehmen, dem so manche die Bescheinigung eines museologischen Idealtypus für die Vermittlung nationalsozialistischer Grundanschauung und Geschichtspropaganda verweigerten. Dafür schienen im Land der Niedersachsen andere prädestiniert: „In gewisser Weise“, so äußerte sich A. Schröder 1942, „kommen hierfür schon die von der SS im Sachsenhain bei Verden wieder aufgebauten Bauernhäuser in Betracht, in besonderem Maße [jedoch die] bei Hösseringen und Fallingbostel.“ Egal wie man eine solche Einschätzung aus heutiger Sicht beurteilt: Sie gebietet zur Vorsicht gegenüber Vereinnahmungen von (Freilicht-)Museen für andere als die ihnen zugewiesenen Zwecke. Dass Museen den

eher harmlos erscheinenden kulturpolitischen Auftrag zur Herausbildung regionaler Identitätsbildung haben, sollte uns stutzig machen. Denn Identitäten sind gewissermaßen die gemütlichen Innenansichten von Ideologien (Korff 1993). Und vor letzteren sollten wir uns in Acht nehmen.

Kurzvita

Prof. Dr. Uwe Meiners, Ltd. Direktor des Niedersächsischen Freilichtmuseums-Museumsdorf Cloppenburg, geb. am 26. 09. 1952 in Westerstede, Ldkr. Ammerland, Studium der Germanistik, Geographie und Volkskunde von 1972-1978 in Münster, Promotionsabschluss 1980.

Wissenschaftlicher Angestellter, Mitarbeiter und Hochschulassistent im SFB 164 und am Volkskundlichen Seminar der Universität Münster von 1978-1986.

Direktor des Schlossmuseums Jever von 1986-1996; seit 1996 Ltd. Direktor des Museumsdorfs Cloppenburg-Niedersächsisches Freilichtmuseum; von 1996-2003 Wahrnehmung von Lehraufträgen an den Universitäten Münster, Göttingen und Hamburg; 2003 Ernennung zum Honorarprofessor durch die Universität Münster; Herausgebertätigkeit für wissenschaftliche Zeitschriften und Kataloge, verschieden Publikationen zur materiellen Kulturgeschichte, Volkskunde und Museologie; ehrenamtliche Vorstandstätigkeiten für Gesellschaften, Stiftungen und Vereine; wissenschaftliche Beiratstätigkeiten für Museen.

Hans-Dieter Schmid

Zwischen Republiktreue und NS-Terror: Niedersachsen in der Endphase der Weimarer Republik

Der kometenhafte Aufstieg der NSDAP von einer rechtsradikalen und antisemitischen Splitterpartei zu einer „Volkspartei des Protests“ (Jürgen Falter) ab 1930 im Kontext der Weltwirtschaftskrise polarisierte die Gesellschaft und die Politik auch in Niedersachsen. Während die Nationalsozialisten Schritt für Schritt das bürgerlich-konservative Milieu eroberten, blieben nur das sozialistische Arbeitermilieu und das katholische Milieu einigermaßen intakt, begannen aber ebenfalls an den Rändern abzubröckeln. Vor allem die Sozialdemokraten befanden sich in einer prekären Situation, da sie nicht nur von den Nationalsozialisten, sondern auch von den Kommunisten aufgrund des ultralinken Kurses der Parteiführung ab 1928 als „Sozialfaschisten“ zunehmend heftig bekämpft wurden. So blieben sie denn auch in den eigens zur Verteidigung der Republik geschaffenen Organisationen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Eisernen Front weitgehend unter sich. Die Sozialdemokraten haben jedenfalls den Kampf gegen die Nationalsozialisten lange vor 1933 aufgenommen und kleine Gruppen scheuten in der Endphase der Republik auch nicht davor zurück, sich auf einen bewaffneten Kampf vorzubereiten.

Symbolfigur und Garant der Republiktreue in Niedersachsen war Gustav Noske, seit 1920 Oberpräsident der Provinz Hannover. Seine reale Macht und sein Einfluss waren jedoch begrenzt. So



Abb. 1: Aufmarsch des Reichsbanners in Hannover, 1932



Abb. 2: Gustav Noske, Symbolfigur der Republiktreue in Niedersachsen, als Oberpräsident in Hannover, 1933

ist er zum Beispiel in den 1920er Jahren mit dem Versuch gescheitert, der Insel Borkum, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts von den Antisemiten faktisch zur „judenfreien Zone“ gemacht worden war, das Abspielen des Borkum-Liedes zu verbieten, das im ganzen Reich zum Symbol für den Bäder-Antisemitismus geworden war: Borkum blieb „judenfrei“ bis 1933. Durch Papens „Preußenschlag“ im Juli 1932 verlor Noske zudem in der entscheidenden Phase der Auseinandersetzungen seinen Rückhalt in der preußischen Regierung.

Der Schwächung der Sozialdemokratie als der stärksten Stütze der Republik stand auf der anderen Seite der Vormarsch der Nationalsozialisten gegenüber, die in Niedersachsen gleich in zwei Ländern schon vor 1933 an die Regierung kamen: In Braunschweig verloren die Linksparteien bei den Landtagswahlen im September 1930 knapp ihre Mehrheit und in der darauf von der bürgerlichen Einheitsliste und der NSDAP gebildeten neuen Regierung erhielten die Nationalsozialisten mit dem Innen- und dem Volksbildungsministerium zwei Schlüsselministerien. In Oldenburg gewann die NSDAP bei Landtagswahlen im Mai 1932 sogar die Mehrheit der Sitze und konnte mit dem Gauleiter Röver als Ministerpräsidenten sogar die erste Alleinregierung der NSDAP im Reich installieren.



Abb. 3: Dietrich Klagges (NSDAP), ab 1931 Innenminister, 1933-1945 Ministerpräsident in Braunschweig, 1937

Besonders in Braunschweig kam es in der Folge auch zu ersten Aufsehen erregenden Manifestationen nationalsozialistischen Terrors, besonders nachdem im September 1931 mit Dietrich Klagges, dem späteren Ministerpräsidenten, ein rücksichtsloser Machtmensch das Innenministerium übernommen hatte. Der Aufmarsch der Harzburger Front am 10./11. Oktober 1931 dokumentierte einerseits die neuen politischen Verhältnisse im Freistaat Braunschweig und sollte zugleich für Berlin die künftige Marschrichtung vorgeben. „Sicherheitschef“ in Harzburg war der Führer des SS-Abschnitts IV, Friedrich Jeckeln, der bei dieser Gelegenheit erste Proben seiner Skrupellosigkeit im Umgang mit politischen Gegnern zeigte. Jeckeln verlegte 1932 seinen Sitz von Hannover nach Braunschweig, wo er sich mit einer Stabswache von jungen SS-Leuten umgab, die ihm in den folgenden

Jahren zu den weiteren Schauplätzen seiner Karriere bis zu den Massenmordaktionen in Babij Yar und beim Rigaer Blutsonntag folgen sollten. Klagges und Jeckeln waren die beiden Hauptverantwortlichen für den NS-Terror gegen Kommunisten und Sozialdemokraten in den Jahren 1931 bis 1933. Der begann schon eine Woche nach der Harzburger Veran-



Abb. 4: Friedrich Jeckeln als SS-Brigadeführer, vor 1936. Jeckeln war als Führer des SS-Abschnitts IV (Hannover) „Sicherheitschef“ bei dem Harzburger Treffen am 11. Oktober 1931; nach der Machtergreifung 1933 Chef des Landespolizeiamts in Braunschweig und Führer des SS-Oberabschnitts Nordwest. Zusammen mit Klagges war er für den brutalen Terror in Braunschweig vor und nach der Machtergreifung verantwortlich.

staltung bei einem Großaufmarsch der SA in Braunschweig, der mit angeblich über 100.000 Teilnehmern den Aufmarsch in Bad Harzburg bei Weitem übertraf. Aufsehen erregte aber vor Allem, dass man die SA-Horden in den Arbeitervierteln ungehindert wüten ließ, so dass über 60 Arbeiter verletzt und zwei getötet wurden.

Neben den Angriffen auf politische Gegner kam es in den Jahren der Wirtschaftskrise auch wieder verstärkt zu antisemitischen Aktionen, deren Ziele jüdische Friedhöfe und Synagogen, ab 1929 aber auch besonders jüdische Geschäfte und Warenhäuser waren. Manche dieser Aktionen wirken fast wie Vorübungen auf den Aprilboykott von 1933.

Man hat sich daran gewöhnt, die „Machtergreifung“ 1933 als eine Epochenzäsur zu begreifen, obwohl in dieser Sicht und in diesem Begriff ein gutes Stück Selbststilisierung der Nationalsozialisten steckt. Der Blick auf Niedersachsen macht dagegen deutlich, dass es über diese Zäsur hinweg Kontinuitäten gab, Vorbereitungen und Weichenstellungen, Vorformen und Übergänge, die die Zäsur bildende Bedeutung des Jahres 1933 relativieren.



Bundesarchiv, Bild 102-02134
Foto: o. Ang. | 11. Oktober 1931

Abb. 5: Die nationalsozialistischen Teilnehmer des Harzburger Treffens am 11. Oktober 1931. In der ersten Reihe von links u.a. Himmler, Röhm, Göring und Gauleiter Bernhard Rust.

Kurzvita

Hans-Dieter Schmid, Dr. phil., geb. 1941; Hochschuldozent für Neuere Geschichte und Didaktik der Geschichte am Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover (seit 2006 im Ruhestand). Veröffentlichungen zur Reformationsgeschichte, zum Nationalsozialismus, zur Geschichte der Juden und der Sinti und Roma, zur Geschichtskultur und zur Didaktik der Geschichte.

Rainer Schomann

Freilichtbühnen, Thing- und Weihestätten in Niedersachsen



Abb. 1: Der Gestaltungsgedanke für den Sachsenhain bei Verden ist trotz Entwicklung des Baumbestandes während der letzten 80 Jahre immer noch gut ablesbar.

Möglicherweise aufgrund der Größe des Landes, möglicherweise aber auch aufgrund der frühen Etablierung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in einigen Staaten¹ innerhalb der Region des heutigen Landes Niedersachsen sind dort zahlreiche Orte zu finden, an denen Stätten zur Beweihräucherung nationalsozialistischen Gedankenguts, vor allem aber der Selbstdarstellung entstanden. Wie so häufig in jener Zeit wurden dabei auch Entwicklungen aufgegriffen, die bereits früher thematisiert worden waren, aber noch nicht unbedingt ihren baulichen Ausdruck gefunden hatten. Hierzu ist unter anderem die Freilichtspielbewegung zu nennen, die sich bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts insbesondere in Südniedersachsen ausbildete. So wurde in Clausthal-Zellerfeld bereits 1919 ein „Theaterverein“ gegründet, der 1926 zum ersten Mal eine Freilichtaufführung organisierte und schließlich 1932 eine feste Freilichtbühne unter der Bezeichnung „Oberharzer

1 Im Freistaat Braunschweig erreichte die NSDAP bereits 1930 eine Regierungsbeteiligung und im Freistaat Oldenburg stellte sie 1932 mit absoluter Mehrheit die Regierung..

Heimatbühne" einweihen konnte. Bereits im Jahr darauf, 1933, erfolgte allerdings eine Erweiterung der Nutzung durch die Veranstaltung des „Oberharzer Heimattages“, auf dem eindeutig durch die Huldigung der historischen Figur des Thomas Mertens² Parallelen zu den Schicksalen von Gefolgsleuten Adolf Hitlers gezogen wurden.³ Am 7. Juli 1933 hatte Otto Laubinger, Präsident des „Reichsbundes der deutschen Freilicht- und Volksschauspiele“ die Ziele der neuen Bewegung dargestellt, indem er folgendes betonte: „Eines der wichtigsten Instrumente zur Erfüllung unserer völkisch-kulturellen Aufgaben soll und wird dem nationalsozialistischen Staat die Bühne im Freien sein, die Massenversammlung zur Hinnahme einer theatralischen Schau – in der aus der Darstellung gegenwärtigen Schicksals, sei es im Stil zeitferner Geschehnisse oder unmittelbar aus dem gegenwärtigen Leben geschaffen, die geistige und politische Volkwerdung immer von neuem sich vollzieht.“⁴ Als Ausfluss dieser Ideen entwickelten sich innerhalb kürzester Zeit Aktivitäten im gesamten Reichsgebiet, zu denen innerhalb der Region des heutigen Niedersachsens Bauprojekte wie die „Thingstätte Sylbecker Berg“ in Holzminden, die „Spielstätte Stedingsehe“ in Bookholzberg oder der „Thingplatz im Nussberg“ in Braunschweig zu rechnen sind. Nicht alle Objekte waren wie diese gleichermaßen monumental konzipiert. So war die „Weihestätte Lamspringe“ ein durchaus kleineres Gebilde und der „Landtagsplatz“ in Hösseringen als ältere Gestaltung lediglich okkupiert. Nicht jede der Planungen stand tatsächlich in direkter Verbindung zur ursprünglichen Idee, wie es bei der Thingstätte im Garten der Akademie für Reichsjugendführung in Braunschweig wohl anzunehmen ist, und nicht jede Anlage erhielt den Charakter eines Theaters im herkömmlichen Sinn mit einer Zuschauertribüne, wie es der Sachsenhain bei Verden zeigt. Viele dieser Objekte sind bis heute erhalten, wobei ihr Zustand in der Regel von einem Vergessen-Wollen der ursprünglichen Nutzung geprägt ist. Es soll deshalb der Frage nachgegangen werden, was diese Anlagen uns heute noch sagen können und vor allem, inwieweit diese Objekte im Sinne des niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes eine Bedeutung haben. Dabei ist auch die Geschichte der Bewertung derartiger Objekte von „Unkultur“ zu berücksichtigen, die uns zeigt, dass sich Maßstäbe und Auffassungen durchaus verschieben können und verschoben haben.

Als eine historisch abgeschlossene Phase fand auch die Zeit des so genannten „Dritten Reichs“ im Zuge der allgemeinen Inventarisierung nach Inkrafttreten des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes im Jahre 1979 Berücksichtigung. Zahlreiche Objekte aus den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurden dabei in die Denkmallisten aufgenommen und für erhaltenswert befunden. In der Regel waren dafür bau- und kunsthistorische Gründe ausschlaggebend, gelegentlich aber durchaus auch historische Gründe

2 Thomas Mertens war im Dreißigjährigen Krieg Stadthauptmann von Clausthal und wurde bei Gefechten mit den Truppen Tillys getötet.

3 Vgl. hierzu: Prüve, Ralf: Freilichtbühnen in Südniedersachsen 1919 – 1939: Clausthal-Zellerfeld, Walkenried und Holzminden; in: *Südniedersachsen*, 18. Jg., 2/Juni 1990, S. 69 – 75.

4 Zitiert in: Kellmann, Thomas: Holzminden im „Dritten Reich“: Zur Geschichte der ehemaligen „Thingstätte Sylbecker Berg“, S. 70; in: *Jahrbuch für den Landkreis Holzminden*, Bd. 12/13, 1994/95, S. 69 – 86.

ursächlich für die Bewertung als Baudenkmal. Ganz offensichtlich konnten jedoch Gebäude und Gebäudegruppen, auch wenn es sich um offizielle und repräsentative Bauwerke des diktatorischen Regimes handelt, eher als erhaltenswert eingestuft werden, als es bei den gestalteten Freiräumen der Fall war. Ausnahmen bestätigen dabei die Regel, so dass eine Ausweisung bereits für die „Thingstätte Sylbecker Berg“ bei Holzminden für 1983 auf der Grundlage einer Erfassung von 1977 vorzufinden ist. Die Regel war es jedoch nicht, vielmehr erhielten derartige Objekte frühestens in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts gelegentlich Aufmerksamkeit, wenn im Einzelfall die Notwendigkeit der Überprüfung gefordert wurde. Dieser Umstand ist in gewisser Weise sicherlich einer Unsicherheit in Bezug auf die Bewertung



Reste einer Treppenanlage des Thingplatzes im Nussberg in Braunschweig

historischer Freiräume in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts geschuldet, aber durchaus auch von einer Form der Selektierung geprägt, durch die zum Beispiel Thing- und Weihestätten gar nicht als Gegenstand der Betrachtung angesehen wurden. Erst mit weiterer Entwicklung eines neuen Verständnisses von Denkmalpflege wurden schließlich auch Objekte dieses Anlagentyps in die Denkmallisten aufgenommen, wie es 1991 mit der „Spielstätte Stedingehre“ erfolgte. Gerade in dieser Zeit hatte auch das Niedersächsische Ministeriums für Wissenschaft und Kultur mit einem Erlass auf den „Umgang mit Zeugnissen der NS- und SED-Zeit“ aufmerksam gemacht, indem es den Unterausschuss Denkmalpflege der Kultusministerkonferenz zitierte: „Geschichtliche und künstlerische Zeugnisse der NS- und SED-Zeit gehören einer geschichtlich abgeschlossenen Epoche an, unterliegen somit den Prüfkriterien des Denkmalschutzes und können daher Kulturdenkmale nach den Denkmalschutzgesetzen der Länder sein.“⁵

5 Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Schreiben an das Niedersächsische Landesverwaltungsamt – Institut für Denkmalpflege vom 19.04.1993, AZ 304 – 45 702/6 – 4.

Als geradezu kurios kann uns heute eine Bewertung der Denkmaleigenschaft des „Sachsenhains“ bei Verden aus dem Jahre 1980 erscheinen. Die Veranlassung der Untersuchung ist zwar nicht mehr rekonstruierbar, doch berichtete das Niedersächsische Landesverwaltungsamt – Institut für Denkmalpflege als Landesfachbehörde für Denkmalpflege dem Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst, was auf eine offizielle Anfrage der obersten Denkmalschutzbehörde des Landes Niedersachsen schließen lässt. In ganz sachlicher Form analysiert der Berichterstatter mit seinem Schreiben die historischen Zusammenhänge, geht auf den Zustand der Anlage ein, konstatiert auch seine weitgehend unveränderte Form und kommt zu folgendem Schluss: „Die Anlage des Hains mit den Findlingen ist, wie sich aus Vorstehendem ergibt, ein Mahnmal des 3. Reiches an einen geschichtlichen Vorgang, dessen Stattfinde nicht als gesichert gelten kann. Hier wäre eine eingehende wissenschaftliche Prüfung erforderlich. Nach derzeitigem Wissensstand und heutigem denkmalpflegerischem Selbstverständnis halte ich eine Denkmaleigenschaft des Sachsenhains nicht für gegeben.“⁶ Erstaunlicherweise reflektiert der Gutachter in keiner Weise die Bedeutung des Bauwerks als Gegenstand nationalsozialistischer Selbstdarstellung, sondern diskutiert lediglich den Wahrheitsgehalt des geschichtlichen Vorgangs. Dabei handelt es sich nicht um größte Naivität, sondern wohl um ein symptomatisches Ausblenden des eigentlichen historischen Zusammenhangs. Bis heute hat diese Positionierung ihre Wirkung, obwohl sich die Auffassungen grundlegend geändert haben. Letztendlich bietet aber der Sachsenhain heute wie damals alle Voraussetzungen für eine Bewertung als Kulturdenkmal auf der Basis des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes.

Sicherlich sieht die Situation in Braunschweig anders aus, wo ab 1934 mit dem Ausbau eines Thingplatzes begonnen wurde. Er entstand direkt in den mittelalterlichen Steinbrüchen als große hufeisenförmige Anlage mit steil aufsteigenden Zuschauertribünen in zwar einfacher aber doch aufwendiger Erdbauweise. Allein vom Ort her gesehen, aber auch durch bewusste Gestaltung stand die Anlage mit dem für einen Aufmarsch von 200.000 Menschen geplanten SA-Feld, ehemals Franzses Feld genannt, in Verbindung. Ursprüngliche Pläne zur Gestaltung einer monumentalen Ostwestachse, die hier in einem riesigen Denkmal für die „Opfer der Bewegung“ ihren Endpunkt haben sollte, wurden nicht ausgeführt, stattdessen aber seitlich des Aufmarschgeländes der umfangreiche Gebäudekomplex des „Luftflottenkommandos“ errichtet. Während die Militärbauten in ihrer ursprünglichen Form überkommen sind und insofern die Anforderungen an ein Baudenkmal erfüllen, werden in der Denkmaltopografie für die Stadt Braunschweig die Reste der dreiviertelkreisförmigen Sitzreihen und des Bühnenaufbaus noch als zwischen wucherndem Unterholz und hohen Bäumen erkennbar beschrieben, aber nicht weiter bewertet.⁷ Auch die „Weihestätte Lamspringe“, 1935 nach Plänen von Regierungsbaurat Fritz Schaller durch die Gemeinde

6 Niedersächsisches Landesverwaltungsamts – Institut für Denkmalpflege, Schreiben an das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst vom 16.06.1980, AZ S 11 – 534.

7 *Denkmaltopografie Bundesrepublik Deutschland, Baudenkmale in Niedersachsen*, Bd. 1.2 Stadt Braunschweig, Hameln 1996, S. 105 – 107



Abb. 2: Der ursprüngliche Baumbestand der „Weihestätte Lamspringe“ konnte zwar nicht gerettet werden, doch blieb das Objekt in seinem Kern erhalten und wurde durch Pflanzung neuer Rosskastanien in seiner Form tradiert.

Lamspringe errichtet, wird nicht in der Denkmalliste geführt. Ein sensibler Landschaftsarchitekt, der mit einer Sanierung des Klosterparks beauftragt worden war, in dem sich die „Weihestätte“ befindet, hatte allerdings 2006 dafür gesorgt, dass diese erhalten blieb und soweit wie notwendig instandgesetzt wurde. Im Gegensatz zum Sachsenhain sind der „Thingplatz im Nussberg“ und die „Weihestätte Lamspringe“ sicherlich nicht in einem herausragenden überlieferten Zustand überkommen. Sie sind allerdings auch nicht völlig verschwunden, sondern immer noch deutlich ablesbar bzw. in Teilen substanziell erhalten. Im Vergleich zum kürzlich unter Schutz gestellten Gelände des „Reichserntedankfestes“ auf dem Bückeberg bei Hameln ist auch hier noch reichlich dokumentierende Substanz vorhanden. Selbst wenn es schwer fallen sollte, Verständnis für eine eventuelle Neubewertung bei Verantwortlichen, aber auch in der Bevölkerung zu finden, sollten auch diese Objekte wie viele ähnliche aus dieser Zeit vor dem Hintergrund eines einheitlichen Maßstabes nochmals begutachtet werden. Die Bewertungs- und Ausweisungsgeschichte zeigt, dass nicht in ausreichendem Maße vergleichend geurteilt wurde und vor allem nicht unsere heutige Sicht auf die Geschichte und unsere heutige Auffassung von Geschichte den einzelnen Begutachtungen zu Grunde lag.

Kurzvita

Rainer Schomann ist seit 1991 beim Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege tätig, wo er für das Fachgebiet Gartendenkmalpflege zuständig ist. 2011 wurde ihm die stellvertretende Leitung der Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege übertragen. Ab 2014 nimmt er zusätzlich die Leitung des Referates Landesweite Spezialgebiete wahr. Rainer Schomann wurde 1958 in Oldenburg/Niedersachsen geboren. Nach dem Besuch eines naturwissenschaftlich orientierten Gymnasiums ließ er sich im Ammerland zum Gärtner ausbilden. Er absolvierte im Anschluss an der Universität Hannover das Studium der Landespflege. Ab 1987 inventarisierte Schomann historische Gärten im Auftrag des Senators für Stadtentwicklung und Umweltschutz in Berlin. Von 1997–2000 nahm er einen Lehrauftrag zum Thema Gartendenkmalpflege an der Gesamthochschule Paderborn wahr. Seit 2005 ist er Lehrbeauftragter für das Fach Gartendenkmalpflege am Institut für Landschaftsarchitektur der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover. Innerhalb der Mitgliedschaft der Arbeitsgruppe Gartendenkmalpflege der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland wurde ihm in den Jahren 2000 – 2004 die Funktion des Sprechers übertragen.

Rainer Schomann hat im Rahmen seiner Tätigkeit als Gartendenkmalpfleger diverse Aufsätze für Publikationen zu Fragen der Gartendenkmalpflege und Geschichte der Gartenkunst verfasst. So zum Beispiel: Denkmalflegerischer Umgang mit Objekten von besonderer historischer Bedeutung; in: Hubertus Fischer und Joachim Wolschke-Bulmahn (Hg.), *Gärten und Parks im Leben der jüdischen Bevölkerung nach 1933*, Meidenbauer, München 2008, S. 535 – 560, (CGL-Studies, 5), Gärten und gärtnerische Gestaltungsstrukturen bei Klöstern und ehemaligen Klosteranlagen in Niedersachsen – Der Versuch einer Annäherung; in: Hermann J. Roth, Joachim Wolschke-Bulmahn, Carl-Hans Hauptmeyer, Gesa Schönermark (Hg.), *Klostergärten und klösterliche Kulturlandschaften*, Meidenbauer, München 2009, S. 95 – 128, (CGL-Studies, 6), oder Der Rasteder Schlosspark als Kulturdenkmal; in: *Schlosspark Rastede – Kulturdenkmal landschaftlicher Gartenkunst. Dokumentation der Fachtagung am 24. März 2001*. Hannover 2001. S. 51–60. (Veröffentlichung des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, Institut für Denkmalpflege) (Gartendenkmalpflege in Niedersachsen.)

Michael Heinrich Schormann

Kasernen und militärische Großprojekte für den Krieg

Seit dem Aufkommen stehender Heere mussten Soldaten untergebracht werden. Anfangs geschah dies in Bürgerquartieren, doch zunehmend entwickelte sich daraus eine neue Bauaufgabe: die Errichtung von Wohnquartieren, den Kasernen. Im Deutschen Kaiserreich waren dann alle Soldaten des Heeres und der Marine in Kasernen untergebracht. Neben den Kasernen zählten beispielsweise Magazine, Kommandanturen und Festungsbauten zum militärischen Bauprogramm.

Mit dem Ende des 1. Weltkrieges wurden Deutschland nach dem Versailler Vertrag nur 100.000 (Berufs)Soldaten für die Landesverteidigung zugestanden. Gegenüber der Friedensstärke von rd. 808.000 Mann im letzten Friedensjahr 1913, eine erhebliche Reduzierung, die eine Schließung von Kasernen und Standorten zur Folge hatte. Von den annähernd 310 Garnisonen und 25 Truppenübungsplätzen der Vorkriegszeit wurden durch die Reichswehr nur noch 150 Garnisonen und 13 Truppenübungsplätze genutzt. Im Verhältnis zur drastisch reduzierten Truppenstärke allerdings eine noch immer beachtliche Zahl. Ungeachtet der Bestimmungen des Versailler Vertrages gab es seitens der Reichswehrführung im Geheimen auch stets Überlegungen und Pläne zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Vergrößerung der Armee im Kriegsfall.



Abb. 1: Hamburg-Horn, General-Litzmann-Kaserne, Nachrichten-Abteilung 50



Abb. 2: Wolfenbüttel, Luftwaffen –Kaserne, Flak-Regiment 7

Insofern traf das „Gesetz über den Aufbau der deutschen Wehrmacht“ vom 16. März 1935 die Heeresleitung keineswegs überraschend und unvorbereitet, zumal Hitler die Generale bereits im Februar 1933, nur vier Tage nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, über sein Regierungsprogramm informiert hatte. Bis zum Jahr 1938 sollte der Aufbau der Wehrmacht auf 36 Divisionen abgeschlossen sein, hinzukamen der Ausbau der Kriegsmarine und der Aufbau der Luftwaffe.

Entsprechend war bis 1938 beim Friedensheer mit etwa 550.000 Soldaten zuzüglich Pferde, Kraftfahrzeuge, Verpflegung und Munition, Waffen und Geräten zu rechnen. Hinzukamen Marine und Luftwaffe. Für den zu erwartenden Kriegsfall wären binnen weniger Tage etwa 3.000.000 Menschen, 400.000 Pferde und 200.000 Kraftfahrzeuge hinzugekommen – und alles musste untergebracht werden.

In der Folge begann eine beispiellose Bautätigkeit von geradezu unvorstellbaren Dimensionen. Im Gegensatz zur Armee des Kaiserreiches hatten sich nicht nur die strategischen Vorgaben verändert, sondern mit der stetigen und raschen Weiterentwicklung der Militärtechnik kamen auch weitere und neue Bauaufgaben hinzu. Überdies waren viele der bestehenden militärischen Anlagen veraltet und ihre Lage in den Städten entsprach nicht mehr den Anforderungen und Vorgaben des Militärs.

Die Bauaufgabe war demzufolge umfangreich, verursachte immense Kosten und beanspruchte viel Raum. Aber sie war für die nationalsozialistische Diktatur von herausragender Bedeutung und wurde deshalb von Anfang an mit Hochdruck betrieben.

In den Jahren bis zum Beginn des 2. Weltkrieges entstanden auf dem Territorium des Deutschen Reiches zahlreiche Kasernenanlagen und Fliegerhorste, Kommandanturen und Verwaltungsbauten, Verpflegungsämter, Zeugämter, Lazarette, Treibstofflager und Munitionsanstalten. Werftanlagen und Ubootbunker der Marine wurden errichtet und letztlich zählen auch Truppenübungsplätze sowie die Befestigungen der Westgrenze, der Ostgrenze und die Befestigungen in Ostpreussen, später auch des Atlantikwalls, zum Bauprogramm.

Verständlich, dass eine derartige Bauaufgabe nur unter Anwendung von Normen und Typenbauten erfolgreich zu bewältigen war. So entstanden im Zeitraum zwischen 1934 und 1938 allein beim Heer 532 Kasernenneubauten, 52 Lazarette und 474 Offizierheime. Für die neu aufgestellte Luftwaffe waren in diesem Zeitraum täglich bis zu 200.000 Arbeitskräfte im Einsatz, hinzukam dieselbe Zahl in der Zulieferindustrie. Allein die Gesamtfläche der errichteten Hallen belief sich auf 150.000 qm. Demgegenüber war, abgesehen von den Ubootbunkern, die Bautätigkeit der Marine eher von Sparsamkeit und Bescheidenheit gekennzeichnet. Man versuchte beharrlich den überkommenen Gebäudebestand zu erhalten und ihn den neuen Erfordernissen anzupassen.

Der Vortrag möchte einerseits an hand von Beispielen aus Niedersachsen dieses Bauprogramm vorstellen und dabei andererseits auch der Frage nachgehen, entstanden nur uniforme Typenbauten nach „Schema F“ oder gab es eine Gestaltung von Freiräumen und Baulichkeiten. Im Hintergrund steht zudem die Frage, sind diese Bauten, die auch heute, nahezu 70 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur, unser Land prägen, denkmalwürdig oder nicht.

Kurzvita

Michael Heinrich Schormann; Eingeborener Hannoveraner des Jahrgangs 1955. Schulzeit in Hannover, Militärdienstzeit als Reserveoffizier bei der Artillerie. Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Ur- und Frühgeschichte, Bau- und Kunstgeschichte in Hannover und Göttingen. Ausgrabungen u. a. in Hannover und Braunschweig. Von 1984 bis 1987 Tätigkeit beim damaligen Institut für Denkmalpflege. 1987 Wechsel zur Niedersächsischen Sparkassenstiftung, seit 1989 stellvertretender Geschäftsführer. Von 2000 an zusätzlich in derselben Funktion bei der VGH-Stiftung.

Wilfried Wiedemann

Verwaiste Erinnerungsorte. Zur Geschichte jüdischer Friedhöfe auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen

Da der jüdische Glaube an die leibliche Auferstehung eine dauerhafte Bestattung der Verstorbenen gebietet, ist der Schutz und die Pflege der Friedhöfe, deren hebräischer Begriff BET OLAM (Haus der Ewigkeit) lautet, eine der vornehmsten Aufgaben der jüdischen Kultusgemeinden. Im nationalsozialistischen Deutschland jedoch drohte den jüdischen Friedhöfen die Zerstörung, als die Mitglieder der jüdischen Gemeinden aus dem Land vertrieben oder in die Mordzentren deportiert wurden. Dass trotzdem nahezu alle jüdischen Friedhöfe die Zeit, wenn auch vielfach geschändet und beschädigt, überdauerten und als Denkmäler jüdischer Kultur erhalten blieben, war dem dafür gerade noch rechtzeitigen Untergang des NS-Staates zu verdanken.



Teilansicht des jüdischen Friedhofs in Nienburg" (Foto: Michael Lindner, Klaus Wagner 1998)

Schon in den dreißiger Jahren hätten die politischen Gemeinden gern den jeweiligen jüdischen Friedhof, diesen „Schandfleck“, wie ein Bürgermeister an den Deutschen Gemeindetag schrieb, enteignet und eingeebnet. Doch solange Juden in Deutschland lebten, stand ironischerweise der Antisemitismus der von den politischen Gemeinden gewünschten Entwidmung und Einebnung jüdischer Friedhöfe entgegen. Wo sonst sollten Juden oder sogenannte Halbjuden begraben werden als auf jüdischen Friedhöfen? Auch die 1941 durchgeführte zwangsweise Eingliederung der jüdischen Kultusgemeinden in die dem Reichssicherheitshauptamt direkt unterstellte Reichsvereinigung der Juden, durch die die Friedhöfe in den Zuständigkeitsbereich Himmlers gerieten, brachte zunächst nicht die von den Gemeinden gewünschte Beschleunigung. Erst Ende 1942 und Anfang 1943, als nur noch wenige Juden in Deutschland lebten, wies das Reichssicherheitshauptamt die Reichsvereinigung der Juden an, den politischen Gemeinden die Friedhöfe zum Kauf anzubieten. Da jedoch die Verkaufserlöse in die Kasse des Reichsfinanzministers fließen sollten, gab es die Weisung, den Zwangsverkauf zum ortsüblichen Grundstückspreis abzuwickeln. In der Folge kam es zu langwierigen Verhandlungen, in denen die politischen Gemeinden finanzielle und auch sonstige Hindernisse aus dem Weg räumen mussten, ehe eine grundbuchamtlich gesicherte Eigentumsurkunde verfügt werden konnte. Erst mit einem Erlass vom 6. Januar 1945 erleichterte das Reichsministerium der Finanzen den Erwerb durch die politischen Gemeinden. Da aber war es definitiv zu spät, um die Grabsteine abzuräumen und die Friedhofsgrundstücke anderweitig zu nutzen. So überdauerten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die jüdischen Friedhöfe in Deutschland das NS-Regime. Allerdings nicht unbeschädigt, denn Friedhofsschändungen hatten vielerorts zu irreparablen Schäden geführt und staatlicher Vandalismus hatte seinen Teil dazu beigetragen: Ende 1942 war wegen des kriegsbedingten Rohstoffmangels die Demontage verwertbaren Metalls von Grabmälern, Zäunen und Toren der jüdischen Friedhöfe verfügt worden.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft stellte sich für die jüdischen Überlebenden die Frage, wer zukünftig an den Orten, an denen einstmals jüdische Gemeinden bestanden hatten, über die Friedhöfe wachen sollte. In der britischen Besatzungszone übernahm zunächst die Jewish Trust Corporation for Germany (JTC) das Eigentum an den jüdischen Friedhöfen. Die Organisation sollte erbenloses jüdisches Vermögen erfassen und sichern, darunter auch die verwaisten jüdischen Friedhöfe. Im Verlauf der fünfziger Jahre übernahm der 1950 gegründete Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen das Eigentum an den Friedhöfen und damit die Fürsorge für die Grabstätten.

Ausgerechnet die politischen Gemeinden, die während der NS-Zeit wohl ausnahmslos die Beseitigung der jüdischen Friedhöfe betrieben hatten, waren die ersten Ansprechpartner für die wenigen Überlebenden des Massenmordes, die sich um die verwahrlosten jüdischen Friedhöfe kümmerten. Wie die Begegnungen von Gemeindemitarbeitern und Überlebenden verliefen und welche Konsequenzen sich daraus für die jüdischen Friedhöfe ergaben,



Schändung des jüdischen Friedhofs in Nienburg im Jahr 2000" (Foto: „Die Harke“, Nienburg)

zeigen Beispiele in den Akten der kommunalen Selbstverwaltung. So schrieb ein Jude, der als KZ-Zwangsarbeiter überlebt hatte und dessen Eltern auf dem jüdischen Friedhof einer niedersächsischen Kleinstadt, Nienburg, begraben waren, 1952 an die Stadtverwaltung einen Brief. Er leitete ihn mit dem Hinweis ein, dass er bereits im Frühjahr 1951 den Stadtdirektor über seinen Eindruck von der „unvorstellbaren Verwahrlosung des Friedhofs“ in Kenntnis gesetzt hätte und er ließ ihn mit einer Bitte enden: „In Ermangelung einer hiesigen jüdischen Gemeinde bitte ich daher inständigst, dass die Stadt sich baldmöglichst für die Wieder-in-Standsetzung und Pflege des jüdischen Friedhofes einschalten möge.“ Nach etwa zwei Monaten erhielt er ein Antwortschreiben, in dem der Stadtbaurat mitteilte, „dass es vornehmste Aufgabe des Stadtbauamtes und des Bauhofs sein wird, die Vernachlässigungen zu beseitigen.“ Weiter führte er aus, es solle in Kürze eine Besichtigung des Friedhofes stattfinden, um den Umfang der Arbeiten festzulegen. Allerdings verwies er auf die knappen Finanzmittel der Stadt sowie auf eine politische Priorität, die der Sanierung des Friedhofs im Wege stehen könnte: „Die Sorge um die Unterbringung der Flüchtlinge macht es notwendig, alles nur Mögliche noch vor dem Winter zu tun, um diese Ärmsten, vor den zu erwartenden Witterungs-Unbilden zu schützen.“ Bereits eine Woche später folgte ein weiterer Brief des Stadtbaurates, der im Nachgang zu seiner Ortsbesichtigung die folgenden Mängel benannte: Im Eingangsbereich und auf den vorderen Gräberflächen

müsse gemäht und das Unkraut beseitigt werden, die Gräber der russischen Gefangenen müssten instand gesetzt und die Wege in dem „ mit den schönen alten Grabsteinen bestandenen Friedhofsteil“ ... „nach Möglichkeit bekiest und mit Rasen und Wegekanten versehen“ werden. Außerdem wies der Stadtbaurat auf die Notwendigkeit von Reparaturarbeiten und Säuberungen der Bethalle und des Gebäudes für den Leichenwagen hin. Zum Schluss seines Briefes forderte er den Überlebenden zur finanziellen Übernahme der Kosten auf: „Sollte es Ihnen, verehrter Herr ... möglich sein, Geldmittel für die erste Instandsetzung und Pflege, bereitzustellen, so könnte ich versprechen, Ihren Friedhof noch in diesem Jahr in einen Zustand zu bringen der jedem Freude bereiten würde.“

Ähnlich wie die Verwaltung dieser niedersächsischen Kleinstadt verhielten sich auch andere politischen Gemeinden, die eine Sanierung und Pflege der jüdischen Friedhöfe nicht als ihre Aufgabe betrachteten, sondern auf die Länder bzw. den Bund verwiesen. Zwischen diesen beiden staatlichen Ebenen gab es zur Frage der Kostenübernahme für die Sanierung und Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe, allein in Niedersachsen gab es neben den Friedhöfen der neugegründeten jüdischen Gemeinden in Hannover, Braunschweig und Osnabrück 170 verwaiste jüdische Friedhöfe, jahrelange Auseinandersetzungen. Während die Länder der Auffassung waren, es handele sich um eine „Wiedergutmachungsleistung“, die in die Zuständigkeit des Bundes falle, sah der Bund darin eine kulturelle Aufgabe und folglich eine Zuständigkeit der Länder. Erst im Juni 1957 einigten sich die Kontrahenten in der Mitte: Bund und Länder wollten zukünftig die Kosten je zur Hälfte tragen. Bis zu dieser institutionellen Regelung hatte es jedoch von einzelnen Kommunen sowie von den Ländern und dem Bund Zuwendungen gegeben, die zur Sanierung und Pflege der Friedhöfe beigetragen hatten.

In der Nachkriegszeit bis weit in die sechziger Jahre hatten vor allem die Überlebenden des Völkermordes, seit 1950 tatkräftig vom Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen unterstützt, eine bescheidene Sanierung und Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe erreichen können. In dieser Phase ging es vor allem darum, die Würde der jüdischen Friedhöfe wieder herzustellen und den Gesetzen des Judentums wieder Geltung zu verschaffen. In einer zweiten Phase, die in den siebziger Jahren einsetzte, entwickelten sich die jüdischen Friedhöfe in zahlreichen Gemeinden schrittweise zu Orten des historischen Lernens und des Gedenkens an die während der NS-Zeit an den Juden verübten Verbrechen. An den Jahrestagen des Novemberpogroms und am Gedenktag zur Befreiung von Auschwitz fanden seither auf zahlreichen Friedhöfen Veranstaltungen statt, die von einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Organisationen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen der demokratischen Parteien oder kirchlichen Gruppen getragen wurden. Die Themen der Veranstaltungen spannten sich von den deutschen Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus bis zu Auseinandersetzungen mit rechtsextremer Ideologie und Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland. Nicht zuletzt sind die jüdischen Friedhöfe durch diese Veranstaltungen als Denkmalsorte im öffentlichen Bewusstsein verankert worden.



Schändung des jüdischen Friedhofs in Nienburg am 23./24. Juli 1988" (Foto: Museum Nienburg)

Leider waren zahlreiche jüdische Friedhöfe wiederholten Angriffen von Rechtsextremisten ausgesetzt, die diese Orte schändeten und damit ihr antisemitisches und antidemokratisches Gedankengut öffentlich wirksam nachwiesen. Zur Jahreswende von 1959 auf 1960, als Rechtsextremisten an vielen Orten in Deutschland antisemitische Schmierereien an Synagogen und den Grabsteinen und Mauern der jüdischen Friedhöfe anbrachten, war zum Beispiel auch der jüdische Friedhof in Nienburg davon betroffen. Zehn Jahre später kam es dort erneut zu Friedhofsschändungen, wobei neun Grabsteine aus ihren Verankerungen gerissen und umgestürzt wurden. Weitere Schändungen folgten. 1988 stürzten Unbekannte Grabsteine um, zerschlugen sie und schmierten Hakenkreuze an die stehengebliebenen Wände der Bethalle. Der Umfang des Schadens war so erheblich, dass die Stadt sich bereit erklärte, den Landesverband der jüdischen Gemeinden mit 25.000 DM bei der Behebung der Schäden zu unterstützen. Es kam danach in den Jahren 2000, 2004, 2005 und 2007 zu weiteren Schändungen, die letzte Schändung des jüdischen Friedhofs von Nienburg wurde am 25.4.2008 vom Landesverband der jüdischen Gemeinden bei der Polizei angezeigt. In all den Jahren konnten, von einer Ausnahme im Jahr 1979 abgesehen, keine Täter ermittelt werden. Auffällig erscheint die Zunahme von Friedhofsschändungen seit dem Jahr 2000. Ob dieser Befund auch andernorts nachweisbar ist oder eine Ausnahme darstellt, bedarf weiterer Untersuchungen.

Kurzvita

Wilfried Wiedemann, Jg. 1940, Leitender Regierungsdirektor a.D., Leiter des Projektes der Neugestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen und Gründungsgeschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten bis Ende 2007. U.a. Mitglied des Beirates der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz, Mitglied im Editorial Advisory Board von „The Holocaust in History and Memory, Universität Essex, Mitglied des Hochschulinstituts „Zentrum für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur“ (CGL) der Leibniz Universität Hannover.

Letzte Veröffentlichungen: Wilfried Wiedemann: Bergen-Belsen. Von der Zerstörung und der Wiedergewinnung des Gedächtnisses. In: Joachim Perels (Hrsg.): *Auschwitz in der deutschen Geschichte*, Hannover 2010. Henri Lustiger Thaler and Wilfried Wiedemann: Hauntings of Anne Frank: Sitings in Germany. In: Barbara Kirshenblatt-Gimblett and Jeffrey Chandler: *Anne Frank Unbound*, Bloomington & Indianapolis 2012. Wilfried Wiedemann, Joachim Wolschke Bulmahn (Hrsg.): *Landschaft und Gedächtnis. Bergen-Belsen, Esterwegen, Falstad, Majdanek*. München 2011. Wilfried Wiedemann: Individuelles und kollektives Gedächtnis. Zur Geschichte des jüdischen Friedhofs einer deutschen Kleinstadt nach 1945, in: *Die Gartenkunst*, 24. Jahrgang, Heft 1/2012.

Helmut Wiegel Der Kräutergarten am KZ Dachau



Abb. 1: Wirtschaftsgebäude, Gewächshäuser und Anzuchtbeete, 1941 (Foto: unbekannt, Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau 513)

Der „Dachauer Kräutergarten“ lässt angesichts seiner verharmlosenden Namensgebung zunächst nicht vermuten, dass es sich bei ihm um die seinerzeit größte gartenbauliche Erzeugungs- und Versuchsanlage des Deutschen Reiches und um ein privilegiertes Vorhaben des SS-Reichsführers Heinrich Himmler handelte. Voraussetzung für die Realisierung des Projekts war die unmittelbare Benachbarung zum Konzentrationslager Dachau, das für die Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte und des Überwachungspersonals zuständig war. Das Konzentrationslager Dachau, etwa 20 Kilometer nordwestlich Münchens und in unmittelbarer östlicher Nachbarschaft zur Stadt Dachau gelegen, war als erstes KZ der SS auf dem Gelände einer ehemaligen Munitionsfabrik gegründet worden. Es bestand vom 22. März 1933 bis zur Befreiung durch US-amerikanische Truppen am 29. April 1945 und war das einzige Lager, das während der gesamten zwölfjährigen NS-Diktatur existierte. Das NS-Regime präsentierte es propagandistisch als Vorzeigelager sowie zur Abschreckung politisch Andersdenkender.

Im Jahr 1938 mussten KZ-Häftlinge auf den Moorböden östlich des Konzentrationslagers eine umfangreiche Kräuterproduktionsanlage, den so genannten Kräutergarten, errichten (die Bezeichnung „Plantage“, wie die Anlage von den Häftlingen bezeichnet wurde, beschreibt die Realität bei weitem treffender). Das bis 1945 als SS-Betrieb geführte „Werk Dachau“ diente zu Forschungs- und Erzeugungszwecken der eigens hierzu gegründeten „Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH“. Der Anbau einheimischer Kräuter war von der „Arbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde“ angeregt und



Abb. 2: Kräuter- und botanischer Schaugarten von Südosten, um 1941 (Foto: Pater Lenz, Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau 3302)

durch Heinrich Himmler massiv gefördert worden. Durch zum Teil abstruse Forschungen sollten Grundlagen für eine nationalsozialistische „Deutsche Naturheilkunde“ geschaffen werden. Ein weiteres Ziel war, Deutschland angesichts des geplanten Krieges von der Einfuhr ausländischer Medikamente und Gewürze unabhängig zu machen. Auf Anweisung Himmlers wurde mit biologisch-dynamischen Methoden experimentiert, auf deren Grundlage die Nahrungsmittelproduktion in den eroberten Ostgebieten erfolgen sollte. 1941 wurde die Bearbeitungsfläche auf schließlich 211 Hektar erweitert, um vermehrt Gemüse und Beerenobst sowie Gladiolen für Versuche zur Vitamin-C-Gewinnung anzubauen.

Das „Kommando Plantage“ bedeutete für die Gefangenen täglich härteste Arbeit über mindestens zwölf Stunden. Im Zuge der Urbarmachung des Moorbodens für den großflächigen Anbau von Heil- und Gewürzkräutern mussten ab 1942 täglich zwischen 400 und 1200 Häftlinge Zwangsarbeit verrichten. In den Aufbaujahren 1938 bis 1940 fanden hierbei 429 Häftlinge den Tod, für die Zeit bis 1945 wird von einer weitaus höheren Zahl von auf der Plantage zu Tode Gekommener ausgegangen. Durch die Einrichtung eines Ladens im Kräutergarten, in dem Produkte der Plantage an die Bewohner aus Dachau und den Nachbargemeinden verkauft wurden, gelang es Häftlingen, heimlichen Kontakt zur Zivilbevölkerung



Abb. 3: Westliches großes Gewächshaus mit Kopfbauten und Frühbeetkästen, 2007 (Foto: Helmut Wiegel)

aufzunehmen. Das Wissen um die Zustände im Konzentrationslager und auf der Plantage war in der Bevölkerung hierdurch weitestgehend bekannt.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs versuchte man zunächst, den Betrieb treuhänderisch fortzusetzen, stellte ihn jedoch 1949 ein. In der Folgezeit wurde die Anlage an Firmen verpachtet, deren Aktivitäten an ähnliche Zielsetzungen wie die der 1940er Jahre anknüpften. Im Jahr 1957 ging die Anlage vom Freistaat Bayern an die Stadt Dachau über, es erfolgten daraufhin Aufgabe und Ausverkauf. Die Freiflächen wurden nun an landwirtschaftliche und gartenbauliche Betriebe verpachtet, Teilflächen wurden für die Nutzung durch die Stadtgärtnerei abgetrennt.

Das sich bis heute im Besitz der Stadt Dachau befindliche Gelände zeigt sich in einem der Bedeutung des Ortes unangemessenen Zustand. Wurde der größte Teil der umfangreichen Anbauflächen seit den 1970er Jahren in Gewerbeflächen umgewandelt, hat sich der größte Teil des Kernbereichs mit Forschungseinrichtungen, Gewächshäusern und den zugehörigen Frühbeetanlagen in nahezu unverändertem Zustand erhalten. Da keine wesentlichen Eingriffe in die vorhandene bauliche Ausstattung erfolgt sind, lassen sich bis heute Beschaffenheit und technischer Standard der ursprünglichen Anlage noch detailliert erkennen.

Seit einigen Jahren wird angesichts des rasch fortschreitenden Verfalls die Frage immer dringlicher, wie mit diesem Ort, der untrennbar mit der Geschichte des Konzentrationslagers verwoben ist, in Zukunft umgegangen werden soll. Der weitest möglichen Erhaltung des Bestandes und der Vermittlung der Geschichte des Ortes kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Bisher formulierte Ideen von gärtnerischen Begegnungsstätten oder interkulturellen Gärten greifen dabei wohl zu kurz. Schließlich handelt es sich um einen Ort, an dem Menschen in kaum vorstellbarer Weise ausgebeutet, misshandelt und ermordet wurden. Nach etwa 15 Jahren der Verwilderung des Geländes hat sich die Stadt Dachau in Abstimmung mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege und der Stiftung Baye-

rische Gedenkstätten dazu entschlossen, ein Konzept für den ehemaligen Kräutergarten in die Wege zu leiten, das die geschichtliche und gesellschaftliche Bedeutung dieses Ortes angemessen darstellen soll. Es ist zu hoffen, dass angesichts des fortschreitenden Verfalls der Anlage möglichst bald eine zukunftsweisende Lösung gefunden wird.

Kurzvita

Helmut Wiegel studierte Landespflege an der Technischen Universität München-Weihenstephan und diplomierte 1989 mit einer Arbeit über den Irrhain des Pegnesischen Blumenordens. Parallel zu ersten freiberuflichen Arbeiten für das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege absolvierte er das Aufbaustudium Denkmalpflege an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, das er 1993 abschloss. Als Landschaftsarchitekt befasst er sich heute vornehmlich mit der Erfassung, Erhaltung und Instandsetzung von historischen Parks und Gärten.

Stefan Winghart

Der Bückeberg als Kulturdenkmal – Ein Ausweisungsvorgang

Bau- und auch Bodendenkmäler aus der Zeit des Nationalsozialismus sind unbequem. Die Stätten der Opfer des Nationalsozialismus empfinden wir als anrührend, aufwühlend und mit machtloser Trauer beladen und schwierig wird es, wenn wir es mit den Orten der Täter zu tun bekommen, wenn, wie auf dem Gelände der „Reichserntedankfeste“ auf dem Bückeberg die alles durchdringende, omnipräsente und jeden Einzelnen erfassende Ideologie und Propaganda so nahe rückt, dass der zeitliche Abstand keinen Schutz mehr bietet und die Frage, wie man sich selbst angesichts des totalitären Anspruchs verhalten hätte, unausweichlich wird. Gerade Zeitzeugnisse dieser Art sind unendlich wichtig, denn die Gesellschaft ist ihnen lange aus dem Weg gegangen und tut dies aus subjektiv durchaus verständlichen Gründen vielfach auch heute noch. Notwendigerweise stehen sie deswegen noch mehr als die weitgehend unumstrittenen Opferorte im Fokus der Denkmalpflege. Sie stellen überaus wichtige Quellen zum Verständnis der Geschichte und Soziologie des Nationalsozialismus dar, weswegen ein sorgfältiger wissenschaftlicher Umgang mit ihnen unerlässlich ist.

Die Denkmalpflege sieht sich angesichts einer schwierigen Materie, wie sie das gebaute Erbe des Nationalsozialismus darstellt, mit ablehnenden oder zustimmenden, zumeist aber verständlicherweise unsicheren und emotionalen Reaktionen konfrontiert. Prinzipiell kann der Denkmalcharakter von öffentlichen Bauten des Nationalsozialismus zwar kaum einem Zweifel unterliegen: Das öffentliche Interesse an der Erhaltung von Bauten und baulichen Anlagen, die vorrangig der Verbreitung der nationalsozialistischen Weltanschauung dienten oder innerhalb des Systems eine gewichtige historische Rolle spielten, ist durch ihre wissenschaftliche und historische Relevanz begründet.

Gerade diese Denkmale sind es, denen die Gesellschaft lange aus dem Weg gegangen ist und die aus diesem Grunde eine noch vielfältig vernachlässigte Quelle zur Geschichte des Nationalsozialismus darstellen. Sie zu identifizieren, zu werten und zu erforschen ist Aufgabe der Denkmalpflege, die als wissenschaftliche Institution für die gebauten bzw. allgemein nichtschriftlichen Quellen der Geschichte verantwortlich ist.

Dafür ist in jedem Falle eine Anamnese notwendig, denn nicht jeder Ort eines geschichtlichen Ereignisses muss oder kann als Denkmal deklariert werden. Das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz stellt in dieser Hinsicht weitgehend klare Regeln auf. Es unterscheidet zwischen Bodendenkmälen, Baudenkmalen und beweglichen Denkmalen und definiert für die Baudenkmale jene baulichen Anlagen, an deren Erhaltung wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, wissenschaftlichen oder städtebaulichen Bedeutung ein öffentliches Interesse besteht. Bauliche Anlage ist, wie die Niedersächsische Bauordnung in § 2 definiert, ein durchaus weit gefasster Begriff, zu dem auch Aufschüttungen, Abgra-

bungen, Planierungen, befestigte Wege etc. zählen. Bodendenkmale sind mit dem Boden verbundene oder im Boden verborgene Sachen, Sachgesamtheiten und Spuren von Sachen, die von Menschen geschaffen oder bearbeitet wurden oder Aufschluss über menschliches Leben in der Vergangenheit geben.

Das Denkmalschutzgesetz verlangt als Grundbedingung zur Ausweisung eines Kulturdenkmals das Vorhandensein von Denkmalsubstanz. Der Ort eines historischen Ereignisses ist dann kein Kulturdenkmal, wenn kein materieller Niederschlag davon erhalten ist. Er mag als Gedenkort, als Erinnerungsstätte zu deklarieren sein, ein Kulturdenkmal ist er nicht.

Bauliche Anlagen wie das Gelände der Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg bei Hameln, die inhaltlich oder programmatisch gestalterisch mit der Selbstdarstellung des Regimes, mit seiner Ideologie oder deren Propagierung verbunden sind, sind als Quellen der Zeitgeschichte von erheblichem geschichtlichen und wissenschaftlichen Interesse und damit ebenso als Denkmale zu definieren wie die Orte der Opfer, an denen diese Ideologie in die Tat umgesetzt wurde. Während das geschichtliche und wissenschaftliche Interesse in nahezu allen entsprechenden Fällen vorausgesetzt werden kann, kann das künstlerische Interesse wie das städtebauliche Interesse additiv dazu treten. Zu ergänzen wäre, auch dies ein Vorschlag für die Novellierung des Begriffs „kulturlandschaftlich“, der im Falle des Bückeberges besonders zutreffend wäre, aber auch eine Vielzahl anderer Denkmale treffender charakterisieren würde als die bisherigen vier Begriffe.

Es kann aus der fachlichen Sicht der Denkmalpflege eigentlich keinem Zweifel unterliegen, dass Orte dieser Art generell als Kulturdenkmale anzusprechen sind. Es war deshalb auch nur konsequent, das Gelände des Reichserntedankfestes auf dem Bückeberg als Kulturdenkmal zu definieren, auf das die Definitionskriterien des Baudenkmals wie des Bodendenkmals in vollem Umfang zutreffen sind.

Gerade hier ist das NLD als die Fachinstitution des Landes für die Erforschung und Beurteilung der nichtschriftlichen Quellen der Geschichte gefragt. Was wird als Denkmal festgesetzt? Mit welchen Argumenten? In welcher Art und Weise versucht Denkmalpflege in der Praxis den Anforderungen gerecht zu werden, die die Feststellung der Denkmaleigenschaft von Bauten des Dritten Reiches nun einmal an sie stellt? Wie weit kann oder soll sie sich gegenüber anderen Belangen Geltung verschaffen? Die Ansprüche an die Tragfähigkeit der fachlichen Begründung des Denkmalpflegers sind hier hoch. Es ist seine, mitunter nicht leichte Aufgabe, die Entscheidungsträger in Land und Kommunen nach dem jeweils aktuellsten Stand von Forschung und Diskussion zu informieren und zu beraten.

Denkmalpflege ist die eine Sache, die Befindlichkeit der Nachbarn, der Anwohner, der unmittelbar Betroffenen eine andere. „Die architektonischen Zeugnisse des Dritten Reiches sind,“ wie der jüngst verstorbene Kunsthistoriker Norbert Huse formuliert hat, „unbequeme

Denkmale, die an Tatsachen erinnern, die es besser nicht gäbe, Teile eines Erbes, das niemand haben will und das doch nicht ausgeschlagen und nicht beschönigt werden darf". Die unbestrittene Verantwortung der Denkmalpflege in den Fragen nach historischer Einordnung und Bedeutung, Definition der Substanz und des Umfangs und der Notwendigkeit der Erhaltung ist nur ein Aspekt des Umganges mit einem unbequemen Denkmal wie dem Bückeberg. Für den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus ist die ganze Gesellschaft verantwortlich. Langfristig tragfähige Lösungen müssen im Einvernehmen mit allen Betroffenen gefunden werden, wobei hierzu nicht nur die Anwohner und ihre kommunalen Vertretungen gehören sondern vor allem diejenigen, deren Leben direkt oder über Generationen hinweg durch die Verbrechen des Nationalsozialismus bestimmt ist. Gerade sie haben das Recht, gegen das Vergessen zu wirken und einen verantwortungsvollen Umgang mit den unbequemen Zeugnissen des „Dritten Reiches“ einzufordern. Es ist allerdings die Aufgabe der Denkmalpflege als Zweig der historischen Wissenschaft, in der öffentlich geführten Auseinandersetzung zu den architektonischen Hinterlassenschaften der NS-Zeit, am Erhalt, mindestens aber an der Dokumentation eines unbestritten ungeliebten, für das Selbstverständnis der Gesellschaft aber überaus wichtigen historischen Erbes festzuhalten.

Kurzvita

<i>23.02.1952</i>	Geboren in München
<i>1971-1978</i>	Studium der Geschichte, Vor- und Frühgeschichte, Kunstgeschichte, Klassischen Archäologie und Byzantinistik an den Universitäten Regensburg, München und Dublin (UCD).
<i>1.7.1978</i>	Assistent am Germanischen Nationalmuseum Nürnberg
<i>1.2.1979</i>	Wissenschaftlicher Angestellter am Römisch-Germanischen Zentralmuseum Mainz
<i>Februar 1980</i>	Promotion an der Universität Regensburg im Fach Vor- und Frühgeschichte, Nebenfächer Alte und Mittelalterliche Geschichte.
<i>1.1.1981</i>	Gebietsreferent für die archäologische Denkmalpflege am Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, zuletzt Referatsleiter Oberbayern und stellvertretenden Leiter der Abteilung Bodendenkmalpflege
<i>Seit 1993</i>	Lehraufträge am Institut für Vor- und Frühgeschichte der Universität München, am Institut für Ur- und Frühgeschichte der Friedrich Schiller Universität Jena, am Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte/Thüringische Landesgeschichte der Universität Erfurt, der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim und an der Universität Osnabrück
<i>1.1.2003</i>	Bestellung zum Landeskonservator und Leiter des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege
<i>Okt. 2008</i>	Beauftragter der UNESCO für die Evaluation des Welterbestatus der früh mittelalterlichen Stätten von Mikulčice (Tschechische Republik) und Kopčany (Slowakische Republik)

- 27.4.2009 Bestellung zum Landeskonservator und Präsidenten des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege, Hannover
- 2010/11 Beauftragter des Landes Niedersachsen bei der Eintragung des UNESCO-Weltkulturerbes „Oberharzer Wasserwirtschaft“ in Brasilia
- 2010 Beauftragter des Landes Niedersachsen bei der Eintragung des UNESCO-Welterbes „Fagus-Werk“ in Paris
- Dez. 2012 Wahl in den Vorstand des Deutschen Nationalkomitees von ICOMOS

Joachim Wolschke-Bulmahn

Die so genannten Ahnenstätten als Erscheinung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Das Zentrum für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur (CGL) der Leibniz Universität Hannover hat sich in den vergangenen Jahren intensiv mit der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in ihren Zusammenhängen zu Landschaftsarchitektur und Naturschutz, zur Gartenkultur sowie zu Freiräumen wie Gärten, Parks und Friedhöfen befasst. Diesbezüglich wichtige Veranstaltungen waren z.B. die 2004 in Kooperation mit der Universität der Künste sowie der Stiftung Naturschutzgeschichte durchgeführte Tagung „Naturschutz und Demokratie!?“¹ und das von der VolkswagenStiftung geförderte Symposium „Gärten und Parks im Leben der jüdischen Bevölkerung nach 1933“, das 2006 stattfand.² Das gemeinsam 2008 mit dem Franz-Rosenzweig Zentrum für deutsch-jüdische Literatur und Kulturgeschichte durchgeführte Symposium „Natur und Landschaft in deutschsprachiger jüdischer und christlicher Literatur der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ befasste sich mit entsprechenden Zusammenhängen, wie sie sich in der Literatur widerspiegeln.³

Diese wissenschaftlichen Auseinandersetzungen waren immer wieder auch spezifischen Freiraumtypen gewidmet, die in enger ideologischer und funktionaler Beziehung zur nationalsozialistischen Diktatur standen. Manche solcher Orte wurden exklusiv in und aufgrund des Nationalsozialismus geschaffen, um dem NS-System als Ausdruck von Macht und zur Ausübung von Macht, z. B. in Form von Massenveranstaltungen, zu dienen. Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg ist dafür ein ‚eindrucksvolles‘ Beispiel. Das gemeinsam mit dem Landesverband Bayern Nord e.V. der DGGL anlässlich dessen 75-jährigen Jubiläums veranstaltete Symposium „Zwischen Jägerzaun und Größenwahn. Freiraumgestaltungen in Deutschland 1933 – 1945“ diskutierte insbesondere auch die Problematik dieses Ortes.⁴

Zu einem spezifischen Freiraumtyp in der Kategorie Gedenkstätten, der nach der Befreiung vom Nationalsozialismus recht schnell verschwunden ist, gehören Denkmale zu Ehren von Nazi-Größen und Heroen der NS-Diktatur wie z. B. Horst Wessel. Horst-Wessel-Denkmale

- 1 Gert Gröning und Joachim Wolschke-Bulmahn (Hg.), *Naturschutz und Demokratie!?*, CGL-Studies, Band 4, Martin Meidenbauer, München 2006.
- 2 Hubertus Fischer und Joachim Wolschke-Bulmahn, *Gärten und Parks im Leben der jüdischen Bevölkerung nach 1933*, CGL-Studies, Band 5, Martin Meidenbauer, München 2008
- 3 Hubertus Fischer, Julia Matveev und Joachim Wolschke-Bulmahn (Hg.), *Natur- und Landschaftswahrnehmung in deutschsprachiger jüdischer und christlicher Literatur der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, CGL-Studies, Band 7, Martin Meidenbauer, München 2010.
- 4 Vgl. Alexander Schmidt, Fläche, Achse, toter Raum – das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, in: Jochen Martz und Joachim Wolschke-Bulmahn (Hg.), *Zwischen Jägerzaun und Größenwahn. Freiraumgestaltungen in Deutschland 1933 – 1945. Abstracts und Kurzviten*, Symposium, 19. bis 21. April, Nürnberg, Broschüre, Hannover 2012, S. 65–68.

mit den entsprechenden Freiraum- und Platzgestaltungen muss es in zahlreichen Städten und an landschaftlich exponierten Orten des Deutschen Reiches gegeben haben. Ein entsprechendes Denkmal existierte z. B. auch in Nienburg an der Weser.⁵

Solchen Orten wurde erst in den vergangenen etwa zwei Jahrzehnten Beachtung durch die Denkmalpflege geschenkt. Die Tagung „Zukunftsprojekt Westwall. Wege zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den Überresten der NS-Anlage“ mag beispielhaft genannt sein.⁶

Ein besonders erschütterndes Dokument der NS-Vergangenheit sind die Orte der Unterdrückung, Verfolgung und Vernichtung, die Konzentrationslager, die ab 1933 zunächst in Deutschland entstanden. Diesen Stätten und ihrer Umwandlung in Orte des Gedenkens wurde seit der Vereinigung beider deutscher Staaten in den alten Bundesländern zunehmende Aufmerksamkeit gewidmet, nachdem ihnen in der Deutschen Demokratischen Republik seit langem politisch-ideologische Beachtung gegolten hatte, u. a. um damit einen Alleinvertretungsanspruch auf „Antifaschismus“ untermauern zu können. Die Neukonzeptionierung der Gedenkstätte Bergen-Belsen vor wenigen Jahren und die Schaffung einer Gedenkstätte Esterwegen mit Dokumentationszentrum und ausdifferenzierter landschaftsarchitektonischer Gestaltung des Gedenkstättengeländes seien beispielhaft für die verspätete Beachtung in den alten Bundesländern genannt. In dem Buch „Landschaft und Gedächtnis. Bergen-Belsen, Esterwegen, Falstad, Majdanek“ wurden 2011 die Ergebnisse der langjährigen gemeinsamen Forschungen und Workshops zur Gestaltung und Weiterentwicklung der Landschaften von Gedenkstätten wie Bergen-Belsen und Esterwegen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.⁷

Eine Freiraumkategorie, der in der NS-Zeit vor allem auch aus ideologischen Gründen über einen bestimmten Zeitraum Bedeutung zukam, waren so genannte Thingplätze⁸ und auch Natur- oder Freilufttheater. Sie konnten durchaus schon vor der Zeit der NS-Diktatur

5 Zum Horst-Wessel-Denkmal in Nienburg siehe Wilfried Wiedemann und Joachim Wolschke-Bulmahn, *Landschaft und Gedächtnis – Eine [persönliche] Einführung*, in: Wilfried Wiedemann und Joachim Wolschke-Bulmahn (Hg.), *Landschaft und Gedächtnis. Bergen-Belsen, Esterwegen, Falstad, Majdanek*, Martin Meidenbauer, München, 2011, S. 22f.

6 Siehe zum Westwall z. B. Karola Frings und Frank Möller (Hg.), *Zukunftsprojekt Westwall. Wege zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den Überresten der NS-Anlage. Tagung in Bonn vom 3. – 4. Mai 2007* (= Materialien zur Bodendenkmalpflege im Rheinland, hrsg. von Jürgen Kunow, Landschaftsverband Rheinland / Rheinische Bodendenkmalpflege, Band 20), Verlag Landpresse, Weilerswist 2008.

7 Wilfried Wiedemann und Joachim Wolschke-Bulmahn, *Landschaft und Gedächtnis. Bergen-Belsen, Esterwegen, Falstad, Majdanek*, Martin Meidenbauer, München 2011.

8 Siehe dazu u.a. Rainer Stommer, *Die inszenierte Volksgemeinschaft. Die „Thing-Bewegung“ im Dritten Reich*, Jonas Verlag, Marburg 1985.

existieren; es wurden aber in der NS-Zeit zahlreiche neue Anlagen geschaffen und sie erfuhren allgemein im Nationalsozialismus eine ideologische Aufhöhung und gewannen damit besondere Bedeutung. Sie dienten u. a. dazu, nationalsozialistische Ideologie bzw. spezifische Momente einer solchen Ideologie wie die Idee der sogenannten Volksgemeinschaft und die Vorstellung von „Blut-und-Boden“ zum Ausdruck zu bringen und ihnen breite gesellschaftliche Wirkung zu verleihen. Der in der Anfangsphase des Nationalsozialismus in führender Funktion bei der sogenannten Gleichschaltung tätige Gartenarchitekt Oswald Langerhans lässt diese Bedeutung in einem Artikel, den er 1933 zum von ihm geplanten Naturtheater in Barsinghausen am Deister veröffentlichte, deutlich erkennen: „Es ist kein Zweifel, daß das Naturtheater im nationalsozialistischen Staate eine größere Bedeutung erlangen wird als bisher. Die Freilichtbühne hat sich von jeher die Pflege heroischer Geisteshaltung angelegen sein lassen. Sie wird auch in Zukunft diesem Grundsatz treu bleiben, weil das Spiel in der freien Natur gar keine andere Wahl läßt“.⁹

Zu dieser Gruppe von Freiräumen mit besonderer Bedeutung für das NS-System gehören auch der Bückeberg bei Hameln, der Ort der Reichserntedankfeste, wie auch weniger bekannte Orte in Norddeutschland, so der Sachsenhain bei Verden an der Aller und der Landtagsplatz Hösseringen in der Gemeinde Suderburg. Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege fokussierte das wissenschaftliche Interesse 2010 im Rahmen des Workshops „Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg bei Hameln“ auf den Bückeberg und auf die damit zusammenhängenden Fragen zur denkmalpflegerischen Behandlung.¹⁰

Im Rahmen des Workshops wurde der Bückeberg u.a. auch in eine vergleichende Betrachtung gesetzt zu Stätten wie dem Sachsenhain bei Verden an der Aller und der Ahnenstätte Seelenfeld nahe Loccum.¹¹ Diese so genannten Ahnenstätten stellen eine ganz besondere Kategorie von Freiräumen dar, die als solche nicht als „nationalsozialistisch“ zu bezeichnen sind, die aber in vielfältigen Beziehungen z.B. auch zur NS-Ideologie zu sehen sind. Zwei dieser Ahnenstätten, so Seelenfeld in Nordrhein-Westfalen nahe Loccum (Abb. 1), und Hilligenloh in Niedersachsen nahe Hude (Abb. 2), wurden um 1930 angelegt. In Seelenfeld wurde wohl 1929 ein Ahnenstättenverein von Anhängern der Ludendorff-Bewegung ins Leben gerufen; spätestens 1932 existierte die Ahnenstätte bereits. Die Ahnenstätte Hilligenloh wurde voraussichtlich 1932 gegründet.¹²

9 Oswald Langerhans, Naturtheater in Barsinghausen am Deister, in: *Die Gartenkunst*, (1933), S. 154.

10 Stefan Winghart (Hg.), *Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg bei Hameln. Diskussion über eine zentrale Stätte nationalsozialistischer Selbstinszenierung*, Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Niedersachsen, Band 36, 2010.

11 Joachim Wolschke-Bulmahn, Zur manipulativen Gestaltung von Landschaft – der Bückeberg im Kontext einschlägiger Anlagen der NS-Diktatur, in: Winghart (Hg.), *Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg ...*, 2010, S. 42–56.

12 Ahnenstätte Hilligenloh e.V., Zur Ahnenstätte in Hude in Oldenburg (<http://www.golocal.de/hude/friedhof/ahnenstaette-hilligenloh-e-v-YUukP/> [abgerufen 15. März 2013])



Abb. 1: Artikel über die Ahnenstätte Seelenfeld in *Die Deutsche Revolution*. Kampfblatt des Tannenbergbundes, Jg. 1, November 1932

Diese Ahnenstätten waren und sind Privatfriedhöfe, auf denen Anhänger der Ludendorff-Bewegung ihre Verstorbenen bestatteten. Zwar sind diese Stätten nicht in der NS-Zeit entstanden, doch legen sie Zeugnis ab u.a. von völkischen Vorstellungen über den Zusammenhang von (deutschen) Menschen, Geschichte und Natur, die in der nationalsozialistischen Ideologie besondere Bedeutung erlangten.

Landschaftsarchitekten wie Heinrich Wiepking versuchten in der NS-Zeit zu beweisen, dass die germanischen Stämme eine genetische Veranlagung für die Wahrnehmung von Landschaftsschönheit besessen hätten, das heißt für etwas, das im Verlauf der Romantik zunehmend als ästhetisches Ideal der gehobenen Mittelschichten entwickelt wurde. Alte germanische Grabanlagen und Thingplätze wurden mit besonderem Engagement auf ihre landschaftlichen Bezüge untersucht. Bei der „Vermittlung ideologischer Botschaften mittels einer instrumentalisierten Ur- und Frühgeschichte bzw. Geschichte“¹³ kam der Landschaft in der Zeit des Nationalsozialismus eine besondere Bedeutung zu. „Natürliche“ Gestaltung wurde als echt germanisch und/oder nordisch hervorgehoben, während formale

13 Henning Haßmann, Kultort der Prähistorie in der Zeit des Nationalsozialismus, Kurzfassung eines Vortrags in Bremen am 6. Oktober 2006, unveröffentl. Mskr., S. 2.



Abb. 2: Blick auf das Eingangstor der Ahnenstätte Hilligenloh bei Hude, im Hintergrund die in Form eines germanischen Hügelgrabs gestaltete Leichenhalle

Gestaltung, so z. B. durch den Gartenarchitekten Willy Lange, als auf niedrigerer kultureller Stufe stehend und als charakteristisch für sogenannte „südalpine Rassen“ abqualifiziert wurde. Lange, ab 1900 mit seinen Publikationen der Begründer der Naturgarten-Idee in Deutschland, beförderte maßgeblich entsprechende Vorstellungen im frühen 20. Jahrhundert in Deutschland innerhalb des Berufsstands der Gartenarchitektur.¹⁴

Die Ahnenstätte Seelenfeld wurde 1932 in einem Heft der Zeitschrift „Die Deutsche Revolution. Kampfblatt des Tannenbergbundes“ (Abb. 3) ausführlich beschrieben: „Hügelgräber liegen verstreut überall in deutschen Landen; wer ihnen beim Wandern begegnet, den ergreift ihre herbe Schönheit und schlichte Größe [...]. Ein solches Hünengrab liegt

14 Siehe dazu ausführlich Joachim Wolschke-Bulmahn und Gert Gröning, The ideology of the nature garden. Nationalistic trends in garden design in Germany during the early twentieth century, in: *Journal of Garden History*, 12 (1992), 1, S.73–80; Joachim Wolschke-Bulmahn, Gärten, Natur und völkische Ideologie, in: Rainer Hering (Hg.), *Die Ordnung der Natur. Vorträge zu historischen Gärten und Parks in Schleswig-Holstein, Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein*, Band 96, Hamburg 2009, S. 143–187.



Abb. 3: Grabstätten, Ahnenstätte Conneforde

nahe dem Dorfe Seelenfeld im westlichen Ausläufer einer weiten Heidefläche, die sich zwischen Loccum und Seelenfeld erstreckt. Weit schweift der Blick von hier ins Weserland und bleibt hängen an der stillen, braunen Heide, die in ihrer Unberührtheit und Einsamkeit einen eigenen Zauber ausübt. Dieses herrliche Fleckchen deutscher Erde hat die Deutschvolkgemeinde Seelenfeld als Begräbnisstätte für ihre Toten bestimmt [...]. Das Hünengrab, das durch Ausgrabungen zerstört war, wurde wieder aufgeworfen und daran durch Aufschüttung wallartiger Einfassung zwei Vorhöfe errichtet und dann mit Heide neu belegt. Als natürliche Einfriedigung ist um den ganzen Platz ein Graben ausgehoben und ein Wall aufgeworfen, der mit heimischen Sträuchern, Weißdorn, Buchen, Birken, Eichen und wilden Rosen bepflanzt ist [...]. Der Charakter der Landschaft blieb bewahrt, die ganze Fläche ist mit Heide bedeckt, Birken und niedrige Kiefern stehen verstreut, Wacholdersträucher sind teils angepflanzt.“¹⁵

15 S. Platen: Ahnenstätte der Deutschvolkgemeinde Seelenfeld, in: *Die Deutsche Revolution. Kampfblatt des Tannenbergbundes. Landesverband Nord*, 1 (1932), Folge 3, o. S.

Der Plan für die Ahnenstätte Seelenfeld wurde durch den Gartenarchitekten Rudolf Bergfeld (1873–1941) aus Bremen erarbeitet. Bergfeld war ein Anhänger von Willy Langes Ideen über Naturgärten, die von einem spezifischen „rassisch“ begründeten Zusammenhang der Deutschen mit der Natur ausgingen. Bergfeld selbst veröffentlichte 1912 ein Buch mit dem Titel „Der Naturformgarten. Ein Versuch zur Begründung des Naturalismus im Garten“.¹⁶

Eine weitere Ahnenstätte, Conneforde, im niedersächsischen Wiefelstede gelegen, entstand 1958.¹⁷ Dies mag andeuten, dass entsprechendes Gedankengut auch nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wirksam war und voraussichtlich noch ist.

Im Vortag werden diese drei Ahnenstätten vorgestellt und ihre Gestaltung und die sich darin widerspiegelnden ideologischen Vorstellungen sowie Fragen nach ihrer Denkmalwürdigkeit diskutiert.

Kurzvita

Joachim Wolschke-Bulmahn, Dr.-Ing., geb. 1952, studierte Landespflege an der Universität Hannover. Von 1991 bis 1996 war er Direktor der Abteilung Studies in Landscape Architecture in Dumbarton Oaks (Harvard). Seit Oktober 1996 ist er Professor an der Fakultät für Architektur und Landschaft der Leibniz Universität Hannover. Von 2000 bis 2008 war er Mitglied der ExpertInnen-Kommission zur Neukonzeptionierung der Gedenkstätte Bergen-Belsen; er ist Mitbegründer und seit 2003 Vorstandsvorsitzender des Zentrums für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur (CGL). Ein Schwerpunkt seiner Forschungstätigkeit liegt auf dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert und insbesondere der Zeit des Nationalsozialismus und den Beziehungen zur Landschaftsarchitektur. Dazu und zu anderen Themen liegen zahlreiche Buchpublikationen und Artikel vor.

16 Rudolf Bergfeld: *Der Naturformgarten. Ein Versuch zur Begründung des Naturalismus im Garten*, Frankfurt/Oder 1912.

17 Die Ahnenstätten. Ahnenstätten = Heidefriedhöfe – Friedhöfe für Heiden der Gegenwart (<http://ahnenstatt-heidenfriedhof-lima-city.de/Heidenfriedhof.html> [abgerufen 15. März 2013])

Moshe Zimmermann

"Am Bahnsteig der Erinnerung". Jüdische Räume – Erinnerungsreiche Leere

"Am Bahnsteig der Erinnerung" – dieser Titel lehnt sich an zwei Zeilen aus Erich Kästners Gedicht „Das Eisenbahngleichnis“ aus dem Jahr 1932 an. Wenige Monate später erhielten die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland. In dem Gedicht heisst es: "Die Toten stehen stumm,/ am Bahnsteig der Vergangenheit."

Die Toten stehen in meinem Zusammenhang nicht nur stumm am Bahnsteig, sondern für den Reisenden auch unsichtbar, weil selbst ihre Lebenswelten ausradiert wurden. Der Zug hält nicht am Bahnsteig der Vergangenheit, sondern "nur" am Bahnsteig der Erinnerung, um dann rasch weiterzufahren. Diese Reise kann die Vergangenheit nicht rekonstruieren. Sie kann und will Verluste allein in Erinnerung bringen. Nur wie ruft man, was ermordet, vernichtet oder zerstört worden ist, außer durch Worte zurück ins erinnernde Bewusstsein? Wie gestaltet man einen Raum der Erinnerung, einen Grabstein- und Friedhofersatz? Hier geht es um die Kunst des Denkmals.

Als ikonographische Symbole sind die Bahngleise und der Bahnsteig, die Rampe von Auschwitz-Birkenau, zu Erinnerungsorten geworden. Das von Kästner gebrauchte Bild der stummen Toten am Bahnsteig der Vergangenheit findet seinen stärksten Ausdruck eben an diesem Ort der Erinnerung. Nicht der gesamte Ort, nicht die Gaskammern oder die Krematorien, sondern gerade der Bahnsteig, das Gleis, die Rampe und das Tor zum Lager Birkenau wurden signifikante Zeichen der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Diese Ikone zeigt weder Opfer noch Täter, sondern einen menschenleeren Ort, der an den Tod von Millionen von Menschen erinnert.

Wesen und Ziel der "Endlösung" war die Ermordung der Juden, die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und ihrer Lebenswelten – Institutionen, Schulen, Gebäude, Bücher, Sitten und Traditionen. Es ging dabei nicht nur um die materielle Vernichtung – Menschen wurden ermordet, Häuser zerstört, Bücher verbrannt –, sondern vor allem um die Zerstörung von geistigen Räumen. Die Erinnerungsarbeit an die "Endlösung" ist, da es um die Erinnerung an die Zerstörung von geistigen Werten geht, komplizierter als im rein materiellen Fall, in dem neue Materialien eine Erinnerung wachrufen können. Geht es im letzten Fall um die Gestaltung von Denkmälern, die zum einen die Form des Vernichteten rekonstruieren, aber inhaltlich auch auf etwas Konkretes und den Verlust von Werten hinweisen, so stellt sich im ersten Fall die Frage, wie man die Erinnerung an einen abstrakten Raum gestaltet, der vernichtet worden ist. In beiden Fällen aber geht es um die Negierung der von den Nationalsozialisten beabsichtigten Negierung.

Ich werde Beispiele aus Deutschland und aus Israel anführen, die gelungene oder misslungene Lösungen des Problems der Raumgestaltung von Erinnerung an die "Endlösung der Juden-

frage" anbieten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wäre die Berliner S-Bahnlinie 1 von Oranienburg über Wannsee nach Potsdam nicht geeigneter als das Monument an der Hannah-Arendt-Strasse im ehemaligen Regierungsviertel, um an ein "Europa ohne Juden" zu erinnern?

Kurzvita

Prof. Dr. Moshe Zimmermann, geb. 1943 in Jerusalem, ist Professor für deutsche Geschichte und seit 1986 Direktor des Richard-Koebner-Zentrums für Deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem

Gastprofessuren

Heidelberg, Mainz, Princeton (USA), Köln, Halle, München, Saarbrücken, Krakau (Polen), Kassel, Göttingen und Hamburg

Forschungspreise

Träger des Humboldt-Forschungspreises 1993, des Jacob- und Wilhelm-Grimm-Preises des DAAD 1997; des Dr. Lukas Preis der Uni Tübingen 2002 und des Lessing-Preises für Kritik der Lessing Akademie Wolfenbüttel 2006;

Autor zahlreicher Publikationen in Deutsch, Englisch und Hebräisch zu Nationalismus, Antisemitismus, Sportgeschichte, Film und Geschichte und zur deutsch-jüdischen Geschichte sowie zur Erinnerungsarbeit in Deutschland und Israel und zu den deutsch-israelischen Beziehungen.

An der öffentlichen Diskussion über historische und aktuelle politische Themen in Deutschland und Israel intensiv beteiligt.

Bücherauswahl

Wilhelm Marr - The Patriarch of Antisemitism, New York 1986

Wende in Israel. Zwischen Nation und Religion, Berlin 1996

Die deutschen Juden 1914-1945, München 1997

Deutsch - Jüdisch, München 2000

Deutsche Vergangenheit - israelische Erinnerung, Tel Aviv 2002 [hebr.]

Goliaths Falle, Berlin 2004

Deutsch-jüdische Vergangenheit: Judenfeindschaft als Herausforderung, Paderborn 2005

Deutsche gegen Deutsche. Das Schicksal der Juden im 2. Weltkrieg. Berlin 2008 [Hebr. 2013]

Die Angst vor dem Frieden. Israels Dilemma. Berlin 2010

(Co-Autor) *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*. München 2010

Reiner Zittlau

Die Gedenkstätte Bergen-Belsen als Dokumentationsort – Erfassung, Kartierung, Begründung

Aus welchen Gründen ist das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen, das durch das Tagebuch der Anne Frank weltweit einen Namen bekam, mit der Gedenkstätte für die Opfer des Nazionalsozialismus heute ein Kulturdenkmal? Handelt es sich um eine fachbehördliche Begriffsverwirrung? Oder gibt es tatsächlich eine plausible und nachvollziehbare Erklärung dafür, diesen Ort des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, des Grauens und des Massenmords zu einem Zeugnis der Kulturgeschichte zu erklären? Wie angemessen ist diese Wertzuweisung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, deren höchstes Gut die Achtung des Lebens und der Menschenrechte ist? Und schließlich: Worin liegen die Gründe für die Ausweisung des Kulturdenkmals und wo die Schutzgutgrenzen – in topographischer Hinsicht wie in den Sinn stiftenden geschichtlichen Zusammenhängen?



Löschwasserbecken im ehem. Lagerareal der Gedenkstätte Bergen-Belsen (Reiner Zittlau/NLD)

Dieser komplexen Fragestellung geht der Vortrag in verschiedenen Facetten nach. Er versucht den Wandel des Geländes und seiner Wahrnehmung nach dem Krieg aufzudecken. Denn erst die Veränderungen mit ihren Bedeutungsebenen lassen die kulturelle Dimension des Ortes aufblühen, der Gedenk- und Lernort ist, aber auch ein Ort sublimen Emotionen. Im Sinne des modernen Kulturverständnisses geht es dabei nicht nur um das Gedenken an die Opfer, die Vermittlung der Geschehnisse und das Ende des Konzentrationslagers. Es geht auch – für ein Kulturdenkmal außergewöhnlich – um die Vernichtung des mörderischen Lagers, und erst darauf folgend um den Umgang mit dem Ort, den man von 1945 bis heute in mehreren Phasen sowohl gestaltet als auch „beschwiegen“ hat. Auf der südwestlichen Seite des Konzentrationslagers entstand der Gedenkstättenpark mit den Grabanlagen, dem jüdischen Mahnmal, dem Mahnmal aus Gedenkmauer und Obelisk und verschiedenen Nachkriegsbauten. Auf der nördöstlichen Seite lassen sich über nahezu 70 Jahre nur die vergänglichen Relikte des Lagers erahnen, heute vor allem in Fundamentrelikten, Straßenoberflächen, Wasserbecken, Gelände- und Vegetationsmerkmalen sichtbar. Sie zeigen gesellschaftliche Haltungen gegenüber dem Lager, die bis heute wirksam sind, und die ganz anders als in der Gedenkstätte geprägt sind.

Erst der in jüngerer Zeit verbalisierte Diskurs offenbart die Scham und die Furcht vor dem Umfeld der Täter, die Sprachlosigkeit und das Verdrängen mehrerer Generationen. Eindringliches Zeugnis dafür ist der scheinbar sich selbst überlassene dichte Wald über dem Lager, der heute ein differenzierbarer Teil des Schutzguts ist. Das belegt die in jüngster Zeit geschlagene Schneise über der Hauptstraße des Lagers, die beidseitig von der Waldkante begrenzt ist. Indes wäre es ein gravierender Verlust, wenn dieser Wald zu großflächig reduziert würde. Auch die Lage der Landstraße entlang des ehemaligen Lagerzauns ist ein sprechendes Zeugnis, das noch lange nach dem Krieg sehende in stumme Zeitzeugen verwandelt hat. Wie es scheint, können wir erst nach und nach wahrnehmen, dass die Betrachtung als Kulturdenkmal in den unterschiedlichen Facetten des überlieferten Zustands für das Verständnis der Gedenkstätte wesentlich und deshalb von Bedeutung ist.

Kurzvita

Dr. Reiner Zittlau; Geboren 1956 in Tübingen, Studium der Kunstgeschichte, Archäologie, Geschichte und Volkskunde in München, Freiburg und Bamberg. Magister 1982, Promotion 1988. 1978 bis 1987 freier Mitarbeiter an den Universitäten München und Bamberg, am Deutschen Archäologischen Institut sowie am Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. 1988 Landesdenkmalamt Berlin. 1996 Leiter der Listeninventarisierung im Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. 1999 Leiter der Bau- und Kunstdenkmalpflege im Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege. 2006 stellvertretender Behördenleiter. Seit 2004 ICOMOS-Monitoringbeauftragter für die Welterbestadt Lübeck.



Der Bückeberg



Ein unbequemes Denkmal

Eine filmische Dokumentation entstanden im Rahmen des
Master-Studiengangs Schutz Europäischer Kulturgüter (SEK)
an der Europa- Universität Viadrina in Frankfurt (Oder)



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

Eine filmische Dokumentation entstanden im Rahmen des Master-Studiengangs Schutz Europäischer Kulturgüter (SEK) an der Europa- Universität Viadrina in Frankfurt (Oder); Laufzeit: 15 min
© 2013: Andrea Ideli, Stephan Kujas, Josefine Puppe, Arne Cornelius Wasmuth. Studiengang Schutz Europäischer Kulturgüter Europa-Universität Viadrina (<http://bueckebergfilm.wordpress.com/>) Foto: www.de.wikipedia.org, Axel Hindemith

Programm der Tagung

Freiraumgestaltungen

Mittwoch 26.03.2014

19:00 Uhr

Öffentliche Abendveranstaltung

Grußwort

Annette Schwandner, Ministerialdirigentin im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Laudatio

Edelgard Bulmahn, Vorsitzende des Vereins für Denkmalpflege in Niedersachsen, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Am Bahnsteig der Vergangenheit. Judenfreie Räume - erinnerungsreiche Leere
Moshe Zimmermann, The Hebrew University of Jerusalem

Donnerstag, 27.03.2014

Ab 08:30 Uhr

Einlass, Anmeldung und Büchertisch

09:00-09:30 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

Elfriede Billmann-Mahecha, Vizepräsidentin der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Stefan Winghart, Präsident des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege

Einführung in das Thema

Michael Heinrich Schormann, VGH-Stiftung

09:30-12:30 Uhr

Politik, Architektur und Landschaftsgestaltung in den 1930er Jahren. Ein Überblick.

Moderation: Rainer Schomann

Bild und Abbild der landschaftlichen Freiräume im 3. Reich

Georg Maybaum, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Hildesheim, Holzminde, Göttingen

Tendenzen der Freiraumplanung in Niedersachsen in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts

Hansjörg Küster, Leibniz Universität Hannover

Kaffeepause

... in Niedersachsen während

Zwischen Republiktreue und NS-Terror: Niedersachsen in der Endphase der Weimarer Republik
Hans-Dieter Schmid, Leibniz Universität Hannover

Die Gymnastik- und Feierhalle in Buchau - Zeugnis eines „printemps du sacre“ im 20. Jahrhundert?
Joachim Ganzert, Leibniz Universität Hannover

12:30-13:30 Uhr

Mittagspause

13:30-15:45 Uhr

Denkmalpflegerische Entscheidungen - kontrovers diskutiert

Moderation: Joachim Wolschke-Bulmahn

Die Spielstätte „Stedingsehn“ als Gegenstand der Inventarisierung und Baudenkmalpflege
Wiebke Dreeßen, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Die Gedenkstätte Bergen-Belsen als Dokumentationsort - Erfassung, Kartierung, Begründung
Reiner Zittlau, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Der Bückeberg als Kulturdenkmal - Ein Ausweisungsvorgang
Stefan Winghart, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Kaffeepause

15:45-18:00 Uhr

Scheinbar unbelastete Objekte

Moderation: Joachim Wolschke-Bulmahn

Hannovers Stadtgrün nach 1933: Erfolgsgeschichte unter braunen Vorzeichen
Wolf-Dieter Mechler, Historisches Museum Hannover

Das Museumsdorf Cloppenburg - Konzept und Entstehung in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts
Uwe Meiners, Museumsdorf Cloppenburg
Niedersächsisches Freilichtmuseum

Archäologische Großgrabungen in Niedersachsen während der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts
Henning Haßmann, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

18:30 Uhr

Abendessen und Gespräche

... der NS-Diktatur

Freitag, 28.03.2014

09:00-11:15 Uhr

Freiraumgestaltungen als Teil von Architektur und Städtebau

Moderation: Hansjörg Küster

Rahmenbedingungen der Umgestaltung
Braunschweigs zu einem nationalsozialisti-
schen Musterland
Reinhard Bein, Braunschweig

Verwaiste Erinnerungsorte - Zur Geschich-
te jüdischer Friedhöfe auf dem Gebiet des
Landes Niedersachsen
Wilfried Wiedemann, Nienburg

Kasernen und militärische Großprojekte für
den Krieg
Michael Heinrich Schormann, VGH-Stiftung

Kaffeepause

11:15-13:00 Uhr

Ein problematisches Erbe - Beispiele in Niedersachsen

Moderation: Hansjörg Küster

Freilichtbühnen, Thing- und Weihestätten
in Niedersachsen
Rainer Schomann, Niedersächsisches
Landesamt für Denkmalpflege

Die so genannten Ahnenstätten als Er-
scheinung der ersten Hälfte des 20. Jahr-
hunderts
Joachim Wolschke-Bulmahn, Leibniz
Universität Hannover

Horst-Wessel-Denkmäler in Niedersachsen:
Gefallenenkult und Propaganda in der NS-
Freiraumgestaltung
Flavio Venturelli/Tobias Dobratz, Leibniz
Universität Hannover

13:00-14:00 Uhr

Mittagspause

14:00-16:00 Uhr

Ein Blick über die Grenzen. Beispiele aus Deutschland

Moderation: Stefan Winghart

Die Thingstätte auf dem Heiligenberg bei
Heidelberg
Petra Martin, Landesamt für Denkmal-
pflege im Regierungspräsidium Stuttgart

	Der Kräutergarten am KZ-Dachau Helmut Wiegel, Bamberg Alt-Rehse in Mecklenburg - Die Umgestaltung eines Dorfes zur Führerschule der Deutschen Ärzteschaft Jörg Kirchner, Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern Kaffeepause
16:00-18:00 Uhr	Werten, Schützen, Bewahren Moderation: Stefan Winghart Erhalt „bequemer“ und „unbequemer“ Objekte - auch eine Frage der Vermittlung? Birgit Franz, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Hildesheim, Holzminden, Göttingen Abschlussdiskussion Schlusswort Stefan Winghart, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
	Sonnabend, 29.03.2014
08:00 Uhr	Exkursion Abfahrt mit dem Bus (Hannover ZOB) Luhberg bei Peine, „<i>Schlageter-Denkmal</i>“; Braunschweig, „<i>Reichsjugendakademie</i>“, „<i>Franzisches Feld</i>“, „<i>Thingstätte</i>“ auf dem Nussberg, „<i>Reichsjägerhof</i>“; Schladen-Werla, archäologische Grabung Reinhart Bein, Rainer Schomann, Michael Heinrich Schormann
18:00 Uhr	Ankunft (Hannover ZOB)



Niedersächsisches Landesamt
für Denkmalpflege



www.denkmalpflege.niedersachsen.de

www.vgh-stiftung.de

www.cgl.uni-hannover.de